Nr. 19. 25. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 23. Januar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Reichstag über die Wahlrechtskämpfe in Preußen.

Die sozialdemokratische Interpellation über das abfällige Urteil, das Fürst Bülow im preußischen Landtage über das Reichstagswahlrecht gefällt hat, sowie über die militärischen Maßregeln am 12. Januar kam heute zur Erörterung, trotzdem der Reichskanzler sich bemühte, durch die Erhebung des bekannten Kompetenzkonfliktes sich selbst aus der Affäre zu ziehen und der Sozialdemokratie die Gelegenheit zur Kennzeichnung jenes kanzlerischen Aktes der Mißachtung für das Reichstagswahlrecht abzuschneiden.

Soweit Bülows Ausführungen bei der Ablehnung der Beantwortung der Interpellation auf die Einwände hinausliefen, als sei das alles preußische Angelegenheit, in die das Reich nichts hineinzureden habe, waren sie zwar weder neu noch richtig, sie bewegten sich aber immerhin noch im Rahmen der rechtsirrtümlichen Auffassung des Bundesrats über die Grenzen, die dem Reichstage durch die Verfassung gezogen sind.

Nachdem aber der Reichskanzler diese Erklärung verlesen hatte, daß er auf die Interpellation nicht eingehen wolle, machte er einen längeren heftigen Angriff auf die Sozialdemokratie wegen ihres Verhaltens zu den Wahlrechtsdemonstrationen. Er redete also über eine Frage, deren Erörterung im Reichstage er unmittelbar vorher als verfassungswidrig abgelehnt hatte. Er leistete sich diese **flagrante Verletzung des von ihm selbst unmittelbar vorher proklamierten Grundsatzes** durch Ausnutzung der Geschäftsordnungsbestimmung, daß ein Bundesratsmitglied jederzeit das Wort nehmen kann. Bülows heutiges Verfahren kommt jedoch auf eine mißbräuchliche Anwendung jenes den Bundesratsmitgliedern gewährten und an sich schon gefährlichen Privilegs heraus. Denn es wurde in die Geschäftsordnung aufgenommen unter der Voraussetzung, daß es von den Bundesratsmitgliedern nur ausgenutzt werde zu sachlichen Richtigstellungen und dringenden Erläuterungen der Regierungspolitik. Niemand hat es aber bei der Formulierung jener Bestimmung für möglich gehalten, daß sie zu gehässigen Angriffen auf eine Partei mißbraucht werden könnte, der das betreffende Regierungsmitglied selber versuchen würde durch vorherige Erhebung des Kompetenzkonfliktes die Antwort abzuschneiden. Es ist aber kennzeichnend für diesen „modernen und liberalen" Staatsmann, daß er auf solche Weise den Parlamentarismus ebenso mißachtet wie das Reichstagswahlrecht und die Ansprüche des preußischen Volkes auf Gleichheit der politischen Rechte.

Ganz im Geiste dieser Rechtsverhöhnung war es, daß der Reichskanzler in seiner rednerischen Extratour den Sozialdemokraten eine Straßendemonstration als „groben Unfug" vorwarf, während er selbst in der Wahlnacht vor einem Jahre sich an einer obendrein mitternächtigen Straßendemonstration durch eine Ansprache beteiligt hatte. Damit könnte man eigentlich über Bülow als Mensch die Akten schließen. Als Reichskanzler wird man ihn ja noch einige Zeit hindurch in Rechnung stellen müssen.

Der Reichskanzler schloß seine Rede mit einer Bedrohung der Sozialdemokratie, dann trat dieses Musterexemplar neudeutscher Ritterlichkeit die Flucht vor der Oeffentlichkeit an der Spitze der getreuen Bundesratsknappen an.

Der Antrag auf Besprechung der Interpellation wurde von der Mehrheit des Hauses unterstützt. Auch die Freisinnigen stimmten dafür, trotzdem der Dr. Mugdan seine viertklassige Ordenswürdigkeit dadurch bewies, daß er seine Parteigenossen zum Sitzenbleiben zu bereden suchte.

Genosse Fischer rechnete zunächst mit dem Reichskanzler ab wegen seines Versuches, die gestrigen Polizeiattacken auf Arbeitslose zu rechtfertigen, und wandte sich dann der Interpellation selbst zu. Aus zahlreichen Zitaten wies er nach, daß eine zwar kleine, aber rührige und einflußreiche Kamarilla von Höflingen und Scharfmachern bei der Unterwühlung des Reichstagswahlrechts tätig ist. Diesen Maulwürfen arbeite der Reichskanzler vor, wenn er das Reichstagswahlrecht für unverträglich mit dem Staatswohl erkläre. Aber auch denjenigen Einzelstaaten, die das allgemeine Wahlrecht bei sich eingeführt hätten, und ihren Regierungen werfe der Reichskanzler den Fehdehandschuh hin. Fischer meinte, wenn die süddeutschen Bundesratsvertreter nicht schon zu solcher Unterwürfigkeit gegen das preußische Junkerregiment erzogen wären, müßten sie öffentlich gegen jene ominöse Aeußerung Bülows protestieren. In scharfen Worten geißelte er dann das schwächliche Verhalten der bürgerlichen Parteien, auch der Freisinnigen und des Zentrums, gegenüber der verächtlichen Abweisung, die Bülow dem Antrage auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen hatte zuteil werden lassen.

Den Schluß seiner Ausführungen widmete er der Rechtfertigung des Demonstrationsrechtes, das man in Preußen wie in Rußland dem Volk verweigere, während in vorgeschrittenen Staaten wie England Demonstrationen ein selbstverständlicher Bestandteil des öffentlichen Lebens sind. Aber selbst in Oesterreich habe das Volk sich das allgemeine Wahlrecht mit der Hülfe von Straßendemonstrationen erkämpft. Mit der Verlesung des Urteils eines wirklichen Staatsmannes, des österreichischen Ministerpräsidenten, über das allgemeine Wahlrecht, das in wirkungsvollen Gegensatz zu den Bülowmätzchen trat, schloß Fischer seine Rede, deren Schärfe die Rechte durch wiederholtes Toben und Graf Stolberg durch die Verleihung von zwei Ordnungsrufen belohnte.

Dann kam die Reihe an die bürgerlichen Parteien. Das Zentrum zog sich wieder durch eine vom Grafen Hompesch verlesene kurze Erklärung aus der Affäre. Doch enthielt es sich wenigstens eines Angriffs auf die sozialdemokratischen Wahlrechtskämpfer. Unbedingt für die Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen trat der Pole Korfanty namens seiner Fraktion ein. Konservative, Antisemiten und Nationalliberale bestritten im Bülow-Stil die Kompetenz des Reichstages und stürzten sich eifrig auf die Sozialdemokratie. Der tadellos aufgeputzte Herr Bassermann sah ganz im Geiste seines 48er Onkels mit äußerster Mißbilligung die „Bassermannschen Gestalten" auf die Straße steigen. Die Rechte hatte als Hauptredner den Herrn Kreth vorgeschickt, der durch Klownspäße und Verleumdungen die wichtigste Frage, um die jetzt in Preußen und Deutschland der Meinungskampf entbrannt ist, auf sein eigenes Niveau herabzukretinisieren suchte.

Bei den Freisinnigen fand auch dieser Tag wiederum ein kleines Geschlecht. Zwar wußten die beiden Senioren der Fraktionsgemeinschaft, der Volksparteiler Traeger und Schrader von der Freisinnigen Vereinigung, noch eine würdige Antwort auf Bülows Provokation zu finden, der „Demokrat" Payer — Pardon, Herr v. Payer! — aber, der anfangs in gleichem Tone gegen Bülow auftrat, verfiel bei der Erörterung der Straßendemonstrationen in die nämliche philisterhafte Auffassung wie Bassermann. Entscheidend für ihn und den ganzen Blockliberalismus war aber, daß er ausdrücklich erklärte, es **falle ihnen gar nicht ein, dieser Brüskierung wegen wieder unentwegte Opposition zu machen. Sie hätten die Schattenseiten einer solchen Politik zur Genüge zu kosten bekommen.** Mit dieser Erklärung hat der ordengeschmückte Blockliberalismus sich selbst das Ehrenrecht aberkannt, sich noch eine demokratische Partei zu nennen.

Völlig im Einklang damit stand es, daß dann bei der Abstimmung über unseren Antrag, die Fortsetzung der Debatte morgen auf die Tagesordnung zu setzen, gegen Sozialdemokratie, Zentrum und Polen **die Freisinnigen den Ausschlag gaben und damit Bebel das Wort zur Erwiderung auf die unerhörten Angriffe abschnitten.**

Genau wie nach dem Kotau der Blockparteien am 5. Dezember!

Nur einige „Asphaltliberale" stimmten mit der Sozialdemokratie. Selbst Naumann aber schloß sich dem Wiemertrupp an, der, wie Mugdan triumphierend verkündete, durch diesen Akt feiger Mundtotmachung einer Partei, die im Vordergrund des Wahlrechtskampfes steht, Rache nehmen wollte für die Angriffe auf verschiedene ordengeschmückte Freisinnsgrößen in der sozialdemokratischen Presse. In ihrer philisterhaften Beschränktheit kommt es diesen kleinlichen Menschen gar nicht zum Bewußtsein, wie sie durch diesen mugdanesischen Racheakt es nur für jedermann erkenntlich machen, daß ihr angeblicher Kampf für das allgemeine Wahlrecht in Preußen weiter nichts ist als Schaumschlägerei.

So hat denn dieser Tag jedenfalls die erfreuliche Wirkung gehabt, die Situation zu erhellen: Wem es ernst ist mit der Erkämpfung der Rechtsgleichheit in Preußen, muß auf die Seite der Sozialdemokratie treten. Die Lauen und Flauen, die uns im Kampfe zu lähmen suchen, sind verkappte Bundestruppen der junkerlichen Reaktion.

Polizei-Demonstrationen!

„Die Straße gehört dem freien Verkehr!" Wirklich, der Reichskanzler Fürst Bülow hat es gesagt, und er hat die Berliner Straßen gemeint, auf denen die Polizei jahraus, jahrein den Verkehr hemmt. Eine Probe dafür, in wieweit die Straße dem Verkehr gehört, konnte man gestern wieder vor dem Reichstagsgebäude beobachten.

Wie eine feindliche Burg wurde das Reichstagsgebäude am Tage der Wahlrechtsinterpellation von einem Kordon bewaffneter Mannen umgeben. Eine Schutzmannskette spannte sich um das ganze Gebäude und vom Brandenburger Tor ab durfte das Publikum nur auf der rechten Seite der Sommerstraße, des Königsplatzes, an der Siegessäule vorbei durch die Friedensallee in weitem Umkreise passieren und nur von fern des Reiches Parlament betrachten. Alle zehn Schritte fast stand ein Schutzmann; geschäftig eilten Polizeioffiziere hierhin und dorthin; an reitenden Schutzleuten fehlte es auch nicht, und an der Hindersinstraße wie in der Nähe der Friedensallee und an anderen Plätzen standen Berittene fertig zum Aufsitzen neben ihren Pferden. Große Reserven waren obendrein in Bereitschaft gehalten. So stand auf dem Pariser Platz ein größerer Trupp Schutzleute beisammen. Alle Polizeiwachen mußten Leute liefern, damit sie am Reichstagsgebäude müßig standen. Stark besetzt war das Brandenburger Tor, mit etwa einem Dutzend Mann draußen und doppelten Posten auf der Seite nach den „Linden" zu. Wenigstens 12 Mann hatten auch an der Kreuzung der Friedrichstraße Dienst, und wo die Neustädtische Kirchstraße die „Linden" kreuzt, standen ebensoviele.

Diese Massen von Polizeibeamten bildeten an einigen Stellen nicht nur für das Publikum, sondern auch für den Wagenverkehr ein schweres Hindernis! In der Sommerstraße wurde ein reitender Polizeibeamter von einem Omnibus angefahren, dem das behelmte Verkehrshindernis offenbar allzu plötzlich in den Weg gekommen war. Der Gaul bäumte sich, machte ein paar Sprünge und hätte den Reiter beinahe abgeworfen. Der hielt sich aber krampfhaft fest, und ein verletztes Pferd wird wohl der ganze Schaden sein, der daraus entstanden ist. Die imaginäre Zahl der „Verletzten" auf seiten der Polizei ist durch diesen Heldengaul vermutlich um eine Ziffer erhöht worden.

Wozu aber alle diese Vorbereitungen? Es war nicht mehr Publikum vertreten als sonst, weder Unter den Linden, noch am Reichstagsgebäude. Freilich wurden mit der Zeit viel Schaulustige angezogen, die neugierig waren, zu wissen, was denn vorgehe, wozu das ungeheure Polizeiaufgebot da sei. An bissigen Bemerkungen fehlte es nicht, wenn ein Unwissender Fragen stellte. Einem wurde der Bescheid, daß die noch unentdeckten vier Mörder in dem großen Gebäude gesehen worden seien. Jemand meinte, beim Reichstagsgebäude wären mehr Schutzleute, als Publikum zu sehen, und er hatte nicht ganz unrecht. Die Massen, deren Empfang die Schutzmannschaft übernehmen wollte, kamen nicht!

Da werden nun die vielen Spitzel und die teure politische Polizei unterhalten und doch stand man vollständig ratlos da und wußte nicht, ob eine Demonstration so großen Stils, daß sie das ungeheure Polizeiaufgebot rechtfertigte, überhaupt beabsichtigt war! Immerhin war man gegen etwas Unsagbares, Unfaßbares, gerüstet.

Daß es nicht kam, war wahrlich nicht Schuld des Polizei!

* * *

Ein hiesiges Mittagsblatt weiß zu melden:

Die Schutzleute befinden sich, wie man hört, am Ende ihrer Kraft. Die ungeheueren Anstrengungen der letzten Tage, die zahlreichen Erkältungen und die aufregenden Nachtwachen haben zu einer starken Entkräftung geführt, sodaß es zweifelhaft erscheint, ob der Dienst noch lange in diesem großen Umfang aufrechterhalten werden kann. Man spricht davon, wenn die Demonstrationen nicht enden, **Militär zur Unterstützung heranholen zu müssen.**

Wir bedauern die Beamten ebenfalls, die die wahnsinnige Angst der Herrschenden Tag und Nacht auf die Straße zwingt. Die leitenden Regierungsleute haben außer dieser Angst keine Entschuldigung für die Vorkommnisse der letzten Zeit. Die übermäßige Beanspruchung der Polizei aber ist wenigstens mit eine Erklärung für das Vorgehen der unteren Beamten. Die Behauptung von den „nicht endenden Demonstrationen" ist aber nichts als leeres Gefasel. Wir stellen fest, daß am Freitag, den 10. d. M., eine Demonstration vor dem Landtagsgebäude stattfand und am Sonntag, den 12. Januar, eine weitere Demonstration, die allerdings ihre Hunderttausend auf die Beine brachte. **Seit diesem Tage demonstriert auf den Straßen Berlins allein die Polizei!** „Die Straße gehört dem freien Verkehr," sagt der Reichskanzler. In Berlin nicht! Dort hindern ihn Schutzmannsketten an den wichtigsten Verkehrszentren. Und dann wundert man sich über Verkehrshemmungen und sieht in den selbst verursachten Ansammlungen mit blutiger Phantasie Demonstrationen! Wo ist Bülows berühmter Mut der Kaltblütigkeit?

„Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum", Herr v. Bülow, „zu glauben, daß Demonstrationen einer irregeleiteten Regierung einer von ihrem Recht durchdrungenen Bevölkerung irgend etwas abtrotzen könnten!"

Der Kampf ums Wahlrecht geht weiter trotz großer Worte der Regierungsvertreter und trotz der Polizeidemonstrationen!

Mißlungene Reinwaschung der Schutzleute.

Die Kinder- und Raubmörder, die dank der Geschicklichkeit der Polizei unbehelligt in den Straßen Berlins herumlaufen, vergießen in einem Jahre nicht soviel Blut, als die Berliner Schutzleute an einem Tage haben fließen lassen! Weshalb? Warum? Was Furchtbares haben jene Unglücklichen verbrochen, denen man durch Säbelhiebe das Gehirn bloßgelegt oder den Arm zersplittert hat? Sie verlangten **Arbeit**, um sich ihr Brot zu erwerben, denn sie besitzen nicht das große Portemonnaie, um faulenzen zu können. Das also ist ihr Verbrechen: erstens, daß sie arm sind, zweitens, daß sie, trotzdem sie kein Geld haben, nicht stumm verhungern wollen, sondern ihre Not öffentlich kundgeben!

Mußte es sein? Wir haben auf Grund der Berichte von Beteiligten und Augenzeugen die Tatsachen zusammengestellt, die eine beredte Sprache führen. Die Tatsachen sind dermaßen kraß, daß selbst ein so polizeifrommes und offenbar polizeioffiziös bedientes Blatt wie der „Lokal-Anzeiger" sie nicht zu verhüllen vermag, trotzdem es sich dazu alle Mühe gibt. Sehen wir uns die Darstellung der Vorgänge durch den „Lokal-Anzeiger" etwas genauer an.

Wir stellen erst die Vorfrage: Befanden sich Schutzleute in Gefahr?

Freilich ja — antwortet der „Lokal-Anzeiger": „Mitten in dem furchtbaren Gewirr krachte plötzlich ein Schuß. Einer der verwegensten Burschen hatte den traurigen Mut besessen, einen Achtmillimeter-Revolver abzufeuern. Die Kugel drang in den Halskragen eines berittenen Schutzmannes; wunderbarerweise blieb sie dort stecken. Wäre die Waffe um einige Grade mehr nach oben gerichtet worden, so hätte der Schuß unzweifelhaft dem Beamten das Leben gekostet."

Man sollte meinen, es wäre nicht schwer einzusehen, daß eine Kugel, die in einem Stoffkragen stecken bleibt, sicher selbst durch die zarteste Schutzmannsstirn nicht zu dringen vermocht hätte. Statt wunderbare Errettungen zu konstruieren, wäre es darum noch mehr angebracht, zu untersuchen, ob das Bleistück, welches der „Lokal-Anzeiger" für eine Revolverkugel hält, nicht etwa auf eine andere Weise in den Halskragen des Schutzmannes kam, — denn es gibt ja noch andere Gegenstände aus Blei, außer Revolverkugeln.

Ein Augenzeuge im „Berl. Tagebl." sah den Revolver eines Schutzmanns „explodieren". Das wäre ein Fingerzeig nach einer Richtung, die zu recht überraschenden Ergebnissen führen könnte. Andere wiederum hörten bloß die Explosion eines Feuerwerkskörpers. Alle aber, und auch der „Lokal-Anzeiger", sind einig darin, daß zuerst die Schutzleute einhieben und dann der „Schuß" krachte. Also können die Schutzleute ihr brutales Vorgehen nicht damit rechtfertigen, daß aus den ungeladenen Taschen der Arbeitslosen Revolverkugel gegen sie flögen.

Der Schutzmann, der ein Bleistück aus seinem Stoffkragen zog, ist das Renommieropfer des „Lokal-Anzeigers": „Von den übrigen Polizisten wurden sechs durch Steinwürfe verletzt, jedoch keiner erheblich."

Und nun fragen wir unsererseits: **Wie haben die Schutzleute die Waffe gebraucht?**

Der „Lokal-Anzeiger" gibt erst an, daß „eine große Anzahl der Burschen, die sich der Polizei in den Weg stellten, durch flache Säbelhiebe teils schwer, teils leicht verletzt wurden". Er schreibt dann aber selbst über die Aufnahme in der Charité: „Die ersten drei Verletzten, die kamen, hatten nur flache Hiebe bekommen. . . . Die anderen hatten ohne Ausnahme Kopf- und Armwunden von scharfen Säbelhieben und mußten alle genäht werden."

Hier haben wir ein ganz anderes Wunder vor uns: bei den Schutzleuten werden Revolverkugeln zu Bleistücken, die man gemütlich hinter der Halsbinde hervorholt — bei den Arbeitslosen verwandeln sich „flache" Säbelschläge in scharfe Hiebe!

Der „Lokal-Anzeiger" möchte wohl das Vorgehen der Polizei im milderen Lichte erscheinen lassen, allein die Wunden der Verletzten sprechen eine blutige Sprache, die sich nicht wegwischen läßt. Er muß sich auch von einem Augenzeugen sagen lassen: „Es wurde grob geschlagen, mit flacher und scharfer Klinge fielen wuchtige Hiebe. Nun ergriffen die Störenfriede die Flucht, mancher aber, der einen Hieb bekommen hatte, konnte nicht weiter."

Wenn in China oder der Türkei ein Volkshaufe auseinander gejagt werden soll, gebrauchen die Polizisten Stockprügel. Das sind barbarische Länder! Deutschland marschiert an der Spitze der Kultur und behandelt seine freien Bürger auf der Straße mit scharfen Säbelhieben!

Es lag kein Grund vor, deutsche Staatsbürger, die politische Wünsche und Forderungen vorzubringen hatten, wie einen Banditenhaufen mit Waffengewalt auseinander zu jagen. Die Polizei begnügte sich aber nicht damit. Sie schlug blindlings auf die fliehende Menge, sie fiel über den Einzelnen her und mißhandelte ihn — das war keine Demonstration mehr, das war kein Auflauf mehr, aber die Polizei erteilte doch scharfe Säbelhiebe. Wir berufen uns abermals auf den Augenzeugen des „Lokal-Anzeigers", der schreibt:

„Am schlimmsten war es zwischen der Marschall- und Kronprinzenbrücke. Die Verfolgten suchten dort in die Häuser zu flüchten, jedoch die Pförtner schlossen die Türen. **Dort bekam noch mancher einen blutigen Denkzettel.**"

Was konnte die Menge anderes tun, als auseinanderlaufen? Warum schlug man die Leute, da sie dem Befehl, auseinander zu gehen, nachkamen? Warum trieb man Jagd auf den Einzelnen, der sich zu retten suchte? Der Augenzeuge des „Lokal-Anzeigers" faßt die Sache so auf, daß die Demonstranten einen **„blutigen Denkzettel"** mit nach Hause zu nehmen hatten! Ist das wahr? Seit wann besteht denn in Deutschland die Prügelstrafe und wer hat sie verhängt?

Es ist noch von verschiedenen Seiten nachgewiesen worden, daß gänzlich Unbeteiligte, Passanten und Einwohner der umliegenden Häuser, von Schutzleuten mißhandelt und verletzt wurden.

Alles zusammen zeigt klar genug, wohin diese Taktik führt.

Die Polizei muß lernen, Frieden zu halten. Sonst wird sie selbst zu der größten Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Fährt sie so weiter fort, so wird sie mehr Erbitterung schaffen, als alle Kundgebungen, die sie zu verhindern sucht; sie wird die friedlichsten Einwohner aufreizen, denn keinem freut es, einen Säbelhieb wegzukriegen, und sie wird schließlich einen Kampf zu führen haben — gegen ganz Berlin!

Das Reichsvereinsgesetz vor der Kommission.

In der Mittwochsitzung wurde die Beratung des § 1 fortgesetzt. Zunächst verteidigten die Abgeordneten Kolbe (Sp.) und Beuchelt (l.) noch einmal den konservativen Antrag auf Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts für Jugendliche und Ausländer.

Abg. Droescher (l.) erklärt, in Preußen sei **nicht daran zu denken, daß den ländlichen Arbeitern das Koalitionsrecht gewährt werde.** Weiter wandte sich Redner gegen die Beteiligung der Frauen an den politischen Kämpfen. Eine andere Frage sei die Zulassung der Frauen zu kommunalen und kirchlichen Wahlversammlungen. Die Annahme dieses Gesetzes sei für die Konservativen absolut ausgeschlossen, wenn der konservative Antrag, betr. die Jugendlichen, nicht angenommen werde! — Abg. Hildenbrand (Soz.) gibt seiner Ueberraschung Ausdruck über die Beratungen dieser Kommission, aus denen hervorgehe, daß man nicht einmal die Zustände gesetzlich kodifizieren wolle, wie sie sich in den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen längst herausgebildet hätten, und wie dies der sozialdemokratische Antrag bezüglich der Frauen, der Jugendlichen und der Ausländer bezwecke. Es sei ja verständlich, wenn die Regierung, die das Verhältnis von Herrschenden und Untertanen aufrecht erhalten wolle, den Rahmen des Gesetzes möglichst beschränke, die Volksvertretung aber solle bei einem solchen Gesetz auch die Verhältnisse der Zukunft berücksichtigen. Es sei dringend notwendig, daß die ausländischen Arbeiter, die von den deutschen Unternehmern herangezogen würden, über ihre eigenen und die Interessen der inländischen Arbeiter genügend aufgeklärt würden. Die „unreifen Burschen", von denen Herr Kolbe gesprochen hat, seien für die Konservativen sofort reif, wenn es sich um die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft in Industrie und Landwirtschaft handle. Auf jeden Fall müsse dafür gesorgt werden, daß durch das Gesetz nicht der bestehende Zustand in einem der Bundesstaaten oder auch in Preußen verschlechtert werde. — Abg. Everling (natl.) hofft, daß in der Frage der Jugendlichen eine Form gefunden werde, auf welche man sich einigen könne. — Abgeordneter Müller-Meiningen (Freis. Vp.) polemisiert des längeren gegen das Zentrum und erklärt die Bereitwilligkeit der Freisinnigen, den ländlichen Arbeitern das Koalitionsrecht zu gewähren. Des weiteren erklärt Redner: Wenn die Konservativen einen Druck dahin ausüben könnten, daß die zwischen Schule und Militär bestehende Lücke durch die Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule in Preußen ausgefüllt werde, so würde sich vielleicht bis zur zweiten Lesung in bezug auf die Behandlung der Jugendlichen eine Form finden lassen, die zur Einigung führe! — Fürst Radziwill (Pole) ist dafür, die Polizeiwillkür möglichst genau zu begrenzen. — Abg. Dietrich (l.) fordert, daß man die preußischen Gewohnheiten achte und nicht allein die süddeutschen Interessen berücksichtige. Sonst gefährde man das Zustandekommen von Reichsgesetzen überhaupt. Die Frage der Jugendlichen sei keine Parteifrage. Er hoffe, daß man darin zu einer Einigung kommen werde. Auf keinen Fall wollten die Konservativen dem Frauenwahlrecht in diesem Gesetz die Wege ebnen! — Abg. Hitze (Z.) hält es für ein Unglück, daß man den Zustand aufrechterhalten wolle, daß die ländlichen Arbeiter und Dienstboten minderen Rechtes seien. Das wirke viel aufreizender als jede Agitation. Sogar preußische Provinzen wie Schleswig-Holstein, Hessen, Hannover, Sachsen hätten dies Koalitionsverbot nicht. Er bittet nochmals um Annahme des Zentrumsantrages. — Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg hält die Regelung des Koalitionsrechtes der ländlichen Arbeiter im Rahmen dieses Gesetzes für unmöglich. Er warne dringend davor, weitere Rechtsgebiete in das Gesetz hineinzuziehen; ihm erscheine es überhaupt zweifelhaft, ob die Regelung des Koalitionsrechtes der Landarbeiter reichsgesetzlich möglich sei. Den Beamten stehe das Vereins- und Versammlungsrecht vollständig zu, man könne aber nicht dulden, daß Beamte Vereinen angehörten, die das Verhältnis der Beamten zu ihren vorgesetzten Behörden zu stören geeignet seien.

In der Abstimmung wird der Hauptantrag der Sozialdemokraten zu § 1 gegen 3 Stimmen, der Eventualantrag, für den auch der Pole Brejski stimmt, gegen 4 Stimmen **abgelehnt.** Der § 1 wird in der Fassung des Antrages Müller-Meiningen wie folgt mit 17 gegen 10 Stimmen angenommen: „Die Vereins- und Versammlungsfreiheit unterliegt nur denjenigen Beschränkungen, welche durch dieses Gesetz vorgeschrieben und zugelassen sind."

Alle übrigen zu § 1 vorliegenden Anträge werden abgelehnt. Für die Anträge der Konservativen stimmen nur die fünf konservativen Vertreter.

Nächste Sitzung Donnerstagvormittag 10 Uhr.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Januar 1908.

Wahlrechts-Resolution.

Die sozialdemokratische Fraktion hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, zum Etat des Reichskanzlers eine Resolution einzubringen, die die Vorlegung eines Gesetzentwurfes fordert, nach dem im Deutschen Reich, in den Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen **für die Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen** das **allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht** für alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts nach Maßgabe der Verhältniswahl eingeführt wird.

Ein gedeutetes Kaiserwort.

Das Scherl-Blatt schreibt:

„Der Kaiser hat kürzlich der Schutzmannschaft seine Anerkennung für ihr energisches und doch taktvolles Vorgehen anläßlich der Ruhestörungen ausgesprochen. Auch drückte der Kaiser Freude darüber aus, daß ein Heranziehen des Militärs dank der Leistungsfähigkeit der Polizei überflüssig gewesen sei. Wenn daher von anderer Seite die Behauptung aufgestellt wird, daß der Kaiser bei dieser Gelegenheit erklärt habe, eine Requirierung von Militär solle bei solchem Anlaß unter allen Umständen vermieden werden, so ergibt sich aus dem Vorhergesagten, daß die betreffende Aeußerung **keine so allgemeine Fassung hatte.**" —

Kneifer!

Für den Schluß der Weiterberatung der Interpellation über das preußische Wahlrecht stimmten außer den Konservativen, Nationalliberalen und Antisemiten auch sämtliche **im Reichstag anwesende Freisinnigen** mit Ausnahme folgender 6 Abgeordneter: Manz, Wieland, Gothein, Neumann-Hofer, Dohrn und Potthoff!

Pfui Teufel!

Allzu nervös.

Die übelduftende Kloake der deutschen Journalistik, die von einigen scharfmacherischen Großindustriellen ausgehaltene „Post", leistet sich folgende Stil-Stumpfblüten:

„Für den heutigen Mittwoch sind von sozialdemokratischer Seite wieder größere Wahlrechtsdemonstrationen geplant. Die Sozialdemokratie hat durch die am Dienstag abgehaltenen Arbeitslosenversammlungen für die nötige Stimmung unter dem Janhagel Vorsorge getroffen und für die nötige Siedehitze gesorgt. Im „Vorwärts" haben die bei solchen Gelegenheiten üblichen aufreizenden Aufrufe dieses Mal gefehlt. Offenbar haben die klaren und bestimmten Erklärungen des Ministers des Innern, in welcher Weise er auch gegen die Anstifter solcher Demonstrationen vorgehen wolle, ihre Wirkung getan. Die einzelnen Parteigrößen werden also möglichst vom Schuß bleiben, und nur die beklagenswerten Arbeitslosen sollen ihre Haut für die Sozialdemokratie zu Markte tragen dürfen.

Die Polizei wird heute ebenso wie bei den letzten Demonstrationen auf der ganzen Linie ihren Mann stehen. Es wird die ganze Schutzmannschaft heute konsigniert sein. Der Schloßplatz und der Lustgarten sowie alle Zugänge zu diesen Plätzen, die Umgebung des Reichstages, des Königsplatzes, der Platz vor dem Brandenburger Tor, Sommer- und Simsonstraße, Dorotheenstraße zwischen Neue Wilhelm- und Sommerstraße, der Reichstagsplatz und das Reichstagsufer zwischen Kronprinzen- und Marschallbrücke werden von 10 Uhr vormittags für den Verkehr gesperrt."

Auf die alberne Verdächtigung der ehrsamen „Post", daß die Sozialdemokratie große Demonstrationen vor dem Reichstagsgebäude — warum nicht gar einen Sturm auf das Wallotbräu? — plane, ernstlich zu antworten, fällt uns nicht ein. Diese lächerliche Idee entspringt demselben Uebermaß neurasthenischer Degeneration, das, als am 21. Januar 1906 die großen Wahlrechtsversammlungen in Berlin stattfanden, die „Post"-Redaktion veranlaßte, sich in Verteidigungszustand zu setzen und einige Mitglieder des technischen Personals, von denen sie annahm, daß sie beim Knall einer Pistole sich nicht, gleich der Redaktion, sofort die Hosen verderben, mit alten Revolvern auszurüsten.

Unbegreiflich erscheint uns nur, daß die Nervosität auch bereits die Polizeileitung dahin gebracht hat, an solche Märchen zu glauben und zum Gaudium der Berlin besuchenden Fremden auf den besuchtesten Plätzen Aufzüge und Paraden der Berliner Polizeimannschaft zu veranstalten. Wie es scheint, hat selbst die Polizeileitung nicht die vom Herrn v. Kröcher verlangten starken Nerven; und es wäre deshalb recht nützlich, zu erwägen, ob nicht Herr von Kröcher sich zum Polizeipräsidenten von Berlin eigne. In bezug auf das von ihm selbst geforderte geringe Hirnquantum erfüllt er zweifellos seine eigenen Ansprüche in vollstem Maße; ob er auch die geforderten starken Nerven hat, vermögen wir nicht zu sagen. —

Bureaukratische Rangstreitigkeiten.

Preußen beweist die Berechtigung des Bülowschen Ausspruchs, daß es in der Welt voran marschiert, nicht nur dadurch, daß es Minister besitzt, die es ihrer Befähigung nach in anderen europäischen Staaten höchstens bis zum Subaltern-Bureaukraten gebracht hätten, sondern daß auch seine höhere wie niedere Bureaukratie fortwährend durch die kuriosesten Rangstreitigkeiten erregt wird — durch Rangstreitigkeiten, die an die berühmten Schildaer Streiche erinnern. Ueber ein neues Stücklein solcher Rangstreitigkeiten weiß die „Voss. Ztg." zu berichten:

„In unserem Vorhafen Pillau, der zugleich stark befestigt ist und eine verhältnismäßig zahlreiche Garnison (ein Bataillon Infanterie und ein Bataillon Fußartillerie) birgt, ist es aus Anlaß der bevorstehenden Geburtstagfeier des Kaisers zu einem Konflikt gekommen, der an sich kaum von Bedeutung gewesen wäre, hätte er inzwischen nicht weitere Kreise bis hinauf zu dem Minister in Bewegung gesetzt. Seit langen Jahren hat bei der gemeinschaftlichen Festtafel der Zivil- und Militärbehörden der Festungskommandant, ein Oberst, den Ehrenplatz inne, und ihm zur Rechten sitzt der Bürgermeister von Pillau. Der Bürgermeister des Städtchens ist zwar aus der Subalternbeamtenkarriere hervorgegangen, hat sich aber um die Stadt, ihre Vergrößerung und Verschönerung und um die Hebung des Fremdenverkehrs usw. die größten Verdienste erworben. Nun mit einem Male erhoben die akademisch gebildeten Beamten von Pillau den Anspruch, künftig dürfe den Platz neben dem Obersten nicht mehr der Bürgermeister, sondern nur einer von ihnen, nämlich den „Räten vierter Klasse", einnehmen. Vergeblich versuchte der Festungskommandant zu vermitteln. Als über diesen Konflikt gar etwas in die Presse kam, da hatte es der Bürgermeister, der ganz zu Unrecht in Verdacht kam, selbst die Mitteilungen lanciert zu haben, vollends mit den Akademikern verschüttet. Natürlich stand die Bürgerschaft auf seiten des Bürgermeisters, und zu Sonnabend war eine Bürgerversammlung einberufen, die gegen das Vorgehen der höheren Beamten ausdrücklich protestierte und eine Resolution faßte, in der sie erklärte, eventuell Kaisers Geburtstag allein, ohne die Beamten, lediglich unter dem Vorsitz des Bürgermeisters feiern zu wollen. Inzwischen hat aber, wie gesagt, der Konflikt bereits seine Kreise gezogen. Es war an den Minister berichtet worden, auch die Offiziere hatten nach den vergeblichen Vermittelungsversuchen des Kommandanten beschlossen, von nun ab eine Feier unter sich unter Ausschluß sowohl der Bürgerschaft wie der Beamten in einem der Kasinos zu feiern. Seitens des Ministers ist jetzt beim Bürgermeister der Bescheid eingegangen, daß er den Oberpräsidenten in Königsberg, Herrn von Windheim, beauftragt habe, den Rangstreit zu untersuchen und darüber zu entscheiden."

Hofdefiliercour und Arbeitslosenkur.

Am Abend des gleichen Tages, da man den Arbeitslosen am Schiffbauerdamm etwas Blut abgezapft hatte, vollzog sich vor dem Königsschloß und in diesem selbst ein prachtvoller Aufzug. „Der Anfahrt der Hunderte von Galakarossen, Kutschen und Automobile schaute bei dem günstigen Wetter ein zahlreiches Publikum zu." Es war eine große Verkehrsstörung, aber die Schutzleute hieben nicht drein, sondern machten ehrerbietig Platz. Voll Prunk war das Schauspiel im Schlosse selbst: „Ein glänzendes Durcheinander von Robes du cour, Schleppen und Schleiern, Diamanten und Ordenssternen, Paradeuniformen und Galakleidern". . . . Allerdings wenn diesen gegenüber Arbeitslose erschienen wären, die nur ihre Lumpen und ihre Not zur Schau zu tragen haben, so würde das den ästhetischen Eindruck sehr stören. Es sollte nicht sein. Bringt man das hungernde Volk nicht zur Räson, so bringt man es jedenfalls zum Schweigen.

Gegen Bülow und das Reichsvereinsgesetz.

Am Montagabend fand im Dinkelackerschen Saalbau in Stuttgart, wie wir schon im Depeschenteil meldeten, eine stark besuchte Versammlung statt, die sich mit dem Reichsvereinsgesetzentwurf sowie mit der Erklärung Bülows zur preußischen Wahlrechtsfrage beschäftigte. Ueber den Gesetzentwurf zur Regelung des Vereins- und Versammlungswesens referierte Reichstags-Abgeordneter Genosse Hildenbrand-Stuttgart. Eingehend legte er dar, welch schwere Nachteile der Gesetzentwurf, falls er Gesetzeskraft erlangen sollte, dem deutschen Süden und insbesondere Württemberg bringen wird. Folgende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme:

„Der von der Reichsregierung beim Reichstag eingebrachte Entwurf zu einer reichsgesetzlichen Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts verschlechtert längst bewährte Einrichtungen in Süddeutschland und gibt der Polizeiwillkür die Möglichkeit, die Versammlungs- und Vereinsfreiheit illusorisch zu machen. Das ist eine Mißtrauenskundgebung der Regierung gegen das deutsche Volk, die den reaktionären verpreußten Charakter der deutschen Reichsregierung in aller Deutlichkeit erkennen läßt. Die heute in Dinkelackers Saalbau tagende öffentliche Versammlung erhebt gegen diesen Versuch einer Verschlechterung der bestehenden Rechtsverhältnisse entschieden Protest und erwartet vom Reichstag als der Vertretung des deutschen Volkes eine Befreiung des Entwurfs von dem ihm anhaftenden reaktionären Charakter und die Ausgestaltung des Entwurfs zu einem die Ausübung der Vereins- und Versammlungsfreiheit vor Schikanen und Ausnahmebestimmungen jeder Art sicherstellenden Gesetz." —

Zur Finanzreform.

Die Enttäuschung der Liberalen in der Wahlrechtsfrage ist ihre schlimmste, aber durchaus nicht ihre letzte. Gerade das furchtsame Verhalten des Freisinns, sein ständiges Zittern um die Erhaltung des Blocks steigert die Ansprüche der Konservativen. Dies zeigt sich auch deutlich in der Frage der Reichsfinanzreform. Wir haben schon kürzlich darauf hingewiesen, daß die „Kreuzzeitung" jede direkte Steuer, auch die Ausgestaltung der Erbschaftssteuer, als für die Konservativen unannehmbar bezeichnet. Die Verhandlungen in den Landtagen zeigen, daß die Regierungen sich dem Diktat der Konservativen fügen wollen. In Baden erklärt der Finanzminister, die Bundesstaaten seien darüber einig, daß die Finanznot im Reiche durch Erhöhung der Tabakbesteuerung und Erhöhung der Branntweinsteuer behoben werden müsse. In Bayern gab der Finanzminister ähnliche Erklärungen ab. An direkte Reichssteuern sei nicht zu denken; dagegen stehe das Reichsbranntweinmonopol in Aussicht. Es solle den bestehenden Brennereien der bisherige Betrieb gewährleistet und ein Reichsamt geschaffen werden, das den Branntwein von der Brennerei kauft zu einem Preis, der den Kosten der Herstellung entspricht. Die Reichsstelle besorge die Reinigung des Branntweins und schließe mit den bestehenden Reinigungsanstalten Verträge ab. Süddeutschland erhalte eine besondere Vorzugsstellung. Die bayerische Regierung glaube, diesem Entwurf nicht widersprechen zu sollen. Das bayerische Reservatrecht werde selbstverständlich in vollem Umfange gewahrt werden.

Charakteristisch ist es, daß der badische Finanzminister über die Erbschaftssteuer gar nichts sagt, obwohl nach früheren Meldungen Baden für eine Erbschaftssteuer eingetreten sein

soll. Man muß daraus schließen, daß im Bundesrat die Erbschaftssteuer an dem Widerstande Preußens und Sachsens gescheitert ist. All diese Meldungen bestätigen nur, daß auch diesmal die Liberalen Illusionisten sind, wenn sie irgend etwas von der Blockära erhoffen. Daß der Reichstag das Recht hat, direkte Steuern einzuziehen, ist unzweifelhaft. In der Frage der Reichsfinanzreform handelt es sich aber nicht um eine Rechtsfrage, sondern um eine Machtfrage. Die Konservativen wollen keine direkten Reichssteuern, weil diese einmal die Macht des Reichstags vermehren und sodann nicht fast ausschließlich die arbeitende Bevölkerung treffen. Sie beherrschen aber durch die Dreiklassenparlamente die Regierungen Preußens, Sachsens usw. usw. und damit in der Praxis auch den Bundesrat.

Das Urteil im Prozeß Peters — v. Bennigsen

lautete:

Der Angeklagte Gustav Brüggemann wird freigesprochen, der Angeklagte Gouverneur v. Bennigsen wird wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von hundert Mark verurteilt.

In der Urteilsbegründung heißt es, nach einem Telegramm des Wolffschen Bureaus, daß der Wahrheitsbeweis für die Behauptung, daß Peters in seinem Briefe an den Bischof Smithies geschlechtliche Motive für die Hinrichtungen des Mabruk und der Jagodja zugestanden habe, mißlungen sei; Peters habe im Gegenteil dies bestritten. Auf Grund der Bekundungen der Zeugen und der Sachverständigen kommt das Gericht zu der Ansicht, daß geschlechtliche Motive bei den Hinrichtungen nicht erwiesen seien. Auf Grund der Paragraphen 186 und 200 des Strafgesetzbuches sei der Angeklagte v. Bennigsen daher zu bestrafen. § 193 sei ihm nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts nicht zuzubilligen. Als strafmildernd komme jedoch in Betracht, daß v. Bennigsen nicht aus unedlen Motiven gehandelt habe; deshalb sei der Angeklagte wegen übler Nachrede zu bestrafen. Das Gericht ist der Ueberzeugung, daß v. Bennigsen bei der Abfassung der Behauptungen von deren Wahrheit überzeugt gewesen sei. Strafverschärfend komme aber immerhin die Schwere der Beleidigung in Betracht.

Aus dem bayerischen Landtag.

Im bayerischen Landtag kam heute, wie telegraphisch gemeldet wird, die Interpellation des Genossen Auer zur Verhandlung, was die Regierung wegen der Erklärung des Reichskanzlers zum preußischen Wahlrecht im Bundesrate zu tun gedenke. Ministerpräsident Freiherr v. Podewils lehnte die Beantwortung der Interpellation ab, da es sich um eine rein preußische Angelegenheit handele. Der Antrag auf Besprechung der Interpellation fand nicht die erforderliche Unterstützung. Die Sache ist damit erledigt.

Statistik der letzten Reichstagswahl.

Das Ergänzungsheft zum 4. Vierteljahresheft zur Statistik des Deutschen Reiches bringt als dritten Teil der im Kaiserlichen Statistischen Amt bearbeiteten Statistik der 1907er Reichstagswahlen die Ergebnisse der ersten ordentlichen Wahl am 25. Januar 1907 in den einzelnen Wahlkreisen, in den Staaten und Landesteilen nach Ortsgrößenklassen und die Wahlergebnisse in den Großstädten (100 000 Einwohner und darüber).

Die Gliederung der Wahlergebnisse ist nach drei Ortsgrößenklassen erfolgt. In Klasse a sind diejenigen Ortschaften zusammengefaßt, die nach der Volkszählung am 1. Dezember 1905 weniger als 2000 Einwohner hatten, in Klasse b die Ortschaften mit 2000 bis unter 10 000 Einwohner; in Klasse c die Ortschaften mit mindestens 10 000 Einwohnern. Die Wahlbeteiligung beläuft sich in Klasse a auf 85,2, in b auf 84,3, in c auf 84,2 und in den Großstädten zusammen auf 83,2 Proz. der Wahlberechtigten. In einzelnen Großstädten blieb die Wahlbeteiligung noch erheblich unter diesem Durchschnitt zurück, so erschienen in München nur 71,6, in Charlottenburg 73,8, in Danzig 74,6, in Köln 77,0 und in Berlin 77,5 Proz. der Wahlberechtigten an der Wahlurne.

Nach Ortsgrößenklassen verteilen sich die abgegebenen gültigen Stimmen auf die hauptsächlichsten Parteien wie folgt:

Von 100 abgegebenen gültigen Stimmen entfallen auf Kandidaten folgender Parteistellung

in Ortsgrößenklasse	Kons. u. Reichsp.	Nationalliberale	Freis. Parteien	Zentrum	Polen	Soziald.	Antis., Bd. d. Ldw. usw.	And. Part.
a	22,0	13,2	7,8	24,1	6,0	14,1	6,9	5,9
b	9,7	14,6	11,0	22,9	3,5	30,6	3,7	4,0
c	6,1	15,8	14,4	12,3	2,1	44,7	1,4	3,2
in Großstädten .	4,8	13,7	15,8	9,3	1,0	50,6	1,3	3,5
im Reich . .	13,6	14,5	10,9	19,4	4,0	28,9	4,2	4,5

Wahlrechtskomödie in Hessen.

Die parlamentarische Behandlung der Wahlrechtsvorlage in Hessen ist gegenwärtig zu einem unwürdigen Handeln und Schachern zwischen den beiden Gesetzgebungs-Ausschüssen der Ersten und Zweiten Kammer geworden. Die Vorlage enthält bekanntlich gegenüber ihren beiden Vorgängerinnen so weitgehende Zugeständnisse an die Erste Kammer, daß sie dadurch von vornherein für die Zweite Kammer unannehmbar ist. So soll der Artikel 67 der Verfassung, der der Ersten Kammer nur das Recht gibt, entweder das Budget im ganzen anzunehmen oder abzulehnen, nicht aber einzelne Kapitel zu beanstanden, dahin abgeändert werden, daß der Ersten Kammer nunmehr auch letzteres Recht gewährt werde. Ferner, und das ist noch bedeutend einschneidender, sieht die Regierungsvorlage eine Aenderung des Artikels 75 vor, wodurch die „Durchzählung" beseitigt wird. Wenn bisher nämlich auf einem Landtag ein Gesetzentwurf von der einen Kammer angenommen, von der anderen hingegen abgelehnt wurde, so konnte bei Wiedereinbringung der Vorlage auf dem nächsten Landtage eine Durchzählung der Stimmen für und gegen in beiden Kammern vorgenommen und so die Entscheidung herbeigeführt werden. Da die Zweite Kammer aus 50, die Erste hingegen aus höchstens 34 Mitgliedern besteht, so lag auf der Hand, daß die „Herren" nicht in der Lage waren, ihren Willen durchzusetzen. Auch hier zeigt sich die Regierung „entgegenkommend", indem sie bei Durchzählungen eine Zweidrittelmehrheit vorsieht, mithin den „hohen und erlauchten Herren" die Möglichkeit verleihend, jede ihnen unangenehme gesetzgeberische Maßnahme zu verhindern.

Neben dieser Kompetenzerweiterung der Ersten Kammer laufen noch eine Anzahl „Kautelen" her, — wie dreijährige Ansässigkeit, die Bedingung, mit der staatlichen und kommunalen Steuer nicht im Rückstand zu sein — die sich natürlich vorwiegend gegen die Arbeiter richten.

Wie schon angeführt, hat nun der Wahlausschuß der Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Zentrumsabgeordneten v. Brentano, dem die Vorlage vor reichlich einem halben Jahr überwiesen worden ist, anstatt alsbald der Kammer Bericht zu erstatten, sich mit dem Gesetzgebungsausschuß der Ersten Kammer in eine unwürdige Feilscherei eingelassen. Bislang geschah dieser Handel unter dem strengsten Ausschluß der Oeffentlichkeit! An sich ist es darum sehr verdienstvoll, daß einige Mitglieder das Schweigen gebrochen und der staunenden Mitwelt kundtaten, was vorderhand tiefes Geheimnis bleiben sollte.

Gestützt auf das Entgegenkommen der Regierung fällt es nämlich der Ersten Kammer durchaus nicht ein, von den ihnen im Entwurf zugestandenen erweiterten Rechten, **die ihre ursprünglichen kühnen Wünsche noch übertreffen**, irgend etwas Wesentliches abzugeben. Der Ausschuß aber sollte sich schon deshalb nicht für berechtigt halten, den „Herren" Zugeständnisse zu machen, als ja der frühere Landtag sich fast einmütig einem sozialdemokratischen Antrag anschloß, **„unter keinen Umständen eine Aenderung der Artikel 67 und 75 der Verfassungsurkunde"** zuzugeben.

Die Stellung der Sozialdemokratie zu der vorliegenden Wahlrechts-„Reform" ist klar gegeben: sie lehnt diese entschieden ab! Die hessische Regierung mag sich mit der Ersten Kammer in den Ruhm teilen, die Wahlreform in Hessen zum Scheitern gebracht zu haben.

Massenprotest gegen den reaktionären Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes.

Im Hamburger Stadt- und Landgebiet fanden am Dienstagabend sechzehn zum größten Teil überfüllte Versammlungen statt, in denen nach eingehender Kritik der vom preußisch-sächsisch-hamburgischen Polizeigeiste erfüllten Bestimmungen des Gesetzentwurfs folgende Resolution angenommen wurde:

„Der von der Reichsregierung dem Reichstag vorgelegte Entwurf eines Vereins- und Versammlungsrechts ist als durchaus reaktionäres Produkt zu verwerfen.

Die im Entwurf vorgesehene Polizeiaufsicht über Vereine und Versammlungen ist ein Hohn auf das einfachste Recht jedes Menschen, sich mit anderen über die gemeinsam interessierenden Angelegenheiten zu besprechen und gemeinsame Maßregeln zu beschließen.

Der Sprachenparagraph charakterisiert sich als ein Mittel gewalttätiger Unterdrückungspolitik und zugleich als ein Anschlag auf die Organisationsbestrebungen der Arbeiter.

Die Aufrechterhaltung der landesgesetzlichen Koalitionsverbote für bestimmte Arbeiterkategorien entspringt dem Bestreben, auch fernerhin im Interesse der Ausbeuter, insbesondere der Agrarier, das ländliche Proletariat im Zustand rechtloser Halb-Leibeigenschaft zu halten.

Die Versammlung fordert in Uebereinstimmung mit dem sozialdemokratischen Programm: Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken."

Außerdem wurde Protest erhoben in stark besuchten Versammlungen in Wandsbek, Ottensen und Langenfelde.

Der Gesamtbesuch dürfte mit 20 000 nicht zu hoch geschätzt sein.

Die Freisinnige Vereinigung und der Block.

Der Vorstand der Freisinnigen Vereinigung hat folgende Resolution angenommen:

„Der erweiterte Vorstand des Wahlvereins der Liberalen (Freisinnige Vereinigung) ist der Meinung: daß nach der vom Ministerpräsidenten am 10. Januar im preußischen Abgeordnetenhause gegen den freisinnigen Wahlrechtsantrag abgegebenen Regierungserklärung, die ein Bekenntnis zu den reaktionärsten Anschauungen darstellt, eine deutliche Mißtrauenskundgebung seitens der Freisinnigen Vereinigung, wenn tunlich seitens der Fraktionsgemeinschaft, gegen den Fürsten Bülow im Gegensatz zu der Vertrauenskundgebung vom 5. Dezember 1907 im Reichstage unerläßlich ist."

Wie der Verlauf der Reichstagssitzung beweist, hat dieser Beschluß, der aus der Erklärung Bülows die gebotenen Konsequenzen ziehen wollte, bei der Fraktionsgemeinschaft, in der die Freisinige Volkspartei ausschlaggebend ist, Widerstand gefunden. Die Freisinnige Volkspartei hat Bülow gerettet und damit die Gelegenheit vorübergehen lassen, dem Wahlrechtsfeind die verdiente Niederlage zu bereiten. Und dann beklagen sich die Herren noch, wenn wir an die Entschiedenheit ihrer wahlrechtsfreundlichen Beteuerungen nicht glauben können. —

Ungarn.

Das Gespenst des Plural-Wahlrechts.

Montag abend fanden in den drei größten Sälen Budapests von Zehntausenden von Proletariern besuchte Monster-Versammlungen statt. Es galt gegen die geplante Eskamotierung des allgemeinen und die Einschmuggelung des Pluralwahlrechtes stürmisch zu demonstrieren.

In der Provinz fanden in Arad, Györ, Kolozsvár, Kispest, Miskolc, Pozsony und Ujpest gleichfalls Massendemonstrationen statt.

Alle Versammlungen bewiesen, daß Ungarns Proletariat nicht gewillt ist, sich seiner Rechte widerstandslos entäußern zu lassen. In allen Versammlungen erweckte der Gedanke der Proklamierung des politischen Massenstreiks für den Fall der Einreichung des Pluralwahlrechts stürmische Begeisterung, und man darf wohl sagen, falls die Regierung Ernst macht, um auf feiger Weise Ungarns Völkern ihre Rechte zu rauben, so dürfte es zu blutigen Kämpfen kommen. Die Koalition ist also auf dem Wege, Ungarn mit der Einreichung dieses Gesetzentwurfs in eine schwere politische und wirtschaftliche Krise zu stürzen.

Frankreich.

Hervé.

Paris, 22. Januar. (W. T. B.) Der Disziplinarrat der hiesigen Advokatenkammer hat beschlossen, den Antimilitaristen Gustav Hervé, welcher kürzlich wegen einer in seinem Blatte „La guerre sociale" begangenen Beleidigung der Armee zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde, von der Advokatenliste zu streichen.

Ein biederer Ehrenrat! —

Diogenes' Gastspiel in der Mistonne.

Aus Paris wird uns geschrieben:

Der „Matin", dem die böse „Humanité" durch ihre Enthüllungen so schweren moralischen und — was den Edlen noch bitterer ist — materiellen Schaden zugefügt hat, kennt jetzt keine größere Wonne, als irgend einen „Sozialisten", sei er so unbeträchtlich wie immer, gegen die geeinigte Partei auszuspielen. Kürzlich hat ihm der Direktor der „Revue Socialiste", der „possibilistische" Professor Fournières, diese Genugtuung geboten. Man pflegt diesem Mann, dem seine unermeßliche Langweiligkeit den Ruf der Gründlichkeit und dieser Ruf wieder, verbunden mit einer sanften Gemütsart, die den Anstoß nach oben vermeidet, eine angenehme Lehrstelle an der polytechnischen Schule verschafft hat, die Benefizien einer unbegrenzten Gutmütigkeit zuzubilligen. Aber man möchte doch zweifelhaft werden, ob der Professor in das Haus des — „Matin" wirklich mit der Harmlosigkeit des Hartlebenschen Pastors eingetreten ist, wenn man seine polemischen Mittel näher betrachtet. Fournières behauptet u. a., daß die französischen Sozialisten in Stuttgart die deutschen zur stärkeren Betonung ihres Antimilitarismus aufgefordert, diese aber mit der Ausschließung Friedebergs geantwortet hätten! Da sich die „wissenschaftlichen" Leistungen Fournières im Hamsterfleiß der „Materialsammlung" präsentieren, so ist ein Irrtum ausgeschlossen. Der wackere Professor besitzt sicher genug gedruckte Beweise dafür, daß Friedeberg nicht wegen seiner antimilitaristischen, sondern wegen seiner anarchistischen, dem Programm der Sozialdemokratie zuwiderlaufenden Anschauungen aus der Partei ausgeschieden werden mußte. Sieht da die Behauptung des Biedermeiers nicht einer Fälschung verdammt ähnlich? —

Italien.

Die Auswanderung im Jahre 1907.

Rom, 15. Januar. (Eig. Ber.)

Das italienische Auswanderungsamt veröffentlicht soeben die vorläufigen Zahlen für die Auswanderung über See im Jahre 1907. In diesem Jahre haben sich in italienischen Häfen und in Havre 307 704 Auswanderer eingeschifft, von denen 25 125 Ausländer waren; im Jahre 1906 belief sich die Zahl der in denselben Häfen Eingeschifften auf 440 328, einschließlich 25 619 Ausländern. Es ist somit ein Rückschritt von 42 634 Personen zu verzeichnen gegenüber dem Vorjahr, das allerdings die höchste Auswandererziffer aufwies, die überhaupt in Italien je erreicht worden ist. Die Gesamtmasse der Auswanderer verteilte sich 1907 auf die verschiedenen überseeischen Länder wie folgt: 202 484 nach den Vereinigten Staaten, 80 649 nach dem Plata, 13 169 nach Brasilien und 1402 nach anderen Ländern. Den bedeutendsten Rückgang hat die Auswanderung nach dem Plata erfahren, die seit dem Vorjahre um 34 000 zurückgegangen ist, während die nach den Vereinigten Staaten nur um 8000 sank und die nach Brasilien stationär geblieben ist.

Deutliche Spuren der nordamerikanischen Krise finden wir in der Statistik der zurückkehrenden Auswanderer. Die Zahl der Zurückkehrenden schnellt von 149 856 im Jahre 1906 auf 222 319 im folgenden Jahre empor, und zwar kehrten aus den Vereinigten Staaten zurück: 162 980 (gegen 96 210), aus dem Plata und Brasilien 58 160 (gegen 52 230) und 1179 (gegen 916) aus den anderen überseeischen Ländern. Die Zahl der Zurückkehrenden betrug also im Jahre 1907 59,7 Proz. der Ausgewanderten desselben Jahres, während sie in dem Jahrfünft von 1902 bis 1906 im Durchschnitt nur 26 Proz. ausmachte. Trotzdem ist der Prozentsatz der Zurückkehrenden in anderen Jahren schon höher gewesen, und zwar im Jahre 1904, wo er auf 87 Proz. stieg, hauptsächlich infolge der in jenem Jahre herrschenden industriellen Stagnation in den Vereinigten Staaten. —

England.

Parlamentarische Nachwahl.

Der seit Mai 1907 zu verzeichnende Umschlag der politischen Strömung zuungunsten der Liberalen fand überraschenden Ausdruck in der vor wenigen Tagen erfolgten parlamentarischen Nachwahl in Süd-Devonshire. Der Wahlkreis war seit vielen Jahren liberal. Der Rücktritt des vor 2 Jahren gewählten Liberalen machte eine Nachwahl notwendig. Es kandidierten jetzt für den Liberalen Mr. Buxton, für die Tarifreformer (Schutzzöllner) Kapitän Morrison Bell. Letzterer erhielt 5191 Stimmen, Buxton 4623. Vor zwei Jahren wurde der Liberale mit einer Mehrheit von rund 1300 Stimmen gewählt. Der Sieg des Schutzzöllners erregt großes Aufsehen.

Rußland.

Die Reaktion in der Schule.

Die vordringende Reaktion hat auch die Schule erfaßt, und wieder beginnen die Experimente, vor allem mit den Hochschulen, denen eine Zeit wie in den achtziger Jahren bevorzustehen scheint. Unter dem Vorsitz des Unterrichtsministers Kaufmann fand letzter Tage eine Hochschulrektorenkonferenz statt, der das neue Hochschulstatut zur Beratung vorgelegt wurde. Dieses Statut ist vollständig nach dem reaktionären Vorbilde der achtziger Jahre gemacht, ja sogar mit einigen Korrekturen weiter in die Reaktion hinein! Die Rechte des Professorenkollegiums sollen beschnitten werden, an die Spitze der Hochschulen sollen besondere Kanzler gestellt werden, die der Zar ernennt, und zwar aus Leuten, die gar nichts mit der Schule zu tun haben! Da kann man also erleben, daß bald an der Spitze der russischen Universitäten Generäle der Gendarmerie stehen werden. — Die Beratungen der Konferenz waren geheim, und der Unterrichtsminister hat den Rektoren wiederholt eingeschärft, nur nichts in die Oeffentlichkeit gelangen zu lassen. . . . Einfluß auf die Projekte der Regierung konnte die Konferenz übrigens nicht haben, denn die Rektoren hatten nur beratende Stimme. Welche Macht dagegen die schwarze Echtrussen-Bande auf das Schulwesen hat, beweist die Tatsache, daß von der Odessaer Universität auf Verlangen der dortigen Abteilung der Schwarzen nicht weniger als neun Professoren auf einmal von ihren Lehrstühlen entfernt worden sind! Unter ihnen befinden sich bekannte russische Gelehrte, wie der Meteorologe Klossowski, einer der größten Botaniker und Zoologen Rußlands: Rotert, der Physiologe Sawjaloff, Kosinski, der Verfasser eines großen Werkes über die Landfrage u. a. m. . . .

In Batum hat der Generalgouverneur Bauer an die Eltern der dortigen Schüler einen Ukas erlassen, in dem es heißt: Wenn ein Schüler sich auch nur des kleinsten Ungehorsams gegenüber seinem Lehrer schuldig mache, werde er samt seinen Eltern als politische Verbrecher aus Batum verwiesen werden!

Amerika.

Die Vereinigten Staaten als zweite Seemacht. Nach einer soeben herausgegebenen Aufstellung der Senatskommission für Marineangelegenheiten werden die Vereinigten Staaten als Seemacht nur von England übertroffen. An dritter Stelle steht Frankreich, an vierter Deutschland, an fünfter Japan. Was die Erhaltung der verschiedenen Schiffe pro Jahr kostet, zeigt folgende Aufstellung: Ein großes amerikanisches Kriegsschiff 686 500 Dollar, ein gepanzerter Kreuzer 755 000 Dollar, ein geschützter Kreuzer 583 000 Dollar, ein Kanonenboot 115 000 Dollar, ein Torpedobootzerstörer 77 000 Dollar, ein Torpedoboot 51 500 Dollar, ein Unterseeboot 26 450 Dollar.

An Marinesoldaten haben die Vereinigten Staaten die geringste Zahl unter den fünf genannten Mächten: im Jahre 1907 waren auf den amerikanischen Schiffen 38 500 Mann inklusive Offiziere.

Die Schiffe Großbritanniens haben einen Tonnengehalt von 1 821 610, die der Vereinigten Staaten 771 758, die von Frankreich 836 112, die von Deutschland 680 782, die von Japan 451 320. Frankreich besitzt die meisten Schiffe, nämlich 508, darunter aber 271 Torpedoboote und 99 Unterseeboote, während England unter seinen 454 Schiffen „nur" 71 Torpedoboote und 48 Unterseeboote zählt. Die Vereinigten Staaten haben 168 Schiffe, darunter 82 Torpedoboote und 19 Unterseeboote. Deutschland hat 210 Schiffe, Japan 194. An großen Kriegsschiffen haben:

Großbritannien	56 mit	821 390	Tonnen
Vereinigte Staaten . . .	29 „	406 140	„
Frankreich	27 „	368 461	„
Deutschland	28 „	358 461	„
Japan	13 „	101 498	„

Aus der Partei.

Ausschlußverfahren gegen einen Budgetbewilliger.

Paris, 20. Januar. (Eig. Ber.)

Die gestrige Versammlung des Nationalrats der geeinigten Partei (wir haben über das Ergebnis bereits kurz berichtet. Red. d. „Vorw.") hat sich hauptsächlich mit einem Antrage beschäftigt, der den Ausschluß des Deputierten Breton forderte, weil dieser dem Einigungspakt und den wiederholten Kongreßbeschlüssen entgegen für das Budget gestimmt hatte. Breton, der auch seither wiederholt gegen die Taktik der Partei mit gesuchter Auffälligkeit demonstriert hat, fand keinen Verteidiger. Seine eigene

Föderation (Cher) hat ihm einen Tadel ausgesprochen, doch wendete sich gestern ihr Sprecher gegen den Ausschluß, da dieser die Spaltung der aufblühenden Organisation herbeiführen könnte und verlangte die Ueberweisung der Angelegenheit an den Parteitag. Genosse Bracke sprach für den Ausschluß, da Breton nicht nur durch seine Abstimmung, sondern auch durch die ihr vorausgeschickte Rede gegen die Partei manifestiert habe. Angesichts einer solchen Verfehlung gegen die übernommenen Parteipflichten dürfe man keine Opportunitätsgründe gelten lassen.

Breton versuchte sich mit den bekannten Argumenten zu rechtfertigen, aber mit wenig Glück, da es sich nicht um die theoretische Frage handelte, wie sich die sozialistische Partei gegenüber dem Budget des bürgerlichen Staates zu verhalten hat, sondern um das unleugbare Faktum des Disziplinbruches. Breton wußte auf diese Anklage nur mit der Behauptung zu erwidern, daß er bei seinen Eintritt in die geeinigte Partei „alle nötigen Vorbehalte" gemacht habe. — Varenne, der wohl nicht fürs Budget gestimmt, aber sich der Abstimmung enthalten hat, wiederholte Bretons Argumente über die parlamentarische Taktik. Er behauptete unter anderem, daß es am besten wäre, die Partei feierlich aufzulösen, wenn man die positive parlamentarische Arbeit (darunter versteht er die Blockpolitik) geringschätze!

Jaurès legte dar, daß zwischen der von den Sozialisten angestrebten Verbesserung des Budgets und der Verwerfung des Budgets in seiner Gesamtheit kein Widerspruch bestehe. Es könne wohl ein Augenblick eintreten, wo sich die Fraktion verpflichtet sähe — mit Zustimmung der Partei, die dann sicher nicht ausbleiben werde, für das Budget zu stimmen, z. B. bei einer Steuerreform, wenn die sozialistischen Stimmen zu ihrer Durchsetzung notwendig seien. Die Haltung der Breton und Genossen sei darum unbegreiflich. Die Partei bedeute nicht nur eine Gesamtheit von Formeln, sondern auch eine freiwillig angenommene Disziplin. Aber man möge nicht strenger sein als die anderen Zweige der Internationale. Er, Jaurès, sei bereit, für die Ausschließung Bretons zu stimmen, wenn man ihm nachweise, daß die deutsche Sozialdemokratie die Budgetbewilliger in den Landtagen ausgeschlossen habe. Der Stuttgarter Kongreß habe unter dem Schutze einer sozialdemokratischen Budgetbewilligung getagt. Der Nationalrat möge also nur das Tadelsvotum der Föderation Cher zur Kenntnis nehmen und bestätigen.

Nachdem noch u. a. Hervé für den Tadel, aber gegen den Ausschluß gesprochen hatte, weil die Budgetbewilligung „eine Frage 36. Ordnung" sei, wurde mit 77 gegen 44 Stimmen bei 3 Enthaltungen eine von Renaudel (Seine-Föderation) beantragte Resolution angenommen, die vom Parteitag in Toulouse die Ausschließung Bretons verlangt, da sich dieser „durch seine allzu unabhängige Haltung und durch seine Bemühungen um eine Annäherung an die Bourgeoisparteien in der Kammer und zum Schluß durch seine Budgetbewilligung in andauernder Weise in Widerspruch mit den Statuten und mit der Politik der Partei gesetzt" habe.

Von den übrigen Verhandlungen sei noch mitgeteilt: Im vergangenen Jahre sind 56 000 Mitgliedskarten der Partei gelöst, sechs neue Föderationen gegründet worden. — Die Deputierten Devèze, Fournier und Pastre, die die Zahlung der Deputiertensteuer verweigert haben, sind aus der Partei ausgeschlossen, den Deputierten Cadenet und Selle, die auf die bisherigen Mahnungen nicht reagiert haben, wurde ein letzter Termin gewährt.

Der Nationalrat beschloß mit Akklamation eine Solidaritätskundgebung für die in den Wahlrechtskampf eingetretene preußische Sozialdemokratie.

Ferri tritt von der Redaktion des „Avanti" zurück.

(Privatdepesche des „Vorwärts".)

Rom, 22. Januar.

Der „Avanti" veröffentlicht einen Brief Ferris an den Parteivorstand, worin Ferri erklärt, die Chefredaktion des „Avanti" niederzulegen, um eine Vortragsreise nach Südamerika zu unternehmen. Ferri bittet den Vorstand, ihm einen Nachfolger zu bestimmen. Dieser Rücktritt aus Privatgründen befremdet, da Ferri sein Mandat vom Parteitag erhielt, also eigentlich allein der Parteitag für die Ernennung des Nachfolgers zuständig wäre.

Das Agrarprogramm der sozialdemokratischen Partei Ungarns.

Die Leitung der ungarischen Sozialdemokratie hat im Herbst vorigen Jahres eine Kommission mit der Ausarbeitung eines zeitgemäßen Agrarprogramms betraut. Der auf den neuesten Forschungsergebnissen in der Agrarfrage begründete Entwurf liegt nun fertig vor und wird der Partei zur Diskussion unterbreitet. Das Programm zerfällt in einen prinzipiellen Teil, dem sich die Uebergangsforderungen anschließen. Der prinzipielle Teil beginnt:

„Die sozialdemokratische Partei Ungarns erklärt, unerschütterlich festzuhalten an der in ihrem Programm ausführlich begründeten Ueberzeugung, wonach die heutige Gesellschaftsordnung abgelöst werden muß von der sozialistischen Gesellschaft, deren Grundlage die Ueberführung der Produktionsmittel ins Eigentum der Gesamtheit ist. Die Partei erachtet sonach die Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden als ihr Endziel."

Dann heißt es weiter, daß die Entwickelungsgesetze der Landwirtschaft nicht vollkommen identisch seien mit denen der Industrie. Die Partei ergänzt deswegen mit diesem Agrarprogramm ihr allgemeines Programm und wünscht, der Richtung jener Entwickelung sich anzupassen, die für den landwirtschaftlichen Betrieb in Ungarn demnächst zu erwarten ist. Bezüglich der Eigentums- und Betriebsfrage wird die Expropriation jeder Art von Grundbesitz für die Gesamtheit gefordert; hierzu gehören die Forsten, Wasserstraßen, Bergwerke, sowie die Verkehrsmittel, Straßen, Eisenbahnen, Kanäle usw. Für die Gemeinden wird das Vorkaufsrecht gefordert, in allen Fällen, wo der Grund und Boden seinen Besitzer wechselt. Der auf diese Weise geschaffene Gemeindebesitz soll im Wege langfristiger, individueller oder genossenschaftlicher Pachtungen abgegeben werden.

Der nächste Abschnitt vereinigt die Forderungen bezüglich des Arbeiterschutzes auf dem Lande. Darunter befindet sich die Forderung auf unbeschränktes Streikrecht, Verbot der Beschäftigung schulpflichtiger Kinder unter 14 Jahren, auch in der eigenen Wirtschaft. Die tägliche Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter von 14 bis 18 Jahren darf höchstens acht Stunden, die der erwachsenen Lohnarbeiter nur ausnahmsweise, während der Ernte, mehr als zehn Stunden betragen. Ferner wird eine Sonntagsruhe für alle ländlichen Arbeiter und das Gesinde, event. ein freier Tag in der Woche gefordert. Die übrigen Bestimmungen beziehen sich auf die Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter. Der letzte Abschnitt stellt die Grundsätze auf, nach denen die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion anzustreben ist. Es wird da im Sinne des allgemeinen Programms der sozialdemokratischen Partei die Forderung nach Aufhebung sämtlicher Konsumsteuern aufgestellt, z. B. die Beseitigung der Zucker- und Fleischsteuer. In den trockenen Gegenden soll durch die Gemeinde und Bezirksgenossenschaften eine großzügige Bodenverbesserung durch einheitlich geplante Kanalisationen zu Berieselungszwecken ausgeführt werden. Ferner wird eine systematische Forstwirtschaft, der Ausbau des Eisenbahnnetzes, Erleichterung des Transportes für Lebensmittel, sowie die Abschaffung aller aus dem Mittelalter stammenden Vorrechte des Großgrundbesitzes und die Ueberweisung des Fischerei- und Jagdrechtes an die Gemeinden gefordert.

Das sind die wesentlichsten Punkte des Programmentwurfs, der nunmehr zur Diskussion steht und wahrscheinlich von der Partei in der Hauptsache angenommen werden dürfte. Für unsere ungarische Bruderpartei war die Schaffung eines solchen Agrarprogramms von besonderer Wichtigkeit, da in Ungarn die Landwirtschaft die Industrie noch immer bei weitem überragt. Der größere Teil der ungarischen Bevölkerung findet in der Landwirtschaft seinen Unterhalt, und es ist notwendig, diesen möglichst für den Sozialismus zu gewinnen. Die Latifundienwirtschaft erzeugt ein zahlreiches bäuerliches Proletariat, das den Ideen des Sozialismus leicht zugänglich ist.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Aufgehobener „Grober Unfug".

Das Schöffengericht zu Brandenburg a. H. hatte am 28. November v. J. den Genossen Perner von der „Brandenburger Ztg." zu 20 M. Geldstrafe verurteilt, weil er durch Veröffentlichung eines Beschlusses der Arbeitervereine von Neue Schleuse bei Rathenow den „Groben Unfugs"-Paragraphen des Strafgesetzbuches übertreten haben sollte. Der gemeinsame Beschluß der Arbeitervereine lautete nämlich dahin, daß das Lokal „Herrenkrug" infolge der Weigerung des Wirtes, seinen Saal für sozialdemokratische Versammlungen herzugeben, als gesperrt zu betrachten und von allen organisierten Arbeitern Rathenows und der Umgegend streng zu meiden sei. Darin erblickte das Brandenburger Schöffengericht eine strafbare Beunruhigung des Publikums, denn — so führte es in der Begründung des Urteils aus — das Reichsgericht habe entschieden, daß es grober Unfug sei, wenn Personen sich vor einem Lokal aufstellten und das Publikum vom Besuch abzu halten suchten. Da ferner das Reichsgericht erkannt habe, daß grober Unfug auch durch die Presse begangen werden könne, so sei es gleichermaßen zu bestrafen, wenn der Versuch, das Publikum vom Besuch eines bestimmten Lokals abzuhalten, in einer Zeitung unternommen werde. Das Verlangen des Angeklagten, ihm doch Zeugen vorzuführen, die sich durch den Artikel beunruhigt gefühlt hätten, sei nicht berechtigt; es genüge, daß jemand, der die Zeitung las, den Eindruck gewinnen mußte: So, nun ist dem Manne der Verkehr abgesperrt! Das Gericht habe die Ueberzeugung, daß dieser Eindruck durch die öffentliche Bekanntgabe des Beschlusses beim Publikum entstanden ist. Wenn der Angeklagte einwende, daß der Artikel sich nur an die organisierte Arbeiterschaft gewendet habe, deren Interessen gerade durch den Artikel gewahrt würden, so stehe dem entgegen, daß die Zeitung einem unbegrenzten Personenkreis zugänglich sei. Der Hinweis auf den straflos geübten Militärboykott sei ebenfalls hinfällig, weil dieser Beschluß nicht öffentlich bekanntgemacht werde. (!)

Gegen dieses Urteil wurde selbstverständlich Berufung eingelegt und in der am 21. d. M. vor der Strafkammer zu Brandenburg stattgefundenen Verhandlung auch die Freisprechung des Angeklagten erzielt. Der Gerichtsvorsitzende, Landgerichtsrat Raschel, versuchte zwar zunächst, eine Drohung gegen andere Wirte, die auch keine sozialdemokratischen Versammlungen bei sich dulden, aus dem Artikel herauszulesen; als das mißlang und der Angeklagte ihm vorhielt, der Boykott sei hier nichts anderes als ein Akt der Notwehr aufzufassen, verstieg er sich sogar zu der Bemerkung: „Na, da mögen doch die Arbeiter sich selber einen Saal bauen." Der Verteidiger, Rechtsanwalt Wolfgang Heine, verstand es aber dann, durch überzeugende juristische Darlegungen der Mehrheit des Richterkollegiums eine bessere Meinung beizubringen. Er wies zunächst nach, daß der Vorderrichter sich seine „Definition" des „Groben Unfugs" mit Hülfe eines singulären Reichsgerichtsurteils doch gar zu leicht gemacht habe, führte demgegenüber die konstante Rechtsprechung des Reichsgerichts ins Feld und ging schließlich über zu einer glänzenden Rechtfertigung des Boykotts, der als eine Anstandspflicht nicht bloß in Arbeiterkreisen, sondern in der ganzen gebildeten Gesellschaft ausgeübt werde. Es sei einfach ein Gebot der guten Sitte, dort nicht wieder hineinzugehen, wo man einmal herausgewiesen sei. Selbst wenn eine Drohung gegen die saalverweigernden Wirte in dem Artikel enthalten sei, würde das — sofern die Form nicht ungebührlich ist — nicht strafbar sein, denn zum Begriff des groben Unfugs gehört, daß Gefühle, die allgemein als gerecht und sittlich empfunden werden, verletzt sind. Das Verhalten eines Wirtes, der einen Teil seiner bisherigen Gäste wegen ihrer politischen Gesinnung ausweist, sei weder sittlich noch gerecht und verdiene den Schutz des Gesetzes nicht.

Der Gerichtshof kam zu diesem Erkenntnis: Das Urteil der ersten Instanz ist aufzuheben, der Angeklagte ist freizusprechen und die Kosten sind der Staatskasse aufzuerlegen. Der Nachweis, daß die für den Begriff des groben Unfugs erforderliche unmittelbare Beunruhigung des Publikums durch den Artikel hervorgerufen ist, sei nicht erbracht.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Rohrleger und Helfer!

Da die Firma Nolte in Wilmersdorf den Tarif der Rohrleger noch nicht anerkannt hat, auch keinen der streikenden Kollegen wieder einstellt, so ersuchen wir die Kollegen, diesen Betrieb zu meiden und etwage Arbeitsangebote von dieser Firma zurück zu weisen.

Die Kollegen ersuchen wir, auf diese Bekanntmachung die Berliner Rohrleger und Helfer ganz besonders aufmerksam zu machen, da in der „Volkszeitung" sowohl, wie in einer anderen Zeitung die Aufhebung der Sperre über die Firma Nolte veröffentlicht wurde.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Auflösung des Ortsvereins der Maurer.

In einer Generalversammlung der Freien Vereinigung der Maurer, die am Dienstagabend bei Boeker in der Weberstraße stattfand, erstatteten die Delegierten von der Maurerkonferenz ihren Bericht. Der Inhalt ist den „Vorwärts"lesern durch die Veröffentlichungen über den Verlauf der Konferenz bekannt. Der Delegierte Meyn besprach hauptsächlich den geschäftlichen Teil, während der Delegierte Dietrich die Einigungsfrage auf der Konferenz und die Verhandlungen darüber eingehend erörterte. Er tritt am Schlusse seines Berichts für die Eintgung mit dem Zentralverbande ein. Eine lebhafte Diskussion entspann sich darauf, denn auf der Tagesordnung stand weiter die Beschlußfassung über die Auflösung des Ortsvereins Berlin. Da eine starke Beteiligung an der Diskussion vorauszusehen war, entschied die Versammlung, daß die Redezeit auf 20 Minuten beschränkt werden sollte. Heftige Angriffe wurden gegen die Leiter der Freien Vereinigung der Maurer gerichtet, von diesen aber sehr energisch zurückgewiesen. Sie fragten nach den Gründen, welche die Opposition gegen die Einigung habe und erklärten, daß sie nichts anderes hörten, als allgemeine Vorwürfe, allerlei Befürchtungen und unberechtigtes Mißtrauen, während die Verhältnisse im Gewerbe die Einigung unter den Arbeitnehmern gebieterisch fordern. In den „Abendsprachen" ist die Angelegenheit einer gründlichen Besprechung unterzogen und nur 57 Mitglieder hatten sich dagegen erklärt. — Der Vorstand legte der Generalversammlung den folgenden Antrag vor:

Die am 21. Januar 1908 tagende Generalversammlung der Freien Vereinigung der Maurer, Ortsverein Berlin, erklärt sich mit dem auf der 16. Konferenz der Maurer Deutschlands gefaßten Beschlusse bezüglich der Verschmelzung der Freien Vereinigung der Maurer Deutschlands mit dem Zentralverband der Maurer einverstanden. In Konsequenz dessen erklärt diese Generalversammlung den Ortsverein Berlin mit dem Tage für aufgelöst, an dem der Vorstand den Geschäftsbericht und Kassenbericht gegeben hat. Die Festsetzung und Bekanntmachung dieser Versammlung ist dem Vorstand überlassen. — Des weiteren ist der Vorstand gehalten, alle bis zum Tage des endgültigen Uebertritts notwendigen Geschäfte zu führen, sowie alle mit dem hiesigen Zweigvereinsvorstand bezüglich der Vereinigung zu erledigende Formalitäten zu regeln. Die Versammelten appellieren ferner an alle nicht anwesenden Mitglieder des Ortsvereins, diesem Beschluß Rechnung zu tragen und in der neuen Organisation einmütiglich und geschlossen für unsere Ideen zu wirken.

Der Antrag wurde mit mehr als der erforderlichen Zweidrittelmajorität angenommen. — Als Delegierte zum Kongreß, mit der Weisung, für die Einigung einzutreten, wurden noch gewählt: Dietrich, Gensmer und Stroschein.

Deutsches Reich.

Die Situation im Baugewerbe verschärft sich.

Eine von zirka 1000 Mitgliedern des Maurerverbandes besuchte Versammlung in Dresden lehnte den von den Bauunternehmern der Gehülfenschaft offerierten Tarifentwurf als unannehmbar einmütig ab; sie wollen es lieber auf einen Kampf ankommen lassen, als sich den wesentlich verschlechtereten Bedingungen eines solchen Tarifs zu unterwerfen.

Bekanntlich läuft der Tarif am 1. April d. J. ab. Es haben auch Verhandlungen mit den Unternehmern über den Abschluß eines neuen Tarifs stattgefunden. Aber die Bedingungen der Unternehmer waren einfach unannehmbar. Alle von der Gehülfenkommission beantragten Abänderungen und Verbesserungen wurden glatt abgelehnt. Die Unternehmer wollen offenbar den Konflikt. Sie lehnten rundweg eine Lohnerhöhung ab; wollen im Gegenteil die Löhne verschlechtern, indem sie den Passus verlangen, daß der vereinbarte bisherige Lohn nur „tüchtigen Arbeitern" bezahlt wird. Die Arbeiter wären also völlig der Willkür der Unternehmer preisgegeben. Ferner soll jegliche „Agitation auf den Bauten" verboten sein. Man weiß ja, was dahinter steckt. Geradezu skandalös ist aber folgende Bestimmung: „Der Tarif gilt vom 1. April 1908 bis 31. März 1910, kann aber auch früher vom Arbeitgeberbund aufgehoben werden." Damit ist natürlich die Gehülfenschaft in die Hände der Unternehmer gegeben. Eine solche Bestimmung schlägt jeder Vereinbarung, jeder Tarifgemeinschaft direkt ins Gesicht.

Trotz dieser unerhörten Provokation sind die Verhandlungen von der Lohnkommission der Gehülfen noch nicht abgebrochen worden. Man nimmt an, daß die Unternehmer noch zur Vernunft kommen. Allerdings unter den von den Unternehmern proponierten, einfach für jeden organisierten Arbeiter unannehmbaren Bedingungen wird kein Vertrag abgeschlossen. Sollten die Unternehmer darauf beharren, dann kommt es zum Kampf. Die Arbeiter sind gut organisiert. Die wenigen gewohnheitsmäßigen Arbeitswilligen können doch nur auf wenigen Stellen den Rausreißer machen.

Die Unternehmer werden sichs also wohl noch überlegen, ehe sie in so frivoler Weise einen Kampf provozieren, bei dem sie nichts gewinnen, aber viel verlieren können.

Schneiderbewegung. Eine Schneiderversammlung in Bamberg, der nahezu alle in Betracht kommenden Arbeiter anwohnten, entschied sich einstimmig für die Durchführung einer Tarifbewegung im kommenden Frühjahr.

Das schlechte Gewissen.

Die christlichen Arbeitersekretäre, die als Arbeitervertreter in den bayerischen Landtag gewählt wurden, aber in der Frage der Lohnaufbesserung der Eisenbahner eine so jämmerliche Rolle spielen, sind um ihre Gefolgschaft sehr besorgt, da sich die Uebertritte aus dem christlichen Lager in den Süddeutschen Eisenbahnerverband häufen. Sie halten unter den rebellisch gewordenen Eisenbahnern Versammlungen ab, um sie zu beruhigen und der Massenflucht vorzubeugen. Dabei schließen sie aber die Mitglieder des letztgenannten Verbandes, wie es dieser Tage wieder in Würzburg geschah, ausdrücklich von der Teilnahme an ihren Versammlungen aus. Sie fürchten, daß man ihnen ihre Sünden vorhalten und den christlichen Eisenbahnern, die zum großen Teile über die politischen Vorgänge in entsprechender Zubereitung nur aus der Zentrumspresse unterrichtet werden, über die wahre Natur ihrer „Vertreter" ein Licht aufstecken könnten. Die Aufklärung dringt aber mächtig durch.

Versammlungen.

Die Zahlstelle Berlin des Buchbinderverbandes hielt am 16. Januar im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der über die Revidierung des Ortsstatuts beraten und beschlossen wurde. Die wichtigste Veränderung gegenüber dem alten Ortsstatut ist, daß den verschiedenen Branchen eine ihrer Mitgliederzahl entsprechend starke Vertretung in der Ortsverwaltung gesichert wird. Zu diesem Zweck wird auch die Zahl der Beisitzer erhöht, und zwar von 8 auf 14. Die Beisitzer werden in den Branchenversammlungen gewählt. Die Buchbindereibranche hat 4, die Luxuspapierbranche 3, die Kartonbranche 2 Beisitzer, und die Album-, die Etuis-, die Galanterie-, die Goldschnitt- und die Kontobuchbranche haben je einen Beisitzer zu wählen. Der erste Vorsitzende wird alljährlich im Januar durch Urabstimmung gewählt. Ueber diesen Punkt ist es bei der Vorberatung des neuen Ortsstatuts zu Differenzen mit den Vertretern des Verbandsvorstandes gekommen, der, nachdem der letzte Verbandstag beschlossen hat, die Ortsbeamten auf den Verband zu übernehmen, das Recht für sich in Anspruch nimmt, wie die beiden besoldeten Kassierer, so auch den ersten Ortsbevollmächtigten für Berlin zu wählen. Die Generalversammlung war jedoch, in Uebereinstimmung mit den Vertretern der Zahlstelle, anderer Ansicht und nahm jenen Passus in der vorgeschlagenen Form an. Außerdem wurde eine Resolution angenommen, in der gegen die Auffassung des Verbandsvorstandes protestiert wird. Das ganze Ortsstatut wurde dann mit geringen Abänderungen von der Generalversammlung gutgeheißen.

Der Ortsverwaltung stellte die Versammlung 2500 M. zur Verfügung, um für zweckmäßige Einrichtung des Bureaus der Zahlstelle zu sorgen, das am 1. April nach dem neuen Gebäude des Gewerkschaftshauses verlegt wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wahlrechtsdemonstration.

Braunschweig, 22. Januar. (B. H.) Große Straßendemonstrationen veranstaltete die Arbeiterschaft Braunschweigs. Als bekannt wurde, daß in der heute vom Herzog-Regenten verlesenen Thronrede das Wahlrecht nicht bedacht wurde, beschloß man in den großen Fabriken, nach Schluß der Arbeitszeit vor das Schloß des Herzog-Regenten zu ziehen. Dies war um so leichter möglich, als sich allein von der Mühlenbauanstalt von Amme, Giesecke und Genossen ein Zug von 2000 Arbeitern in Bewegung setzte. Dieser Zug hat zur Folge gehabt, daß eine Unmenge anderer Arbeiter sich demselben anschloß und gemeinschaftlich vor das Schloß des Regenten zog, Lieder sang und Hochs auf das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht ausbrachte. Nach diesen Kundgebungen zog die Arbeiterschaft vor das Landtagsgebäude, wo gerade eine Kommission tagte. Von hier aus setzte sich der Zug nach allen Gegenden der Stadt in Bewegung, überall singend und Hochs auf das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht ausbringend. Der Stein und der Bohlweg zeigte gegen ½7 Uhr abends vielleicht ein noch nie dagewesenes Bild, denn diese Hauptverkehrsadern waren polizeilich abgesperrt und war auch nicht eine Person auf den großen, breiten Straßen zu erblicken.

Ein Seelsorger!

Lübeck, 22. Januar. (B. H.) Der Pastor Jack von Neu-Kirchen ist mit seiner Frau unter Hinterlassung von enormen Schulden flüchtig. Man glaubt, daß sich derselbe in Amerika befindet.

Der Pleitegeier.

Frankfurt a. M., 22. Januar. (W. T. B.) Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung" aus New York hat die Traders Mechanics Bank in Pittsburg ihre Zahlungen eingestellt.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Reichstag.

86. Sitzung vom Mittwoch, den 22. Januar 1908, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Fürst v. Bülow, v. Bethmann-Hollweg, v. Schön.

Auf der Tagesordnung steht zuerst die **Interpellation Albrecht und Genossen** (Soz.):

1. Aus welchen Gründen hat der Herr Reichskanzler in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 10. Januar die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf einen Bundesstaat als dem Staatswohl nicht entsprechend bezeichnet und

2. Billigt der Herr Reichskanzler, daß aus Anlaß der am 12. Januar in Berlin zur Propaganda dieses Reichstagswahlrechts einberufenen sozialdemokratischen Volksversammlungen zum Zweck etwaigen Eingreifens Militär in den Kasernen konsigniert war?

Präsident Graf Stolberg richtet die Frage an die verbündeten Regierungen, ob und wann sie bereit seien, die Interpellation zu beantworten.

Reichskanzler Fürst Bülow:

Ich habe folgendes zu erklären (verlesend):

Zu 1 der Interpellation: Ich lehne es ab, auf die Verhandlungen über die Gestaltung des Landtagswahlrechts in Preußen einzugehen (Bravo! rechts), da dieser Gegenstand eine zur Zuständigkeit der gesetzgebenden Organe Preußens gehörende innere Angelegenheit des preußischen Staates darstellt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Zu 2 der Interpellation: **Auf Grund landesrechtlicher Befugnisse** sind von der Berliner Polizei am 12. Januar diejenigen Maßregeln ergriffen worden, **welche erforderlich waren, um Ausschreitungen auf den Straßen abzuwehren.** (Unruhe bei den Sozialdemokraten. Bravo! rechts.) Insoweit **Truppenteile in den Kasernen zusammengehalten** worden sind, ist dies in **Ausübung der militärischen Kommandogewalt** geschehen, um jeder Anforderung zum Schutze der gesetzlichen Ordnung ohne Verzug genügen zu können. (Bravo! rechts.) Ich muß hiernach die Beantwortung der Interpellation ablehnen. (Redner legt das Manuskript beiseite.)

Meine Herren, es ist hier gestern von neuem zu Zusammenstößen zwischen einer demonstrierenden Menge und der Polizei gekommen. Dabei **mußte** wieder von der Waffe Gebrauch gemacht werden. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Mußte? Rufe rechts: Jawohl! Gleichzeitige stürmische Rufe: Pfui! Pfui! bei den Sozialdemokraten. Präsident Graf Stolberg klingelt heftig.) Gegenüber diesen Vorgängen habe ich das Bedürfnis, von dieser Stelle aus, unabhängig von der vorliegenden Interpellation, als Reichskanzler ein Wort ernster Mahnung in das Land hinauszusenden. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Besser an die Polizei! Lauter Ruf rechts: Ruhe! Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Es ist nicht unsere, nicht deutsche Art, die Politik auf die Straße zu tragen. (Sehr richtig! rechts. Stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten: Wahlnacht! Wahlnacht!) Die Parteien bedürfen nicht der Straßentumulte, um ihre Stimme vernehmen zu lassen. Die Straße gehört dem freien Verkehr. (Stürmische Unterbrechungen bei den Sozialdemokraten. Rufe: Auch am Abend des Wahltages?) Das Gesetz der öffentlichen Ordnung als das höhere anzuerkennen und zu achten, ist jeder Bürger verpflichtet. (Stürmische Unterbrechungen bei den Sozialdemokraten. Rufe: Auch die Polizei!) Dem Gesetze Achtung zu verschaffen und, wenn es sein muß, zu erzwingen (Erneute Unterbrechungen bei den Sozialdemokraten) ist wie die Befugnis so auch die Pflicht der Behörden. (Sehr wahr! rechts. Erneute stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten: Wahlnacht!) Jeder Versuch, die öffentliche Ordnung zu stören, muß und wird zurückgewiesen werden. (Erneutes Bravo! rechts.) Wir werden nicht dulden, daß Agitatoren die Herrschaft über die Straße in Anspruch nehmen; es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß Demonstrationen einer irregeleiteten Masse (Stürmisches Gelächter bei den Sozialdemokraten) einer pflichterfüllten Regierung irgend etwas abtrotzen könnten. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Das wird in Deutschland nie und niemals der Fall sein. (Stürmische Zurufe bei den Sozialdemokraten: Abwarten! abwarten!) Ich habe die Zuversicht, daß alle bürgerlichen Parteien einmütig sein werden in der Verurteilung und Zurückweisung dieses gefährlichen Unfugs. (Bravo! rechts. Stürmischer Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die sozialdemokratische Partei hat mit den Demonstrationen vom 12. Januar eine abschüssige Bahn beschritten. (Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich warne sie, diese Bahn weiter zu verfolgen, und ich richte namentlich an die Arbeiterbevölkerung die ernste und aus einem wohlmeinenden Herzen (Stürmisches Gelächter bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! rechts) kommende Mahnung — wir meinen es viel besser mit den Arbeitern wie Sie (Erneutes langanhaltendes Lachen bei den Sozialdemokraten) sich nicht vom Wege des Gesetzes und der Ordnung abdrängen zu lassen und nicht für Parteifanatiker und Hetzer die eigene Haut zum Markte zu tragen. (Stürmisches Sehr gut! rechts. Stürmische Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Die Verantwortung für die Folgen würde nicht die Regierung, würde nicht die Behörden treffen, sondern die **Anstifter und Verführer selbst.** (Erneutes donnerndes Bravo! rechts.)

Abg. Singer zur Geschäftsordnung: Da nach unserer Geschäftsordnung auch an die Ablehnung der Beantwortung einer Interpellation eine Beratung geknüpft werden kann, beantrage ich diese Besprechung.

Präsident Graf Stolberg: Dieser Antrag bedarf der Unterstützung von fünfzig Mitgliedern. (Es erheben sich die Sozialdemokraten, die Freisinnigen (Aha-Rufe rechts) und das Zentrum. Die Besprechung ist beschlossen.

(Der Reichskanzler verläßt mit den Staatssekretären und den Bundesratsmitgliedern den Saal.)

In der Besprechung erhält das Wort

Abg. Richard Fischer-Berlin (Soz.):

Der Reichskanzler hat die Beantwortung unserer Interpellation unter Berufung auf die Zuständigkeit Preußens abgelehnt. (Die Konservativen, die Reichspartei und die Antisemiten verlassen, sobald der Redner zu sprechen begonnen hat, mit großem Gepolter bis auf den letzten Mann den Sitzungssaal, sie kehren dann allmählich ebenso geräuschvoll in größerer Zahl zurück, so daß in dem Hause eine fortwährende Unruhe herrscht.) Das ist uns so wenig etwas Neues, daß wir darüber kein Wort verlieren würden. Aber zweierlei stelle ich von vornherein fest. Eine ganze Reihe selbst konservativer Zeitungen hat eine von dem Reichskanzler abweichende Meinung in dieser Zuständigkeitsfrage eingenommen, und z. B. die „Kreuz-Zeitung“ hat, trotzdem man der Ansicht sein könne, daß es sich bei unserer Interpellation um eine preußische Angelegenheit handele, eine ganze Reihe von Gründen angeführt, die dennoch die Reichsregierung veranlassen könnten, die Interpellation zu beantworten. Einmal könne das wegen der politischen Lage geschehen und dann, weil die Blockparteien der linken Hälfte im Falle der Nichtbeantwortung der Interpellation durch den Reichskanzler vielleicht sehr beunruhigt sein würden. Die „Kreuz-Zeitung“ war allerdings so malitiös, hinzuzufügen, daß, wenn die Interpellation beantwortet werden sollte, der Reichskanzler selbst die Verantwortung dafür übernehmen müsse. Vielleicht können wir es dieser Zumutung der „Kreuz-Zeitung“ danken, daß der Reichskanzler sich seiner Pflicht, die Interpellation zu beantworten, entzogen hat. Was für Gründe hat nun der Reichskanzler für seine Weigerung angegeben? Die Wahlrechtsfrage hat er für eine innere Angelegenheit Preußens erklärt, die den gesetzgebenden Faktoren des Reiches entzogen sei, und die Konsignierung des Militärs hat er auf landesgesetzliche Vorschriften zurückgeführt. Aber wir haben garnicht nach der formalen Berechtigung der Konsignierung des Militärs in der Kaserne angefragt, sondern danach, ob der Reichskanzler diese Maßregeln billige. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler setzte hinzu, daß erst gestern wieder die Polizei von ihrer Waffe habe Gebrauch machen müssen. Soweit die Tagespresse bisher berichtet und wir im stande waren, Nachrichten einzuziehen, lag dazu in den Demonstrationen, die übrigens nicht von der sozialdemokratischen Partei ausgingen, (Lachen und lärmende Unterbrechungen rechts) . . . Wenn Sie den Mut haben, alle **Polizeibrutalitäten zu verantworten,** wie wir den Mut haben, alle **Demonstrationen zu verantworten,** für die die sozialdemokratische Partei auch nur die moralische Verantwortung trägt, soll es schon recht sein. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Arbeitslosenversammlungen, die die sozialdemokratische Partei organisiert hatte, waren nach dem übereinstimmenden Urteil der Polizei und der gesamten Tagespresse vollkommen ruhig verlaufen. Erst am Nachmittag kamen ein paar tausend Leute zusammen, um auf der Straße zu demonstrieren.

Es ist ihr gutes Recht,

sich auf der Straße zu bewegen, gleichviel, ob sie es zu zweien oder zu tausenden tun. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber da griff wieder die alte Polizeimethode ein, **den Zug von zwei Seiten zusammenzutreiben,** zwischen der Marschall- und Kronprinzenbrücke einzuklemmen und **dann einzuhauen.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So schildert nicht nur unsere Presse, sondern z. B. auch das „Berliner Tageblatt“ Grund und Verlauf des polizeilichen Eingreifens. (Zuruf bei den Nationalliberalen: Ist ja auch ein sozialdemokratisches Blatt!) Keiner von Ihnen unter vier Augen gestellt und auf Herz und Nieren gefragt, würde mir zu antworten wagen, daß das „Berliner Tageblatt“ sozialdemokratische Anschauungen vertritt. Solange Sie aber das nicht tun, können Sie von mir nicht verlangen, daß ich Ihre Einwendungen ernst nehme. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das „Berliner Tageblatt“ steht auf einem bürgerlich-liberalen Standpunkte, nur daß es die liberalen Anschauungen nicht so schmählich vergessen hat, wie die Herren Nationalliberalen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und dieses „Berliner Tageblatt“ bezeugt uns, daß

nur die Brutalität und Nervosität der Polizeibeamten

den Waffengebrauch verschuldet hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wie wollen Sie denn auch sonst den Gebrauch der Waffe im Gewerkschaftshause der Metallarbeiter entschuldigen? Dort in der Charité-Straße findet die Auszählung der Arbeitslosen statt, da ist die Polizei herbeigeführt, hat die Arbeitslosen die Treppe hinaufgetrieben, und **sogar die Beamten, die ihr Hausrecht wahren wollten, mißhandelt.** (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Fürst Bülow hat gesagt, die Straße gehöre dem freien Verkehr. (Sehr wahr! rechts und in der Mitte. Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Heiterkeit.) Wer hat denn aber **am 25. Januar und 5. Februar v. J.**

die Politik auf die Straße getragen?

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler selbst hat in mitternächtiger Stunde eine Ansprache an die Straßendemonstranten gehalten, und selbst der deutsche Kaiser hat vom Balkon des Schlosses aus die Leute mit einer Ansprache begrüßt, die die Politik auf die Straße getragen haben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Der Kaiser hatte nur den einen Wunsch,

mehr Volk

zu sehen. (Große Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wer also wie der Kanzler im Glashause sitzt, wer selbst eine Versammlung unter freiem Himmel abgehalten hat, der sollte nicht hierher kommen und Moral predigen. (Lebhafte wiederholte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Noch dazu, wenn es ein Reichskanzler ist, der an die Offiziere des deutschen Heeres die **Aufforderung** gerichtet hat, im Falle des Duells **das Gesetz zu brechen.** (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Andauernde Unruhe rechts und bei den Nationalliberalen.)

Präsident Graf Stolberg: Ich bitte um etwas Ruhe. Ich kann den Redner gar nicht verstehen. (Zuruf rechts: Wir auch nicht!)

Abg. Fischer-Berlin (fortfahrend):

Für Sie rede ich auch gar nicht! (Große Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler sprach schließlich von seinem wohlmeinenden Herzen. Er wird es den deutschen Arbeitern nicht übel nehmen können, wenn sie sehen, wie

aus wohlmeinendem Herzen

Militär in den Kasernen konsigniert wird (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), damit sie nicht für ihre politische Gleichberechtigung demonstrieren können, wenn sie dann dieses wohlmeinende Herz für

Heuchelei

halten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Stolberg: Sie dürfen dem Reichskanzler keine Heuchelei vorwerfen. (Oho! und lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung!

Kleines Feuilleton.

Die freie Lehrervereinigung für Kunstpflege hierorts hielt am Dienstag im Bürgersaal des Rathauses einen ihrer Vortragsabende ab. Der gesangliche Teil sollte Kompositionen (Balladen) von Karl Löwe, Hans Sommer, Max Wiedemann, Hans Hermann und Georg Henschel umfassen. Leider war Herr Konzertsänger Herman Weißenborn in letzter Stunde genötigt, wegen Erkrankung abzusagen. Den rezitatorischen Teil hatte Herr Emanuel Stockhausen übernommen. Er erweiterte nun sein Programm. Zum Vortrag waren Gedichte von Gottfried Keller, Detlev von Liliencron und Börries von Münchhausen ausersehen worden. Dabei ergab sich wieder für Kennerohren eine interessante Feststellung: über den merklichen Unterschied der Auffassung und dichterischen Mittel bei der älteren und der modernen Lyrik. Keller reflektiert; er schildert seelische Stimmungen und menschliche Zustände allgemein, übergoldet, idealisiert. Der Hörer oder Leser soll sich überzeugen lassen. Ganz anders Liliencron. Er springt ohne Reflexion mitten in die Situation hinein. Die malt er impressionistisch mit plastischer Bildkraft. Er wirkt unmittelbar, Keller mittelbar. Börries von Münchhausen ist von manchen Aestheten als Balladendichter noch über Liliencron gestellt worden. Das ist natürlich — Cliquen- und Geschmackssache. Münchhausen verfügt sicherlich über respektable Ausdrucksmittel. Er bringt für die Ballade auch die nötige dramatische Schlagkraft mit. Und das „romantische“ Element obendrein. Aber es ist der Apparat jener alten Schauerromantik, die in Volksballaden früherer Zeit herumspukt. Spiritistische Unwahrscheinlichkeit wird z. B. im Todspieler aufgetischt. Uebrigens sind Situationsschilderungen, trotz aller dramatischen Belebung noch immer keine eigentlichen Balladen — zwei Stücke: „Jeanne Antoinette“ und der „Page von Hochburgund“ — wer dächte da nicht an Morikes „Schön Rottraut“?! — ausgenommen. Herr Stockhausen zeigte sich wieder als echter Interpret und Vortragsmeister. e. k.

Preußische Politik von Tolstoi und Maeterlinck gebrandmarkt. Gegen die Vergewaltigung der preußischen Polen durch die famose Enteignungsvorlage, die den bürgerlichen Eigentumsbegriff für die Polen aufhebt, hatte, wie wir berichteten, der polnische Dichter Sinckiewicz einen flammenden Protest erlassen und gute Europäer aufgefordert, in seinen Empörungsschrei einzustimmen. Tolstoi und Maeterlinck haben bisher dem Rufe Folge geleistet. Tolstoi urteilt: „Ich habe mehr Mitleid mit den Urhebern und Vollstreckern dieser Beraubung als mit ihren Opfern. Die letzteren haben die schönere Rolle; sie werden auf anderem Boden unter anderen Bedingungen das sein, was sie gewesen. Ich beklage die Unterdrücker, ich beklage alle, die zu einer Nation und einem Staat von Banditen gehören und mit seinem Vorgehen einverstanden sind. Ich glaube, daß für keinen Menschen mit moralischem Gefühl ein Zweifel bestehen könnte vor der Wahl, ob er lieber ein Preuße wäre, der seiner Regierung recht gibt, oder ein Pole, der von seiner Scholle verjagt wird.“

Maeterlinck nennt den Gesetzentwurf infam und schreibt weiter: „Ich hoffe noch, um der Ehre und der Stärke eines großen Volkes willen, das ich achte, daß es in der letzten Minute von einem solchen Unrecht zurückschrecken wird. Die Ungeselligkeit der Völker ist heute unvergleichlich viel schwerer und unverzeihlicher als früher, denn es ist ihnen ein Gewissen geboren, das jeden Tag mächtiger und erkennbarer wird.“

Die „Vossische Zeitung“, die nachgerade zu einer Kupplerin aller reaktionären Streiche und einer würdelosen Verräterin aller Kultur geworden ist, höhnte über Sinckiewicz, als er seine Absicht verkündete. Was sagt sie aber zu diesen Antworten, denen andere folgen werden? Und in welches Mauseloch müßte sich die Preußen mit ihrem Polizeigehirn regierende Kaste vor Scham verkriechen, wenn die europäische Literatur über die bereits seit Jahrzehnten durchgeführte und trotz aller Empörung weiterbestehende Enteignung des gesamten preußischen Volkes durch das sogenannte Wahlrecht ihre unverblümte Ansicht äußern würde?

Gewaltige Kanalbauten in Nord-Amerika. Außer dem gigantischen Unternehmen des Panama-Kanals, dessen wirtschaftliche Bedeutung nicht gut überschätzt werden kann, beschäftigt die Amerikaner gegenwärtig noch besonders ein anderes riesiges Kanalproblem: die Verbindung der großen Seen mit dem Golf von Mexiko durch den Mississippi. In einer Korrespondenz aus Pittsburg, die der „Internationalen Wochenschrift“ zugeht, werden über diese Pläne interessante Einzelheiten mitgeteilt, denen wir folgendes entnehmen: Dem amerikanischen Parlament liegt zurzeit eine Bill vor, die 500 Millionen Dollar für den Ausbau von Wasserstraßen fordert und die zu einem großen Teil diesen Plan eines Wasserweges vom äußersten Norden nach dem äußersten Süden der Vereinigten Staaten ins Auge faßt. Es handelt sich um die wirtschaftliche Erschließung der Mississippi-Staaten, deren jährliche Produktion gegenwärtig einen Wert von zehn Milliarden Dollar hat, während 40 Proz. dieser Länder von zureichenden Marktmöglichkeiten abgeschlossen sind und eine umfassende Ausbeutung der Bodenschätze kaum in Angriff genommen ist. Im Tale des Mississippi sind nicht weniger als 15 000 englische Meilen von Stromläufen, und zur Herstellung einer direkten Wasserverbindung von Chicago nach Neu-Orleans sind fünf Kanalstrecken zu bauen, von denen ein Teil, von Chicago nach Joliet, bereits von der Stadt Chicago für 55 Millionen Dollar fertiggestellt ist; die Gesamtkosten für die noch übrig bleibenden Strecken würden sich auf 125 Millionen Dollar belaufen. „Zweifellos wird dieser Kanal gebaut werden, und seine Rückwirkung auf Industrie und Landwirtschaft ist kaum auszumalen. Man wird die Kohle aus Pennsylvanien Tausende von Meilen auf dem Ohio und Mississippi billig verschiffen können und damit Industrien anpflanzen können, wo sie lohnend erscheinen. Die Häfen des Golfes von Mexiko werden in direkte Verbindung gebracht mit Memphis, St. Louis, Chicago, Duluth, Detroit, Cleveland und Buffalo. Stahl aus Pittsburg, Getreide aus Iowa und Maschinen aus Chicago werden nach irgend einem Lande der Welt genau so billig transportiert werden können, als wenn diese Städte und Staaten am Ozean lägen.

Theater.

Schiller-Theater O.: „Der Hexenkessel“, Schauspiel in drei Akten von Georg Engel. Das Stück stammt etwa aus der Mitte der neunziger Jahre und ist damals bereits aufgeführt. In dem Spürsinn, mit dem da eine bedeutsame, die Möglichkeit dramatischer Wirkungen in sich schließende Situation herausgegriffen ist, aber auch in der unausgeglichenen, viel nach äußeren Effekten haschenden Manier der Behandlung erinnert es an des Verfassers späteres, viel gegebenes Schauspiel „Ueber den Wassern“. Das Stück spielt im Oktober 1806 bei Saalfeld, wo die preußischen Truppen im Kampfe mit den Napoleonischen die erste Niederlage erlitten. Sein Held ist ein junger Offizier, der die Order erhält, durch eine dicht von französischer Artillerie flankierte Schlucht, den Hexenkessel, sich bis zu dem Preußenlager durchzuschlagen. Er weiß, daß dieser anbefohlene Marsch nur ein sinn- und nutzloser Massenselbstmord sein kann. Vernunft, Lebensfreude — und Todesfurcht lehnen sich dagegen in seiner Seele auf, aber seine soldatischen Ehrbegriffe drängen die rebellierenden Regungen immer wieder zurück. Gesteigert und verschärft wird der Kontrast durch das Aufflammen jugendlicher Lebenssehnsucht, die ihn und seines bäuerlichen Quartiergebers mitfühlende Tochter zusammenführt. Die Episode, als er — auf die Bitten des Mädchens — den eingefangenen Deserteur freigibt, bildet in dieser Schilderung den Höhenpunkt. Aber die verfehlte Zeichnung von Marias Vater, die noch viel schlimmer verfehlte des jungen patriotisch deklamierenden Pfarrers, der über den Sterbenden und Maria zum Schluß den Ehesegen spricht, lassen es zu keinem tiefer greifenden Gesamteindrucke kommen. Herr Bildt als Schauspieler übertrumpfte die Theatralik dieser Pastorsrolle noch in seinem Spiele, während Rolan als Darsteller des Bauern taktvoll klug die psychologischen Risse nach Möglichkeit zu verhüllen suchte. Das junge Paar war durch Herrn Wiene und Else Wasa gut vertreten. Der Applaus klang stark. Den Abschluß des Abends bildete ein alter Wildenbruchscher Einakter „Jungfer Immergrün“, ein Genrebildchen bescheidentlich ausharrender Verlobtentreue aus der friderizianischen Zeit, dessen weibliche Figuren sehr flott und munter von den Damen Wagenbreth, Holms und Beckers gespielt wurden. dt.

Notizen.

— Opernchronik. Siegfried Wagners Musikdrama „Sternengebot“ erzielte bei der Uraufführung im Hamburger Stadttheater einen „bedeutenden Erfolg“. Wieweit er künstlerisch berechtigt war, wird aber wohl der Nachprüfung bedürfen.

— Die erste Universitätsprofessorin in Italien. Italien hat jetzt offiziell die erste wirkliche Universitätsprofessorin. Frau Rina Monti, die an der Hochschule zu Pavia seit mehreren Jahren als Privatdozentin wirkte, ist zur Professorin der Zoologie und vergleichenden Anatomie an der Universität zu Sassari ernannt worden. Es ist das erste Mal, daß eine Frau offiziell und definitiv auf einen akademischen Lehrstuhl berufen wird.

Abg. Fischer-Berlin (fortfahrend):

Wir werden unsere Gedanken schon in Formen zu kleiden wissen, die parlamentarisch sind und doch auch deutlich machen, was die deutschen Arbeiter vom Reichskanzler denken. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sein wohlmeinendes Herz hat der Reichskanzler im preußischen Abgeordnetenhause gezeigt, als er eingetreten ist für die öffentlichen Wahlen und die Forderung von Hunderttausenden und Millionen deutscher Arbeiter nach dem geheimen Wahlrecht abgelehnt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Alle diese Redensarten hätte der Reichskanzler am 25. Januar und am 5. Februar 1907 machen sollen, wenn er den Anspruch erheben wollte, ernst genommen zu werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nun zur Sache selbst. Wir haben unsere Interpellation natürlich eingebracht im Anschluß an die Interpellation der freisinnigen Parteien im preußischen Abgeordnetenhause, welche die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts und eine neue Wahlkreiseinteilung für die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause verlangte. Wir haben unsere Interpellation gestellt unter dem Gesichtspunkte, daß bei der Beratung dieses Antrages der Reichskanzler, der ja zugleich preußischer Ministerpräsident ist, die **Uebertragung** des **Reichstagswahlrechts auf Preußen** als

dem Staatswohl nicht entsprechend

und deshalb abzulehnen bezeichnet hat. Ich glaube nicht, zuweit zu gehen, wenn ich behaupte, daß die ausdrückliche Bezeichnung „Reichstagswahlrecht" mit einer gewissen Absichtlichkeit gewählt worden ist. Denn in dem Antrag der freisinnigen Parteien war vom Reichstagswahlrecht nicht die Rede. Auch der freisinnige Begründer des Antrages gebrauchte den Ausdruck Reichstagswahlrecht nicht, und der Wortlaut des Antrages schloß sich nicht im mindesten an den Wortlaut des Artikels 20 der Reichsverfassung an. Fürst Bülow gilt eher als Diplomat, denn als Staatsmann, und von Diplomaten darf man ja voraussetzen, daß sie ihre Ausdrücke genau und absichtlich wählen. So wird also auch der Reichskanzler den Ausdruck „Reichstagswahlrecht" gewählt haben — denn die Annahme, daß die Erklärung nicht von dem Reichskanzler herrühre, sondern ihm nur in die Feder diktiert worden sei, ist doch nicht ernst zu nehmen. (Heiterkeit). Es muß das größte Befremden erregen, daß der Ministerpräsident des größten deutschen Bundesstaates in einer offiziellen Regierungserklärung von dem **Reichstagswahlrechte** als einem **nicht dem Staatswohle entsprechenden** redet und für unmöglich galt es bisher, daß der erste Beamte des Deutschen Reiches ein in der Verfassung festgelegtes Recht in der preußischen „Volksvertretung" als mit dem Staatswohle nicht verträglich bezeichnen konnte. Der Reichskanzler ist verpflichtet, die Verfassung des Deutschen Reiches hochzuhalten und alle Kräfte einzusetzen, **um ihre Grundsätze zu verteidigen.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ist er der Meinung, daß eine Bestimmung geändert werden soll, so muß er wieder den Weg der Verfassung gehen und eine Uebereinstimmung von Bundesrat und Reichstag herbeiführen. So lange aber diese berufenen Faktoren die Reichsverfassung nicht ändern, ist es mit dem Amte des Reichskanzlers nicht vereinbar, die in der Verfassung niedergelegten Grundsätze herabzusetzen und damit in diesem Falle zugleich

den Reichstag herabzusetzen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Der Reichskanzler hat durch seine Rede denen, die mit dem Reichstagswahlrecht nicht einverstanden sind, ein Argument mehr gegeben, das sie für die Feindschaft gegen dieses Recht ins Feld führen können. Im letzten Grunde läuft die Bezeichnung des Reichstagswahlrechts als staatsgefährdend auf eine **Aufforderung an die Feinde des Reichstagswahlrechts hinaus, sich öffentlich kräftiger zu betätigen.** Ob das die Aufgabe eines Reichskanzlers sein kann, darüber werden auch die Gegner des allgemeinen und gleichen Wahlrechts schwerlich einer Meinung sein. Es ist ja bekannt, wie im Herrenhause seit langer Zeit gegen das Reichstagswahlrecht gehetzt worden ist, und wie Graf Mirbach die Regierung direkt aufgefordert hat, durch einen **Verfassungsbruch** das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu beseitigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Derselben Regierung, die heute die Beantwortung unserer Interpellation abgelehnt hat, versicherte schon am 28. März 1895 Graf Mirbach, daß alle ländlichen Kreise und weit darüber hinaus den verbündeten Fürsten dankbar sein würden, wenn sie einen neuen Reichstag auf der Basis eines neuen Wahlrechts unverzüglich ins Leben treten ließen. Dazu riefen die ostelbischen Junker schon damals Sehr richtig! und Sehr gut! Die Aufgabe sei schwierig, meinte Graf Mirbach, aber auf keinem Gebiet würde ein „zu spät?" verhängnisvoller sein als auf diesem, und er verwies dann auf das Beispiel Alexanders des Großen, um diesen gordischen Knoten zu lösen, das heißt **auf dem Weg der Gewalt.** Kein Reichsanwalt fand sich, der deswegen eine Anklage wegen

Vorbereitung zum Hochverrat

erhob. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht wäre das oben auch nicht sehr wohlgefällig bemerkt worden. Kein Staatsanwalt schritt auch ein, als in dürren Worten die „Hamburger Nachrichten" den Staatsstreich predigten und verlangten, daß durch eine kaiserliche Verordnung das alte Wahlgesetz außer Kraft gesetzt und ein neues provisorisches erlassen werden möge, das eine bessere Zusammensetzung des Reichstages garantiere als das bisherige. Das „staatserhaltende" Organ begründete seine Aufforderung zum Hochverrat und Verfassungsbruch damit, daß, wenn Fürst Bismarck noch lebte und berufen wäre, jetzt eine Entscheidung zu treffen, er sich keinen Augenblick besinnen würde, das Wahlrecht zu ändern und von einem neuen Reichstage dafür Indemnität zu verlangen, weil er die Maßregel im höchsten Interesse Deutschlands getroffen hätte. Das sei allerdings ein heroischer Entschluß, der große Tapferkeit und Furchtlosigkeit voraussetze — darum erwartet ihn das Blatt nicht von der heutigen Regierung —, der aber zweifellos den wahren Interessen des Vaterlandes dienen und den sehnlichsten Wunsch aller Patrioten erfüllen würde. Gewisse gewalttätige Erscheinungen würden ja eintreten, aber es sei besser, sie jetzt auf sich zu nehmen, als das Deutsche Reich langsam an dem gegenwärtigen Wahlrecht zugrunde gehen zu lassen. Ebenso hat der frühere Reichskanzler Fürst Hohenlohe in seinen Memoiren erzählt, daß Fürst Bismarck diese Absicht gehabt hätte. Am 25. April 1890 habe ihm der Kaiser bei einer Ausfahrt das ganze Zerwürfnis mit Bismarck eingehend erzählt und dann erklärt, er wolle seine Regierung nicht damit anfangen, seine Untertanen totzuschießen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Behauptung des Fürsten Hohenlohe ist dann angezweifelt worden, aber Professor Delbrück hat in den „Preußischen Jahrbüchern" bekundet, daß zwei verschiedene Persönlichkeiten, unabhängig von einander, ihm erklärt hätten, daß Fürst Bismarck 1890 das allgemeine Stimmrecht beseitigen und einen etwaigen Aufstand

mit Gewalt niederschlagen wollte.

Das durch die Straßenkämpfe erschreckte Bürgertum werde sich dann der Regierung ohne weitere Opposition in die Arme werfen. Fürst Bülow hat es leichter gehabt: der bloße Anblick des Zentrums erschreckt die bürgerlichen Parteien so sehr, daß sie sich der Regierung ohne Widerspruch in die Arme werfen. (Große Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Solange Fürst Bismarck allerdings im Vollbesitze seiner geistigen Kräfte war, hat er das allgemeine Wahlrecht in seinen Wirkungen für das Deutsche Reich ganz anders charakterisiert als Fürst Bülow. Als er vor Ausbruch des Krieges von 1866 eine Zirkulardepesche an die verbündeten Regierungen sandte, in der er die Einberufung eines Parlaments anregte, wurde ihm der Gegenvorschlag gemacht, es aus den Delegationen der einzelnen Landtage zusammenzusetzen. Aber Fürst Bismarck erwiderte, daß die Einzellandtage, insbesondere die preußische Volksvertretung ihm nicht als die Verkörperung der ganzen staatsmännischen Befähigung des Volkes erschienen und nicht die nötige Autorität vor dem Volke haben würden. Das direkte und allgemeine Stimmrecht gebe eine größere Garantie für die konservative Haltung der Abgeordneten als die künstliche Erzeugung von Macht für die Führer der durch ein Zensuswahlrecht aktiv privilegierten Parteien. In ähnlichem Sinne hat Fürst Bismarck auch an den Botschafter in London geschrieben: daß nach seiner durch lange Erfahrung begründeten Ueberzeugung ein Klassenwahlrecht gefährlich für den Staat sei, weil es die gesunden Elemente des Volkes verhindere, sich politisch Geltung zu verschaffen, worauf vielfach auch die Revolutionen beruhten. Noch deutlicher hat sich Fürst Bismarck über das gefährliche Spiel mit dem allgemeinen Wahlrecht gegenüber dem Freiherrn v. Rottenburg, dem Kurator der Universität Bonn ausgesprochen. Bei einem kleinen Diner äußerte sich der Generalfeldmarschall v. Manteuffel über die Möglichkeit einer **Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts** dahin,

das könne nur ein Militär.

Fürst Bismarck solle ihm ein halbes Jahr lang sein Amt geben und er werde ihn von dem allgemeinen Wahlrecht befreien. Darauf habe Fürst Bismarck erwidert, ob er nach einem so großen Erfolg auch darauf rechnen könnte, daß er ihm sein Amt wiedergeben werde. (Heiterkeit.) Fürst Bismarck hat dann dem Freiherrn v. Rottenburg noch ausdrücklich bestätigt, daß er angesichts der traurigen Erfahrungen, die man in anderen Ländern mit einem Klassenwahlrecht gemacht hätte, nicht daran denke, das Reichstagswahlrecht anzutasten. (Hört! hört! b. d. Sozialdemokr.) Herr Müller-Fulda war es, der uns vor einigen Jahren das Geheimnis enthüllte, daß auch Herr v. Miquel, um der Herrschaft des Zentrums zu begegnen, an die Abschaffung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts herangehen wollte. Der Entwurf lag bereits fertig in der Mappe und er wartete nur auf einen Kartell-Reichstag, um ihn durchzuführen. Angesichts solcher Tatsachen mußte die Kritik des Reichskanzlers an dem Reichstagswahlrecht, daß es dem Staatswohle nicht entspreche, doch geradezu

ein Hallali

bedeuten für alle Wahlrechtsfeinde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere daran, daß ein konservativer Redner am 15. März 1907 nur deshalb das Vorgehen des Herrn v. Mirbach im preußischen Herrenhause gegen das Reichstagswahlrecht mißbilligte, weil es taktisch unklug sei, eine Forderung zu einer Zeit auszusprechen, die ihrer Erfüllung nicht günstig sei. Daß die Nationalliberalen keine Gewähr bieten für die Erhaltung des Reichstagswahlrechts, brauche ich wohl nicht weiter auszuführen. Selbst eine Tagung der nationalliberalen Jugend, die doch die Regeneration der Nationalliberalen bringen sollte, hat im September 1907 in Hannover offen erklärt, sie würde sich

lieber mit dem Staatsstreich befreunden,

als mit dem Reichstagswahlrecht in Preußen, und Herr Bauer aus Köln bezeichnete das Reichstagswahlrecht als das plumpeste der bestehenden Wahlrechte. Alle diese Aeußerungen hat doch der Herr Reichskanzler auch gekannt und da dürfen wir wohl von ihm verlangen, daß er uns erklärt, welche Gründe ihn veranlaßt haben, die Aeußerung zu tun, daß das Reichstagswahlrecht dem Staatswohl widerspreche. Was versteht denn der Herr Reichskanzler unter Staatswohl? Ich als Laie und Nichtjurist würde es definieren als die **sichere Fundation und im Interesse des Allgemeinwohles,** und da wir in einem Rechtsstaat leben, hat dies zur Voraussetzung die rechtliche und politische Gleichberechtigung aller Bürger. Nach welcher Richtung hin widerspricht nun das Reichstagswahlrecht diesem Grundsatz der staatlichen Gleichberechtigung? Von dem Herrn Reichskanzler als einem auf den Höhen moderner Kultur angeblich wandelnden Staatsmann sollte man eigentlich annehmen, daß **er der berufenste Bannerträger der Einführung des Reichstagswahlrechts für die deutschen Bundesstaaten** wäre. Wenn nur die liberale Art etwas anderes wäre, als

Schminke.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In Preußen ist es ja seit mehr als 60 Jahren als Aufgabe der Regierung erachtet worden, das Staatswohl darin zu betrachten, eine politisch rückständige und eine wirtschaftlich überlegene Klasse, die preußische Junkerklasse, auf Kosten der Allgemeinheit und aus den Taschen der Allgemeinheit künstlich zu erhalten. (Unruhe rechts; lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ihre ganze Staatspolitik im Reiche und Preußen geht dahin, diesen **künstlichen Junkerschutz** auf Kosten der Allgemeinheit weiter zu führen. In einem modernen Staate darf man dies freilich nicht offen aussprechen, und die preußischen Junker, die gerissensten aller Politiker (Heiterkeit rechts), sind natürlich auch so schlau und sagen das nicht, im Gegenteil, sie hängen sich die Toga des Patriotismus um: die preußischen Junker tun nach ihrer eigenen Aussage alles für das Gemeinwohl, alles opfern sie auf dem Altar des Vaterlandes, und Junkerschutz heißt Schutz der Landwirtschaft, Junkerliebesgabe ist eine Forderung der Landwirtschaft. Deshalb hat man natürlich auch den Kampf, den die Arbeiterklasse gegen dieses Junkerregiment in Preußen und im Reiche führt, zu einem Kampf gegen das Gemeinwohl, gegen das Staatswohl umgefälscht: Man hat die Arbeiter zu Staatsfeinden gemacht, zu Reichsfeinden. Der bürgerliche Liberalismus, der doch eigentlich die historische Mission hätte, **den Kampf gegen das Junkertum zu führen,** hat darin versagt und so hat, wie in allen übrigen Dingen, die

deutsche Arbeiterschaft die Erbschaft des Liberalismus übernommen

und wird den Kampf um die Forderungen des Liberalismus, den Kampf um die allgemeinen Staatsbürgerrechte, den Kampf um die politische Befreiung der Staatsbürger, weiterführen.

Aber diese Junkerpolitik hat noch eine andere Folge. Gerade Sie, die liberale Blockhälfte, waren es ja, die in den letzten Jahren so sehr über die Zunahme der Reichsverdrossenheit, über das Anwachsen des Partikularismus in den Einzelstaaten klagten. Herr Bassermann hat ja seinerzeit in der Interpellation, die er auf Wunsch des Fürsten Bülow über die auswärtige Politik eingebracht hat (Heiterkeit), uns in recht elegischen Tönen vorgeführt, welch verderbliche Wirkung gerade unter diesem Gesichtspunkte das persönliche Regiment, das wir in Deutschland haben, übe, und wie das ganz anders wäre, wenn die weise Politik des Fürsten Bülow sich ungehindert in Deutschland breitmachen könnte, wenn er nicht immer gleichsam der Kugelfang für die Politik anderer Leute sein müßte. Es mag schon sein, daß auch das seine Wirkung hat, aber viel mehr läßt sich die Reichsverdrossenheit und das Wiedererwachen des Partikularismus aus dem Gegensatz erklären, in welchen die **politisch und kulturell höher stehenden Staaten des Südens zu dieser Interessenpolitik des preußischen Junkertums geraten.** Und diesen Gegensatz zwischen Nord und Süd hat niemand mehr gefördert als der Reichskanzler mit seiner Erklärung über das Reichstagswahlrecht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Eine

solche Brüskierung

Wie sie in jenen Worten des Reichskanzlers für die süddeutschen Regierungen liegt, ist von einem Reichskanzler bisher noch nicht dagewesen. Ich möchte gern wissen, was die Vertreter der süddeutschen Bundesstaaten zu der Erklärung des Reichskanzlers, die eine Kritik der Handlungen und der Verfassungsgrundsätze der süddeutschen Bundesstaaten enthält, sagen. Und in welche Situation hat der Reichskanzler die süddeutschen Bundesratsvertreter zu ihren eigenen Regierungen gebracht?! Ach, wenn unsere süddeutschen Bundesratsvertreter nicht gar so reichsfromme, stille und bescheidene Leute wären, der Fürst Bülow hätte vielleicht manch deutliches Wort zu hören bekommen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Bayern, Württemberg und Baden haben in den letzten Jahren in Uebereinstimmung zwischen Volk und Regierung das

Reichstagswahlrecht für ihre Landtage eingeführt,

der Thronfolger von Bayern hat mit der ganzen Autorität seiner Person und seiner Dynastie sich für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ausgesprochen, und nun kommt der oberste Beamte des Reiches, der Reichskanzler, koramiert vor aller Welt diese süddeutschen Fürsten und Regierungen und gibt ihnen die Lektion, daß das von ihnen empfohlene, von ihnen verfassungsrechtlich festgelegte Wahlrecht dem Staatswohl widerspreche. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Für solche Diplomatie für solche Staatskunst habe ich kein Verständnis. Fürst Bülow mag es als ein besonderes Glück betrachten, daß er nicht ein gewöhnlicher Reim (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) und der Prinz Ludwig nicht der Prinz Ruprecht von Bayern ist; sonst hätten wir

manches interessante Zwischenspiel

für die nächste Zeit zu erwarten. Aber aus dieser Brüskierung der süddeutschen Bundesstaaten, aus dieser preußischen Einmischung in die verfassungsrechtlichen Zustände der Bundesstaaten sollte doch schließlich für die süddeutschen Vertreter die ernste Pflicht entspringen, zu prüfen, ob sie angesichts dieser Tatsache noch eine Blockpolitik unterstützen können, die in erster Linie darauf hinausgeht, die von ihnen mit solchem Nachdruck betonte

Unabhängigkeit der Bundesstaaten zu gefährden.

Der Herr Reichskanzler spricht den Satz, das Reichstagswahlrecht entspreche nicht dem Wohle des Staates, in Verteidigung des Dreiklassenwahlsystems in Preußen aus, von dem schon vor 57 Jahren ein preußischer Junker, Graf Otto v. Bismarck (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) gesagt hat, daß sein Produkt, das Abgeordnetenhaus, eine Volksvertretung nicht genannt werden könne. Als preußischer Ministerpräsident hat Bismarck dann am 28. März 1867 von diesem Wahlrecht gesagt: „Wer dessen Wirkung (des preußischen Dreiklassensystems) und die Konstellation, die es im Lande schafft, etwas in der Nähe beobachtet hat, muß sagen, ein

widersinnigeres, elenderes Wahlgesetz

ist nicht in irgend einem Staate ausgedacht worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Erfinder dieses Wahlrechts sich die praktischen Folgen desselben vergegenwärtigt hätte, hätte er es nie gemacht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Und nun hat das widersinnigste aller Wahlsysteme eine dementsprechende Vertretung im preußischen Landtage hervorgerufen. 314 149 **sozialdemokratische Urwähler haben nicht einen einzigen Abgeordneten** durchbringen können, 342 000 **konservative Urwähler** bringen **143 Abgeordnete durch!** (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Wahlrecht, durch das die stärkste Partei in Preußen nicht einen einzigen Vertreter in den Landtag entsenden kann, das ist ein Wahlrecht, das nach der Auffassung des Reichskanzlers dem Staatswohl entspricht! Diese Tatsachen zeigen die ganze Rückständigkeit der preußischen Regierung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber das preußische Wahlrecht hat noch eine ganze Reihe anderer Schönheiten. 7 Millionen Wähler sind vorhanden, davon 6 Millionen in der dritten Wählerklasse und 200 000 in der ersten Wählerklasse, jeder Wähler in der ersten Klasse hat also **dreißigmal** so viel politischen Einfluß als ein Wähler in der dritten Klasse. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) In der zweiten Klasse sind 800 000 Wähler vorhanden, so daß ein Wähler erster Klasse immer noch viermal mehr Rechte hat als ein Wähler zweiter Klasse, und ein Wähler zweiter Klasse wieder achtmal mehr Rechte als ein Wähler dritter Klasse. Ferner haben wir 2359 Bezirke, die nur einen einzigen Urwähler aufweisen, so daß ein Mann die ganze Vertretung einer Wählerklasse bestimmt. Nun sagt man ja, Besitz und Bildung ist das Maßgebende. Wir haben aber 481 ländliche und 25 städtische Wahlkreise, in denen man mit einer Steuerleistung von 5—30 M. noch in der ersten Klasse wählt, und 68 städtische und einen ländlichen Wahlkreis, in dem man bei 3000 M. Steuerleistung noch in der dritten Klasse wählt. (Hört! hört! links.) Also nicht die Steuerleistung, nicht der Besitz, sondern der Umstand, wo einer gerade wohnt, wo er der Väter Erbe genommen hat, bestimmt seinen politischen Einfluß. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Wie stehts denn da mit der Bildung?) Ach, von der Bildung wollen wir vorläufig gar nicht reden, das gehört zu einem anderen Kapitel.

Eine andere Schönheit des preußischen Dreiklassenwahlrechts! Berlin III hat 89 756 Urwähler, Sigmaringen 6491, so daß also jeder Sigmaringer 14 Mal mehr Bedeutung, Bildung und Einfluß nach preußischem Landtagswahlrecht hat als ein Berliner. (Heiterkeit links.)

Aber es kommt noch viel schöner! Berlin leistet den **sechsten Teil der direkten Einkommensteuer** für Preußen und hat **neun Abgeordnete,** 142 ländliche Wahlkreise, die zusammen soviel Steuern aufbringen, wie Berlin, haben **142 Abgeordnete.** (Hört! hört!) Man wird gewiß sagen: Die 142 ländlichen Wahlkreise repräsentieren eine höhere Intelligenz als die städtischen Wahlkreise. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Diesen Standpunkt werden zweifellos die Nationalliberalen in erster Linie zu vertreten haben. (Heiterkeit.)

Wie richtet sich nun dieses Wahlrecht nach der Bildung, nach Besitz und Steuerleistung? Darauf kommt es gar nicht an, sondern darauf, wo einer wohnt. Der Herr Reichskanzler, die Herren Staatssekretäre wählen, wenn sie kein anderes Vermögen haben, als ihr Gehalt, in der Wilhelmstraße in der dritten Wählerklasse; der Besitzer des Hurencafés Keck wählte in der ersten Wählerklasse — **ganz entsprechend Ihren eigenen Auffassungen von Besitz und Bildung.** (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In Altona wählte der Polizeipräsident bei der letzten Wahl in der dritten Wählerklasse. (Abg. Kreth: Sie halten ihn doch für einen ganz rückständigen Menschen!) Darüber wird Herr Kreth nichts wissen. Der Polizeipräsident kann ein sehr gebildeter und kann ein sehr ungebildeter Mensch sein, der durch eine konservative Familienclique ins Amt gekommen ist. Für ein Urteil kommt es ganz auf die Person an. Der Polizeipräsident von Altona wählt also in der dritten Wählerklasse, aber die

Bordellwirte von Altona

in der ersten. Und gegenüber einem solchen Wahlrecht mit solchen Erscheinungen nennt der Reichskanzler das Reichstagswahlrecht eins, das sich mit dem Staatswohl nicht verträgt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Man kann da ungefähr einen Schluß ziehen auf den Begriff des Staatswohls, den der Reichskanzler hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man muß in der Tat ein „moderner" Mensch sein, um eine solche Auffassung zu vertreten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man muß schon sehr heimlich liberal sein, um den Mut zu haben, öffentlich solche Anschauungen auszusprechen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ach, wenn Fürst Bülow nur einen Moment in seinem Leben ein wirklich moderner und liberaler Mann gewesen wäre, er hätte sich niemals im preußischen Landtage auf diesen Standpunkt stellen können, in dieser Frage oder gar in der Frage der geheimen Stimmabgabe. Derselbe Mann, der hier im Reichstage, um das Geheimnis der Wahl zu sichern, die Wahlzellen bei den Reichstagswahlen einführte, der Mann stellt sich im preußischen Landtag hin und erklärt, ich kann nicht in Aussicht stellen, daß eine Aenderung des öffentlichen Wahlverfahrens stattfindet. Sogar in dem vom kleinlichsten Polizeigeist regierten Sachsen ist das öffentliche Wahlrecht unmöglich. Außer Preußen haben es nur Braunschweig, Waldeck und Sondershausen von allen Bundesstaaten. Bis auf Herrn v. Hammerstein mußte der Reichskanzler niedersteigen, um Gründe zu finden für die öffentliche Stimmabgabe, bis auf Hammerstein, der erklärt hatte: „Das ist das richtige System, wenn jeder frei und offen seine Meinung äußert und

unbekümmert und ohne Furcht vor Fürst und Menschen."

Ja, ohne Furcht vor Fürsten und Menschen. Da sagt dieselbe Regierung, die hier erklärt: Für einen Arbeiter, über den wir Gewalt haben und der den Mut hat, sozialdemokratisch zu wählen, ist im Gebiete der preußischen Staatswerkstätten kein Raum. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Da sind es diese Herren mit ihrem Stolz vor Fürstenthronen, die Herren, die auf dem Boden stehen, ohne Furcht vor Fürsten und Menschen müsse man seine politische Meinung betätigen, die dann einer solchen

Brutalisierung der Arbeiter

zujubeln. Sogar Friedrich Wilhelm III. von Preußen, der gewiß kein Genie war, hat bereits im Jahre 1837 bei Einführung der Kirchenordnung erklärt: „Bei dieser geheimen Abstimmung kann keine Influenzierung der Wähler eintreten. Die Wahlen werden vielmehr der wahre Ausdruck der Herzensmeinung der Wähler sein." Und nun, meine Herren, alle dem gegenüber einmal die Frage: Auf welchem Standpunkt steht denn der Herr Reichskanzler, der uns noch im vorigen Jahre in der Frage der Wahlbeeinflussung seine Wertschätzung des geheimen Stimmrechts kund gab, indem er sagte, er werde uns bei den nächsten Wahlen noch ein ganz anderes Liedlein pfeifen — wenn er bis dahin nicht die Puste verloren haben sollte. (Heiterkeit.) Ich erinnere an das geheime Rundschreiben des konservativen Wahlkomitees vom Jahre 1861. Darin wird es für die Pflicht der Gutsbesitzer erklärt, dahin zu arbeiten, „daß niemand, der ihrer Einwirkung zugänglich ist, von den Wahlen zurückbleibt; daß in gleicher Weise jeder billige und gesetzlich erlaubte Einfluß auf die Untergebenen und die mit ihnen in Geschäftsverbindung Stehenden (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) angewandt werden muß, versteht sich von selbst. Ueberhaupt ist es billig und notwendig, daß die Konservativen sich gleich ihren Gegnern entschließen, ihre soziale und gesellschaftliche Stellung geltend zu machen und möglichst nur Geschäftsleuten, die gleiche Gesinnung haben, die Vorteile ihres Verkehrs zuwenden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein offenes Anerkennen und Aussprechen dieses Grundsatzes wird nicht ohne Wirkung bleiben." (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das, meine Herren Konservativen, ist **Ihre Wahltaktik**, und dann stellen Sie sich hier hin und sprechen über sozialdemokratischen Terrorismus. **Aber Sie sollen an uns gelehrige Schüler finden.** Wir versprechen Ihnen schon jetzt, bei den nächsten Landtagswahlen in Preußen **nach diesem**

konservativen Rezept

zu verfahren. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben das Recht zu einer solchen Taktik, denn wir wehren uns gegen Unbill und Gewalt, Sie aber haben nichts zu Ihrer Entschuldigung **als Ihre brutalen Machtgelüste.** (Lärm rechts.)

Wenn sich der Herr Reichskanzler, dieser „moderne, liberale Mann" im preußischen Landtage auf diesen Standpunkt gestellt hat, so ist es vielleicht ganz interessant zu hören, wie dieser Mann, der nach Versicherung des Blocks allmählich die modernen Staatsideen im Deutschen Reich zur Verwirklichung bringen soll, von einem konservativen Staatsmanne vor dem Richterstuhl geschleppt und dort verurteilt wird. **Der künftige König von Bayern,** Prinz Ludwig, hat sich nach dem amtlichen Protokoll des ersten und dritten Ausschusses der Kammer der Reichsräte über die Frage der öffentlichen Stimmabgabe sehr deutlich ausgesprochen. Er hat bei der bayerischen Verfassungsrevision den Standpunkt vertreten, daß womöglich immer nach dem jeweiligen Ergebnis der letzten Volkszählung die Wahlkreise gebildet werden sollen, und er hat sich in öffentlicher Sitzung des Reichsrats am 5. Februar 1905 gar nicht geniert, der liberalen bayerischen Regierung von 1867 den Vorwurf zu machen, daß die damalige Wahlkreiseinteilung durchaus nicht unparteiisch gewesen sei.

Meine Herren (nach rechts)! Sie sind ja konservativ. Sie sind staatserhaltend. Für uns haben die Worte der Fürsten nur dann eine Bedeutung, wenn sie durch allgemeine Gesichtspunkte gestützt werden, für Sie bedeutet jedes Wort eines konservativen Fürsten ein Stück Befehl. Der künftige Thronfolger Bayerns sagt: „Mit Ausnahme des Frhrn. Thüngen sei keiner der Herren gegen das geheime Wahlrecht aufgetreten. Seiner Ansicht nach sei die geheime Wahl ein

Schutz der Schwachen gegen die Starken.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Vielfach würden gerade abhängige Leute veranlaßt anders zu wählen, als sie beabsichtigt hätten. Es gäbe gewissenlose Menschen genug, die ihre Untergebenen zwängen, ganz anders zu wählen als sie wählen möchten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese scheuten auch nicht davor zurück, ihre Untergebenen wegen einer nicht genehmen Stimmabgabe aus dem Dienste zu entlassen." (Hört! hört! bei den Sozialdem.) Das preußische Ministerium dagegen hat unter dem Beifall aller Konservativen gesagt: Wir müssen alle diejenigen **entlassen**, die anders wählen, **als uns genehm ist.** Das ist die Kulturhöhe der preußischen Regierung. Der künftige König von Bayern erklärte weiter: „Man solle nur das Ausland ansehen und insbesondere diejenigen Staaten, in denen künstliche Wahlsysteme bestünden, die dem **Gerechtigkeitsgefühl der großen Massen der Bevölkerung widersprächen.** Ob diese Wahlsysteme noch lange fortbestehen dürften, möchte er bezweifeln. Es sei leicht möglich, daß dieselben durch radikalere Systeme ersetzt würden. Die Wahlen gäben seiner Meinung nach nur dann ein getreues Bild von der gesamten Bevölkerung, wenn sie ein **gleiches, allgemeines, direktes** und **geheimes Wahlrecht** besitzen, und es werde nicht eher zur Ruhe kommen, und es läge im Interesse der Kammer, die dadurch nur an Ansehen gewinne, daß endlich einmal dieses Wahlrecht angenommen würde.

Diesen staatsmännischen Worten stelle man die Erklärung des Reichskanzlers gegenüber. Sie steht in solchem Widerspruch zu den Interessen der Volksvertretung und den Anschauungen des Volkes und der Dynastie im Süden, daß darüber kein Wort weiter zu verlieren ist. Fürst Bülow war nie ein liberaler Mann, er war auch nicht ein moderner Mensch, er war vielleicht auch nie konservativ; er hat nur geglaubt, er sei konservativ. Als Grabschrift hat er sich in jener Versammlung, wo Herr v. Oldenburg die Verdienste des nationalen Schweines um die Wahlen pries, gewünscht: Hier liegt ein

agrarischer Reichskanzler.

Er war nicht einmal ein agrarischer Reichskanzler. Hat er die Handelsverträge, hat er die Agrarpolitik im Reiche gemacht? Ach nein, er war nur der **Vertrauensmann der agrarischen Agentur in der Wilhelmstraße.** (Sehr wahr! b. d. Soz.) Mögen die preußischen Freisinnigen und die süddeutschen Demokraten jetzt nach wie vor noch so entzückt vor dem Liberalismus dieses Herrn in die Knie sinken und ihm Hosianna rufen. Nun schön, mögen sie es tun. Sie werden von ihren Wählern die Antwort erhalten. Aber viel Hoffnung habe ich nicht, daß sie Lehren zugänglich sind. Wie hat der Herr Abgeordnete Fischbeck die Ohrfeige, die der Reichskanzler in seiner Erklärung dem Freisinn verabreicht, hingenommen? Er wollte noch etwas Erfreuliches in der Antwort des Reichskanzlers erblicken. (Heiterkeit.) Eine Ohrfeige ist vielleicht immer noch erfreulicher als ein Tritt auf den Unaussprechlichen. (Stürmische Heiterkeit.) Ein süddeutsches Blatt hat das am besten gekennzeichnet in einer kleinen Anekdote. „Der kleine Moses kommt zu seinem Vater und sagt: „Tateleben, Tateleben, der Ferscht hat mit mir gesprochen." „Was hat er denn gesagt?" fragt der Vater. „Geh' weg, Du dreckiger Judenjunge!" (Stürmische Heiterkeit.) Man muß nach alledem schon recht blockfreisinnig sein, um in dieser Situation noch den Trost zu finden. Eigentlich hat uns der Fürst gar nicht kränken wollen, eigentlich hat er dem Block Bundestreue halten wollen, aber er ist nur schwach, er ist von den preußischen Junkern im preußischen Ministerium überwunden worden. Aber wenn er wirklich bloß schwach gewesen wäre, dann können wir doch immer wieder fragen:

Aus welchen Gründen hat er den Reichstag moralisch herabgesetzt?

Aus welchen Gründen ist diese Gefährdung des Reichstagswahlrechts erfolgt? Da möchte ich allerdings die Nationalliberalen, die ja im preußischen Landtage jetzt den Mut gefunden haben, gegen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zu stimmen, an ein Wort erinnern, daß der verstorbene v. Bennigsen seinerzeit den Lästerern und den Feinden dieses Wahlrechts zugerufen hat. Er hat gesagt: **„Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht und das deutsche Kaisertum sind an einem und demselben Tage geboren, sie beide bilden die Grundlage und die Rechtsverpflichtung des Reiches,** (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) und wer an einer dieser Grundlagen rüttelt, der gefährdet den ganzen Bau, entbindet den anderen Teil von der Rechtsverpflichtung!" Ich glaube, das ist ein Gesichtspunkt, den die Nationalliberalen und die Freisinnigen erwägen sollten. Seitdem freilich hat ein großer politischer Moment ein so

schwächliches Geschlecht

gefunden wie die Freisinnigen am letzten Freitag im preußischen Landtag. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese haben nicht einmal die Entschuldigung für sich, daß sie von der Erklärung des Reichskanzlers überrascht worden sind. Sie haben schon am **Abend zuvor die Erklärung Bülows zur Kenntnis erhalten.** (Hört! hört! Bewegung.) Und dennoch diese jämmerliche und schwächliche Haltung. Der Kanzler ist gewiß kein Riese, aber im Vergleich mit der Freisinnigen Volkspartei im Landtage ist er ein ganzer Mann, der den Mut hatte, den Auftrag der Konservativen zu erfüllen und dem Liberalismus, dem Freisinn und den großen Massen im Reich und in Preußen den **Fehdehandschuh hinzuwerfen.** Ich halte es nicht für meine Aufgabe, gerade heute mit dem Freisinn wegen seiner Sünden auf diesem Gebiete abzurechnen. (Zurufe links.) Wir haben nicht deswegen diese Interpellation eingebracht. Nur eines möchte ich Ihnen bei dieser Gelegenheit sagen: Vielleicht stehen Sie hier vor der Frage der

politischen Weiterexistenz als selbständige Partei.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie sind in der Rolle eines Mannes, den eine buhlerische Delila materiell und moralisch ruiniert hat. Mag die „Freisinnige Zeitung" auch alles verschweigen, die Tatsache steht fest, daß die weitesten Kreise Ihrer eigenen Parteigenossen mit Ihrer schwächlichen Haltung in der Frage des allgemeinen, gleichen Wahlrechts nicht einverstanden sind. (Zuruf links: Warum sprechen Sie nicht vom Zentrum?) Gewiß, das Zentrum braucht sich auch nichts einzubilden. Das Zentrum hat im preußischen Landtag für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht gestimmt, aber vielleicht sind viele Herren unter ihm, die da gemeint haben, **das verpflichtet zu nichts,** die Majorität hätten sie, wenn die Nationalliberalen nicht mitstimmen, im preußischen Landtage doch nicht, ja, das Zentrum hat gegen den zweiten freisinnigen Antrag, der wenigstens einigermaßen in der Einteilung der Wahlkreise die Gleichheit hergestellt haben wollte, gestimmt. (Abg. **Spahn:** Wir hatten unsere Gründe!) Daß Sie Gründe hatten, Herr Spahn, das glaube ich. Ich habe sogar die feste Ueberzeugung, daß Sie Gründe haben, mit denen Sie Ihre eigenen Parteigenossen überzeugen. Damit ist noch lange nicht gesagt, daß Sie mich davon überzeugen, und daß Sie recht haben, was noch viel wichtiger ist. (Heiterkeit.) Aber eines steht fest: Wenn das Zentrum in seiner Majorität, so wie es sich in seiner Presse kundgibt, mit der Aufrechterhaltung des Dreiklassenwahlsystems nicht mehr zufrieden ist, wenn es will, daß die **katholischen Arbeiter gleichberechtigt sein sollen** mit den übrigen Staatsbürgern, dann hat es auch die Pflicht, eine

lebendige Agitation

dafür zu entfalten. (Ruf im Zentrum: Das tun wir ja!) Wo haben Sie Versammlungen einberufen, wo haben Sie protestiert? Vom reinen Parteistandpunkt aus könnte ich ja mit Ihrer Untätigkeit zufrieden sein. Ich könnte den katholischen Massen sagen: Da seht Ihr, auf wen Ihr rechnen dürft und auf wen nicht! Ich stehe aber nicht auf diesem Standpunkt und meine,

im Interesse der Arbeiterklasse

ist es unsere Aufgabe, jede Hülfe in diesem Kampfe anzunehmen. Sie muß nur ernst gemeint sein. Wir würden in der Tat jede Hülfe annehmen, um dem Volke das ihm vorenthaltene Recht zu erringen. Mag jede Partei die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Nun zum zweiten Teil unserer Interpellation. An der Tatsache, daß das Militär in den Kasernen konsigniert war, ist nicht zu zweifeln. **Der Reichskanzler hat es ja selbst zugegeben** und hat gesagt, es sei geschehen infolge landesgesetzlicher Vorschriften aus der Kommandogewalt des Kaisers heraus. Diese formale Berechtigung, die mit den Gründen gar nichts zu tun hat, interessiert uns bei der Frage gar nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es fragt sich nun, **aus welchem Anlaß** sind diese Konsignierungen in den Kasernen vollzogen worden. Dazu hat ebensowenig wie am 21. Januar 1906 ein Anlaß vorgelegen. **Ruhe und Sicherheit** sollen bedroht gewesen sein. Ich frage,

wo waren diese am 10. oder 12. Januar bedroht?

Am 10. Januar haben vor dem Landtage 12000 Leute gestanden und dem Wunsche nach Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts Ausdruck gegeben. Ist auch **nur einem,** gegen die sich die Kundgebungen richteten, auch nur die

kleinste Unbill

widerfahren? Daß Sie (nach rechts) die Demonstrationen nicht gern gesehen haben, gebe ich Ihnen zu (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.), aber Sie haben darum umso weniger Grund, sie einfach zu verurteilen. Wollen Sie mir nicht sagen, **welche anderen Mittel** die Masse hat, ihren Willen auf Einführung eines besseren Wahlrechts kundzugeben, Mittel, wodurch hervorgeht, daß es sich nicht um eine Parteiforderung handelt, sondern um den Willen der Massen? Selbst Herr Naumann sagt: „wir wollen nicht verkennen, daß den vom Wahlrecht Ausgeschlossenen etwas anderes zu tun nicht übrig bleibt, die Ausschließung von der Volksvertretung hat in der Welt immer solche Folgen gehabt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im „Berl. Tageblatt" (Zuruf des Abg. Heckscher) . . . daß Sie, Herr Heckscher, mit dem „Berliner Tageblatt" nichts zu tun haben wollen, glaube ich gern, nachdem Sie in demselben so schön photographiert worden sind. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Das „Tageblatt" hat sich gegen diese Demonstrationen ausgesprochen, nun kommen aber zu dem Blatt die bürgerlichen Parteigenossen und sagen: **Der Standpunkt des Blattes ist nicht recht,** die Demonstranten haben recht gehabt, die Exzesse sind von der Polizei provoziert worden. Also Uneinigkeit in Ihren eigenen Reihen! Selbstverständlich liegt der Polizei die Pflicht ob, die Ordnung auf den Straßen aufrechtzuerhalten. Wir sind die letzten, die das bestreiten. Die Straße gehört allen, **aber sie gehört nicht nur Ihnen** (nach rechts), sondern auch den Arbeitern. Wo ist denn nun die Ruhe und Ordnung am 10. Januar gestört worden? (Zuruf rechts: In der Elsasser Straße!) Haben Sie das selbst gesehen? Eine andere Frage: Haben die Berliner Arbeiter weniger Recht als die antisemitischen Handlungsgehülfen, die am 25. Januar und 5. Februar **eingestandenermaßen patriotische Kundgebungen organisiert haben** (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), die vor dem Reichskanzlerpalais Zustimmung gefunden und vor dem Kaiserschlosse sogar die Zustimmung des Kaisers fanden. Die Polizei hat gerade verhindert, daß der Kaiser **mehr Volk** zu sehen bekommt, wie er will. Wenn wir Sozialdemokraten am 12. Januar in 21 Versammlungen in Berlin und in hunderten von Versammlungen in ganz Preußen gegen die Entrechtung der Masse protestierten, und wenn wir dann in aller Ruhe und Ordnung, friedlich, **ohne Waffen** durch die Straßen zogen, ich frage: **welcher Anlaß** lag dann vor, das Militär zu konsignieren, als gelte es,

Bürgerblut zu vergießen.

Wenn **Sie** (nach rechts) für das bestehende Wahlrecht demonstrieren würden, wird dann auch das Militär konsigniert? (Große Heiterkeit rechts, lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das beweist eben, daß wir in keinem Rechtsstaate leben. Am 10. und 12. Januar ging es friedlich und würdevoll zu, bis die Polizei eingriff. (Zuruf.) Daß Sie, Graf Oriola, eine andere Auffassung von würdevoll haben als wir, gebe ich Ihnen gern zu. Als die Demonstranten würdevoll durch die Kleine Hamburger Straße an einem Krankenhause vorüberzogen und einer die Marseillaise anstimmte, wurde das Lied sofort unterdrückt, um nicht die Ruhe zu stören. Auch am 12. Januar ist die Ruhe nirgends dort gestört worden, wo die Polizei unter der Führung besonnener Offiziere stand. Wo aber **nervöse** und **brutale** Offiziere kommandierten, die von der Behandlung der Massen, von ihrer Psyche keine Ahnung hatten, da ist es zu Zusammenstößen gekommen. Wenn in der Wahlnacht die Polizei den patriotischen Huldigungszug nach dem Reichskanzlerpalais in derselben Weise behandelt, **auf Wehrlose so brutal eingeschlagen hätte,** wem würden Sie dann die Verantwortung aufbürden? Würden Sie dann nicht sagen: Die Polizei war schuld. Wenn die Polizei maßvoll vorgegangen wäre, so wäre es nie zu Ruhestörungen gekommen, wenn **sie vor** allem die Demonstranten nicht

wie Verbrecher

behandelt hätte. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Als am 25. Januar eine patriotische Demonstration stattfand — das kann man eigentlich nicht sagen — als ein paar Demonstranten ihren patriotischen Gefühlen besonderen Ausdruck geben zu müssen glaubten, und die Polizei eingriff, entschuldigte sich der Berliner Polizeipräsident später wegen des Verhaltens der Polizei und wies am 5. Februar die Schutzleute an,

die Demonstranten ruhig gewähren zu lassen!

Polizeibeamte und Offiziere sind mit in Reih und Glied geschritten und haben mit gesungen. Wenn aber zehntausend Arbeiter Berlins durch die Straßen ziehen, da geht es ganz anders. Kaum hatten die Versammelten die Lokale verlassen, da sperrte die Polizei die Straßen ab und zog blank. Es gibt kein größeres Armutszeugnis für die preußische Regierung, als die Berliner Polizei zu zwingen, solche Unruhen künstlich hervorzurufen: Wenn ich sage „zwingen" so habe ich für diesen Ausdruck besondere Gründe. Die Polizei wußte ebenso genau, wie ich es wußte, daß keine Straßenstörungen stattfinden sollten, daß nichts von der Sozialdemokratie geplant war. Der Leiter der Exekutive der politischen Polizei, Polizeirat Dr. Henninger, hat anläßlich des 21. Januar 1906 geschrieben: **„Wir glauben auch gar nicht, daß Ausschreitungen sich ereignen werden.** Sollten Exzesse begangen werden, so kann es sich nur um Elemente handeln, die mit der Sozialdemokratie nicht zu identifizieren sind." Und ein Hauptmann von einem Eisenbahnregiment hat seinen Soldaten erklärt, wenn es zu Unruhen kommen sollte und der Befehl zum marschieren käme, sollten sie nicht glauben, daß es gegen die Sozialdemokraten ginge. Ich habe aber noch einen besseren Zeugen. Der Kaiser hat über den 21. Januar 1906 durch das offiziöse Wolffsche Depeschenbureau eine Kundgebung verbreiten lassen, in der es heißt: „Ich habe mit Befriedigung erfahren, daß der gestrige Tag ohne Störung der öffentlichen Ordnung in Berlin verlaufen ist. An diesem erfreulichen Resultat haben die umsichtigen polizeilichen Maßnahmen, wie das

taktvolle und angemessene Verhalten

der **Schutzmannschaft** einen wesentlichen Anteil. Ich spreche hierfür meinen königlichen Dank aus." Ich kann für meine Partei erklären, daß wir uns diesem Dank für das taktvolle und angemessene Verhalten an jenem Tage voll und ganz anschließen. Die Polizei ist damals von der Straße fern geblieben und hat die Teilnehmer ruhig nach Hause gehen lassen. Diesmal dankt man für die

energische

Haltung der Schutzmannschaft. Wo die Polizei ruhig und angemessen ihre Befehle erteilte, da ist es zu keinen Zusammenstößen gekommen. Ich möchte Ihnen aber die Schilderung eines Augenzeugen anführen, um Ihnen zu erklären, wie die Zusammenstöße verursacht wurden. Im „Berliner Tageblatt", (Zuruf.) Wenn ich ein sozialdemokratisches Blatt zitieren wollte, würden Sie sagen, das brauchen wir nicht zu glauben. Also in dem „Berliner Tageblatt" heißt es von einem Augenzeugen: Die Polizei hatte zunächst nicht die Absicht, blank zu ziehen. Das Bild änderte sich aber, als Hauptmann Stephan im Laufschritt herbeieilte. Er gab Befehl zum Vorrücken und die Menschenmassen am Wasser entlang zurückzudrängen. Wenige Sekunden später rief er: Halt, zurück! Man kann sich da vergegenwärtigen, in welche Situation die Massen kamen. Sie waren von Wasser, Häuserreihen und Schutzleuten eingeschlossen. Nun geht die Polizei vor, der Hauptmann kommandiert:

eins, zwei, drei, los!

dann sind die Unruhen fertig. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auch der Erlaß des Berliner königlichen Polizeipräsidiums konnte nur so aufgefaßt werden, daß nur gegen Störung der öffentlichen Ordnung Maßnahmen der Polizei in Aussicht genommen seien. Die Polizei sagt nun, die Masse habe geschrien und gejohlt. Das ist ein recht relativer Begriff. Der eine meint, er singe, während der andere sagt, er johlt. Dem einen ist Musik ein unangenehmes Geräusch, der andere nennt sie himmlisch. (Heiterkeit.) Nun aber die Marseillaise! „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen . . ." (Zuruf rechts.) (Nach rechts:) Wenn ich auf Ihrer geistigen Höhe stände, würde ich mich zum Parlamentsklown ausbilden. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) **So gut wie die Antisemiten die „Wacht am Rhein"** und **„Deutschland, Deutschland über alles" singen, ebenso gut dürfen die Arbeiter die Marseillaise singen** und kein Mensch wird behaupten können, daß das ein so todeswürdiges Verbrechen ist, daß man dagegen Militär konsignieren mußte. Andererseits sind schließlich auch die Arbeiter nicht so lammfromme Leute, daß sie sich wehrlos von der Polizei schlagen lassen. Noch ein anderer Punkt: An der Gertraudtenbrücke sind zwei Schüsse gefallen. Aber solange die Polizei nicht ermittelt, **von wem** diese Schüsse ausgegangen sind, glaube ich nicht, daß sie von den Demonstranten gefallen sind. Wer hat an solchen Schüssen ein Interesse? Die Sozialdemokratie jedenfalls nicht. Aber wo das

System der Lockspitzel und Achtgroschenjungen

zur Staatsweisheit erhoben wird, wenn diese in sozialdemokratische Organisationen hineingeschickt werden, wenn die Polizei alle Mittel anwendet, um einen Redaktionsboten des „Vorwärts" zu bestechen, wenn der Polizeikommissar Schöne Ausweisungen veranlaßt, um sie zu Militärspionen zu machen, und wenn er zu diesem Zwecke falsche Pässe ausstellt, unter diesen Verhältnissen wird man mir zugeben, der Polizei ist es auch zuzutrauen, daß sie einen Agenten vorschickte, der die Schüsse abgab. Leider ist der betreffende Mann ja nicht festgestellt worden. Ich will aber an den politischen Verstand appellieren und frage, ob Sie nicht alle der Berliner Polizei so etwas zutrauen. (Zuruf links: Nein!) Sie sagen nein, natürlich, „dies Kind, kein Engel ist ja rein". (Heiterkeit.) Ich habe gelesen, daß in der Linienstraße an der Spitze des Zuges ein Mann marschierte, der besonders eifrig mitsang. Da haben ihm unsere Parteigenossen eine große Acht auf den Rücken gemalt, um ihn als Achtgroschenjungen zu bezeichnen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Gelächter rechts.)

Der Augustastr. 62 wohnende Schutzmann Traber war in einem Zuge mit einer der lautesten Sänger.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In der letzten Stunde habe ich noch eine interessante Nachricht erfahren. Der Kriminalbeamte Kassube, der Kopenhagenerstr. 26 wohnt und der früher unter dem Namen Schneider im fünften Berliner Wahlkreise mit dem Vertrauensmann die ganze schriftliche Arbeiteragitation gemacht hat (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), ist an der Gertraudtenbrücke von der Polizei derartig mit Säbelhieben traktiert worden, daß er in einer Droschke nach Hause gefahren werden mußte. Sie brauchen nur einmal Frau Kassube zu fragen, welche Ausdrücke diese über das Verhalten der Polizei gebraucht hat! Ich konnte leider nicht feststellen, wie sich der Kassube im Zuge benommen hat, ob er etwa die Führung eines Zuges übernehmen sollte. Diese Tatsache sollte auch Ihnen (nach rechts) zu denken geben, warum gerade an der Gertraudtenbrücke der Schutz gefallen und es zu besonders blutigen Ausschreitungen gekommen ist. Die Demostrationen sind in **hunderten von Städten in derselben ruhigen und großartigen Weise** verlaufen. Ueberall haben die Arbeiter gezeigt was sie wollen, daß es sich nicht um eine Parteiangelegenheit handelt und ebenso gut wie am 12. Januar werden wir an einer von uns zu wählenden Zeit wieder Demonstrationen veranstalten. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Wir werden diese friedlichen Demonstrationen auch in Zukunft veranstalten

im Interesse der Erziehung der Polizei und der Regierung.

Je höher die Entwickelung eines Landes ist, desto höher sind auch die politischen Rechte, und wenn wir jetzt in Deutschland dieses Demonstrationsrecht noch nicht haben, so müssen wir uns dieses Recht genau so erobern, wie es in anderen Ländern geschehen ist. Als in Oesterreich große Demonstrationen von Arbeitern stattfanden, hat die österreichische Regierung kein Militär in die Kasernen konsigniert, sie hat es nicht für notwendig gehalten, auf friedliche Leute, die für ein politisches Recht demonstrieren, mit der Flinte zu schießen und mit dem Säbel zu hauen. Als 1906 in Oesterreich die große Riesendemonstration stattfand, da fanden sich genau wie bei uns Scharfmacher, die dem Ministerpräsidenten besagten, er hätte mit Festigkeit dagegen auftreten sollen. Da hat der damalige Ministerpräsident v. Gautsch erklärt:

„Wie stände ich vor der Geschichte da!

wenn ich auf diese friedlichen Demonstranten hätte schießen lassen." Man kann von der preußischen Regierung so schlecht und gering denken, wie man will, der Gedanke, daß sie das Verbrechen begehen könnte, auf friedlich demonstrierende, sich in den Straßen bewegende Arbeiter schießen zu lassen, ist einfach unfaßbar (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), es ist nur noch in Rußland möglich, wo vor zwei Jahren ja auch eine Straßendemonstration stattfand, als die unbewaffneten Massen unter Führung eines Priesters, voran die Heiligenbilder, zum Zaren marschierten, um ihm die Bitten des Volkes auszusprechen. Da freilich gab der Zar den Befehl, diese friedlichen Demonstranten wie tolle Hunde niederzuschießen. Aber das ist

ein so feiger Mord,

daß er für alle Zeiten als eines der größten Verbrechen in der Weltgeschichte verzeichnet steht, und keiner von uns seine Wiederholung in Deutschland wünschte. Wenn Sie nicht wollen, daß die friedlichen Demonstrationen hier weiter stattfinden — und sonst werden sie stattfinden — so hat ja der preußische Landtag es in der Hand, sie unmöglich zu machen, indem er den eindringlichen Wunsch des preußischen Volkes erfüllt und ihnen das Recht gewährt, **das Kultur und Vernunft mit ihm fordert.** (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Denn die Arbeiter werden nicht aufhören, dieses Wahlrecht zu fordern, sie brauchen es für ihre politische und soziale Befreiung, und je länger die Regierung sich sträubt, um so heftiger wird das Verlangen der Arbeiter nach einem vollen Anteil am Wahlrecht werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler hat in seinem Silvesterbrief geschrieben, daß die

deutschen Arbeiter die intelligentesten der Welt

seien. Mit welchem Recht, so fragen wir, hält der Reichskanzler und Ministerpräsident der intelligentesten Arbeiterschaft der Welt das Wahlrecht vor, das die österreichischen, die englischen, die französischen, die bayrischen, die badischen, die hessischen haben, ja selbst die ungarischen und die slovenischen Arbeiter erhalten werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Mit welchem Rechte widersetzt sich der Reichskanzler den politischen Forderungen der intelligentesten Arbeiterschaft der Welt, mit der Vernunft und Recht im Bunde stehen. Oesterreich hat jüngst das allgemeine Wahlrecht bekommen, vielleicht nicht so sehr aus dem guten wohlwollenden Herzen des Kaisers und der Regierung, — wenn es nur vom Herzen abhängig wäre, so hätten die österreichischen Arbeiter vielleicht heute noch nicht das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Aber die österreichische Regierung, die österreichischen Staatsmänner haben eingesehen, daß niemand ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Staates und der habsburgischen Monarchie hatte, dem man die politische Gleichberechtigung verweigerte. Das allgemeine Wahlrecht in Oesterreich ist von der Regierung bewilligt worden, weil es staatserhaltend die verschiedenen Völkerschaften zu einem Staate zusammenhält. Lassen Sie mich ein paar Worte zitieren, die die hohe staatsmännische Einsicht der österreichischen Regierung im Gegensatze zu der Einsichtslosigkeit des „modernen" Liberalen, deutschen „Reichskanzlers" beweisen. Als vor dem österreichischen Reichsrat Hunderttausende von Arbeitern für das gleiche Wahlrecht demonstrierten, sprach der Ministerpräsident Gautsch im Reichsrat die Worte:

Die Regierung ist von der Erkenntnis durchdrungen, daß keine Regierung, die auf den Namen einer solchen Anspruch macht, sich in grundlegenden Fragen hartnäckig dem Volkswillen verschließen darf. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) **Die gesamte Bewegung der Zeit geht auf eine Ausgleichung des Wahlrechts hin, und die Forderung wird von der allgemeinen Wehr- und Schulpflicht gestützt. Jedes Wahlrecht hat als Endziel das allgemeine, gleiche Stimmrecht. Darum ist die Regierung ohne Verzug an den endgültigen Ausbau des Wahlrechts herangetreten. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht entspricht am besten der Entwickelung der Gegenwart und stellt diejenigen Schichten der Bevölkerung, die infolge des industriellen Aufschwungs der Epoche zu wichtigen Mitarbeitern der nationalen Volkswirtschaft und des nationalen Einkommens geworden sind, in der Ausübung der politischen Rechte den übrigen Klassen gleich. Reformen dieser Art lassen sich nicht durchsetzen, ohne einen starken Widerstand zu überwinden. Aber die Regierung muß auch die Gegenströmung wachsam im Auge behalten. Das allgemeine Wahlrecht ist eine staatserhaltende Maßregel, weil diese Wahlreform weite Schichten des Volkes in erhöhtem Maße am staatlichen Leben interessiert.** (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

So spricht ein Staatsmann und so sprach der preußische Ministerpräsident. Dabei liegen die Verhältnisse bei uns ähnlich, wie sie damals in Oesterreich lagen. Jenseits der Mainlinie haben die Arbeiter in allen Staaten das gleiche und geheime Wahlrecht, da lassen sich in Preußen die breiten **Massen einfach nicht mehr gefallen, daß man sie vom Wahlrecht ausschließt,** mögen Sie machen, was Sie wollen. (Lebhafter anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

An das Ende der Besprechung unserer Interpellation möchte ich einige allgemeine Gesichtspunkte stellen. Was soll das Ausland von den

innerpolitischen Zuständen Deutschlands denken,

wenn die stärkste Partei des Landes friedlich auf den Straßen demonstriert, und die Regierung kein anderes Mittel dagegen weiß, als das Militär in den Kasernen zu konsignieren, gleich als ständen wir unmittelbar vor dem Ausbruch der Revolution? Die nationalen Parteien hatten im letzten Jahre arge Beklemmungen, daß Deutschland in Europa diplomatisch isoliert und rings von Feinden umgeben sei. Wenn das der Fall ist,

sollte es Sie doch zum Nachdenken bringen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein Krieg in der heutigen Zeit ist ja für Deutschland nicht mehr möglich gegen die Sozialdemokratie, gegen den Volkswillen, gegen das Volksinteresse.

Wie wollen Sie denn verlangen, daß die Arbeiter Gut und Blut willig für das Vaterland opfern, wenn die Regierung ihnen alle politischen Rechte vorenthält?

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten, große anhaltende Unruhe rechts.) Wollen Sie wirklich eine Politik fortsetzen, die die Gehirne der Arbeiter jedem anderen Gedanken verschließt als dem, daß sie politisch entrechtet, zu Heloten degradiert sind, und nur Raum läßt für den einen Gedanken, daß sie das allgemeine und gleiche Wahlrecht verlangen und die bekämpfen müssen, die es ihnen vorenthalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Klugheit, ihre Selbsterhaltungstrieb, sollte Ihnen gebieten, eine andere Politik einzuschlagen und den deutschen Arbeitern das Recht zu geben, das sie eindringlich verlangen, und das sie solange fordern werden, bis sie es bekommen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten. Zischen rechts.)

Präsident Graf **Stolberg:** Herr Abgeordneter, bei Beginn Ihrer Ausführungen herrschte im Hause solche Unruhe, daß ich nicht alles habe verstehen können. Ich habe mir den stenographischen Bericht kommen lassen und ersehe aus demselben, daß Sie gesagt haben: „Wollen Sie die Verantwortung für alle Polizeiinfamien übernehmen?" Wegen des Ausdruckes „Polizeiinfamien" rufe ich Sie nachträglich zur Ordnung! (Bravo! rechts, lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Kreth** (k.):

Das einzelstaatliche Wahlrecht zu regeln ist Sache der Einzelstaaten; daher lehnen wir ein Eingehen auf dieselbe ab. Wenn wir uns doch an der Debatte beteiligen, so deshalb, weil die Interpellation ja eigentlich nur der Rahmen für die Sozialdemokratie sein sollte, um ihre Klagen darüber vorzubringen, daß ihre Straßendemonstrationen so erbärmlich ins Wasser gefallen sind. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der erste Teil der Interpellation beweist, daß die Sozialdemokratie von staatsrechtlichen Dingen nichts weiß. Der Reichskanzler hat im preußischen Landtag genau so wenig Machtbefugnis wie in irgend einem anderen Landtag, und Sie haben nicht das Recht, den preußischen Ministerpräsidenten oder einen anderen einzelstaatlichen Minister zur Verantwortung zu ziehen. Das ist eine Konventspielerei. (Sehr wahr! rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Herr Fischer hatte gar kein Recht, hier in der Rolle des Anklägers aufzutreten, als Angeklagte stehen hier vielmehr die Führer der Sozialdemokratie. (Bravo! rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der „Vorwärts" nannte die Demonstrationen „Ausbrüche der siedenden und kochenden Volksseele". Ich nenne Ihnen nur einige Namen der Herren, die die Volksseele in diese Siedehitze gebracht haben. Als Redner in den Versammlungen sind z. B. verzeichnet die Namen: Herzfeld, Hirsch, Manasse, Rosenfeld. (Große Heiterkeit rechts.) Sabor würde sagen: Das läßt tief blicken. (Erneute Heiterkeit rechts.) Die Zusammenhänge zwischen der russischen Revolution und den Schürern der sozialdemokratischen Straßendemonstrationen sind wohl klar, wenn man diese Namen hört. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Kreth ist doch auch ein jüdischer Name! Stürmische Heiterkeit.) Die Tatsache, daß die Demonstrationen in Hunderten von Städten zugleich stattgefunden haben, beweist doch gewisse Zusammenhänge in der Vorbereitung der „kochenden Volksseele". Daß es sich gestern nur um Arbeitslosenversammlungen gehandelt habe, ist eine Irreführung, denn der „Vorwärts" hat selbst berichtet, daß von den Versammelten in Moabit ausgerufen worden sei: Gebt uns Arbeit und das Wahlrecht! Das ist doch nicht Sache einer Arbeitslosenversammlung. (Lachen und Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ich habe in der Rede des Herrn Fischer die Erklärung vermißt, daß die Sozialdemokratie nicht beabsichtigt, derartige Demonstrationen zu benutzen, um ihre Machtfragen zu entscheiden. (Sehr richtig! rechts.) Man spricht vom brutalen Vorgehen der Polizei. Dabei sind im ganzen nur 19 Verwundungen vorgekommen, darunter mehrere Schutzleute. 1848 warf Lassalle den Bourgeois vor, daß sie die Arbeiter in dem gemeinsamen Kampf allein gelassen hätten. Er fragte: „Wo war die Intelligenz Berlins, wo waren Sie alle, meine Herren?" Sie (zu den Sozialdemokraten) werden es berechtigt finden, wenn ich diese Frage jetzt an Sie richte: Wo waren bei diesen Demonstrationen die Führer der Sozialdemokratie, wo waren Sie alle, meine Herren? (Tosender Beifall rechts, stürmische andauernde Unterbrechungen bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Beweislose Schwätzereien!) Beschimpfungen von Ihrer Seite sind mir stets eine hohe Auszeichnung. Das sind Erziehungsfragen. (Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sehr schön ist die Schilderung des „Vorwärts", wie Herr Ledebour an der einsamen Pappel (Heiterkeit rechts) Heerschau abhielt über die Arbeiterbataillone. Er schloß seine kurze Ansprache auf den Schultern eines stämmigen Genossen (Heiterkeit rechts) mit dem Rufe: „Die völkerbefreiende, die preußenbefreiende Sozialdemokratie lebe hoch!" (Ruf bei den Sozialdemokraten: Hoch! Große Heiterkeit.) Leider schildert der „Vorwärts" nicht den Schluß der Szene, wie die Kohorten sich gesammelt und mit dem Rufe vorbeizogen: ave socius superior! — Lebewohl Obergenosse! (Große Heiterkeit rechts.) Die Folge der ganzen Demonstrationen war nichts als 1½ Dutzend verwundete Köpfe und eine grenzenlose Blamage der Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die „Post" hat berichtet, daß der „Vorwärts" die demonstrierenden Genossen aufgefordert habe, ihre Frauen und Kinder in die Demonstrationsversammlungen mitzunehmen. Ich erwarte (Unruhe bei den Sozialdemokraten; Zuruf: Sie haben überhaupt nichts zu erwarten!) daß die Sozialdemokratie diese Meldung als unrichtig hinstellt. Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) es nach italienischem Muster versuchen sollten, die Kinder und Frauen als Schild bei Ihren Demonstrationen zu benutzen, dann wird die Entrüstung des deutschen Volkes Ihre Partei hinwegschwemmen. Sollte die Sozialdemokratie ihre Straßendemonstrationen wiederholen, dann erwarte ich, daß mit aller Rücksichtslosigkeit von den Behörden eingeschritten wird, und dann sollen Sie sehen, daß in Preußen mit derartigen Straßendemonstrationen nichts zu machen ist. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Graf v. Hompesch** (Z.):

Wir können uns zu der Interpellation sehr nüchtern äußern. Meine Freunde halten in Uebereinstimmung mit wiederholten früheren Erklärungen an der Auffassung fest, daß es in einem Staatswesen, in dem die Grundsätze der allgemeinen Wehrpflicht, der allgemeinen Schulpflicht und der allgemeinen Steuerpflicht zur Durchführung gelangt sind, als Widerspruch erscheint, wenn einzelne Teile der Bevölkerung durch das Wahlsystem von einer wirksamen, verfassungsmäßigen Vertretung dieser Rechte ausgeschlossen sind. (Sehr richtig! im Zentrum.) Dieser Widerspruch wird um so peinlicher empfunden werden, je länger er aufrechterhalten wird. Es ist nach unserer Ueberzeugung dem Staatswohl nicht entsprechend, sondern es hemmend. Das Reichstagszentrum steht somit unentwegt auf dem Boden des gleichen, geheimen, allgemeinen und direkten Wahlrechts. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Nur das Reichstagszentrum?) Ja, ich kann doch hier nur im Namen des Reichstagszentrums sprechen. (Sehr gut! im Zentrum.) Wir betrachten die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf den größten Bundesstaat für eine politische Notwendigkeit. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Bassermann** (natl.):

Herr Fischer hat darauf verwiesen, daß mein Parteigenosse Menck sich gegen das Reichstagswahlrecht erklärt hat. Ich stelle fest, daß Menck mit demselben Augenblick aus der Landtagsfraktion ausgeschieden ist. (Hört! hört!) Wir lehnen es ab, hier über die Ausgestaltung des preußischen Wahlrechts zu debattieren (Bravo! rechts), und den gesetzgebenden preußischen Faktoren hier Vorschriften zu machen. Diese Stellungnahme entspricht durchaus unserer früheren Haltung.

Was die Straßendemonstrationen betrifft, so hat die „Leipziger Volkszeitung" offen zugegeben, sie seien ein Musterbeispiel, wie Revolutionen gemacht würden. Wir können uns auf die berühmte sozialdemokratische Schulung und Disziplin bei solchen Demonstrationen schon deshalb nicht verlassen, weil bei solchen Aufläufen nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch der ganze großstädtische Janhagel dabei ist. Wenn in den sozialdemokratischen Versammlungen durch das fortwährende Predigen des Klassenhasses die Leute in Siedehitze gebracht werden, kommt es dann natürlich hinterher zu solchen Szenen. Und selbst wenn die Polizei in Einzelfällen nicht richtig vorgegangen sein sollte, können Sie (zu den Sozialdemokraten) sich darüber wundern? Die Leute kommen ja gar nicht mehr aus ihren Kleidern heraus, wenn sie da einmal nicht Herr ihrer Nerven sind, ist das viel eher zu entschuldigen als das Verhalten der Demonstrierenden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Unter dieser Entwickelung der Dinge auf der Straße müssen auch die Aussichten auf ein Reichsvereins- und Versammlungsrecht sich erheblich verschlechtern. (Sehr wahr! rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Sozialdemokratie königs- und kaisertreu würde und sich auf den Boden der geltenden Staatsordnung stellte (Lachen bei den Sozialdemokraten), so wäre den Arbeitern besser gedient. Gegenüber den planmäßig organisierten Demonstrationen, die zu Zusammenstößen führen mußten (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), hätte die Polizei unverantwortlich gehandelt, wenn sie nicht planmäßig Gegenmaßregeln ergriffen hätte, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Auch die Versammlung des Militärs in den Kasernen gehörte zu den gegebenen Vorsichtsmaßregeln. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dadurch werden Unruhen am besten ferngehalten respektive im Keime erstickt. Wir sind also mit dem Verhalten der Staatsregierung durchaus zufrieden und können nur wünschen, daß auch in Zukunft in Deutschland die Ordnung aufrecht erhalten werde. (Lebh. Bravo! bei den Nationalliberalen und rechts.)

Abg. **Traeger** (frs. Vp.):

Herrn Fischer gegenüber möchte ich zunächst feststellen, daß mein Fraktionsgenosse Fischbeck im Landtage seine Rede damit angefangen hat, daß er sagte, er stimme all dem zu, was ich ausgeführt hatte; die von mir vertretenen Grundsätze und Meinungen wurden von der ganzen Fraktion geteilt. Herr Fischbeck hat auch die Erklärung des Reichskanzlers nicht „erfreulich" gefunden, sondern nur gesagt, wenn man etwas Erfreuliches in ihr suchen wolle, so könnte es der Unterschied zwischen der konservativen Rede und der Erklärung des Ministerpräsidenten sein. Wir werden nach wie vor für die Einführung des Reichstagswahlrechts kämpfen, weil wir es für das einzig richtige und angesichts der Unvollkommenheit aller menschlichen Dinge für das vollkommenste halten. (Sehr gut! links.) Wir halten auch dies Haus für zuständig in dieser Frage. Seitdem Preußen Bestandteil des Deutschen Reiches geworden ist, ist im Reiche ein dem preußischen geradezu entgegengesetztes Wahlsystem eingeführt worden. Das allgemeine Wahlrecht hat inzwischen einen Triumphzug durch alle deutsche Staaten durchgemacht. Man muß in Zuständigkeitsfragen nicht allzu penibel sein; die Zuständigkeit wird beachtet, wenn es der betreffenden Partei gerade paßt. Im preußischen Landtag wird auch häufig über das Reich gesprochen. Natürlich rechneten wir nicht damit, daß Bülow sagen würde: Meine Herren, mit Vergnügen, morgen wird das Reichstagswahlrecht in Preußen eingeführt. (Heiterkeit.) Aber seine Erklärung blieb doch hinter allen Hoffnungen, die man hegen konnte, weit zurück. Er ist ein Muster der Beredsamkeit, namentlich der verbindlichen Beredsamkeit; er versteht es, außerordentlich verheißungsvolle Perspektiven zu konstruieren. (Heiterkeit.) Von alledem war in seiner Erklärung nichts, nicht ein einziges versöhnliches Zitat kam vor. (Heiterkeit.) Nicht einmal die öffentliche Abstimmung soll beseitigt werden. Man sagt, bei ihr könne jeder Mannesmut beweisen. Darauf kann man sehr nüchtern antworten: **Wo der Hunger anfängt, hört der Mannesmut auf.** (Sehr gut! links.) Es kann keinem vernünftigen Menschen zugemutet werden, seiner politischen Ueberzeugung wegen die Existenz von Frau und Kindern aufs Spiel zu setzen. Die bedenklichste Stelle in der Erklärung des Fürsten Bülow war das Wort, das allgemeine Wahlrecht entspreche nicht dem Staatswohl. Es war sehr geschickt, daß die Interpellanten hier anhakten. Freilich gehe ich nicht so weit wie Herr Fischer, in dieser Aeußerung eine Gefährdung des Reichstagswahlrechts zu sehen. Denn die Redner aller Parteien haben erklärt, daß an die Abschaffung dieses Rechtes kein Mensch denkt. Es ist nicht nur illoyal, sondern auch unklug, eine große Partei wie die sozialdemokratische ganz von dem preußischen Landtag fernzuhalten. Wenn die Sozialdemokratie aber Anhänger für den Kampf um das Wahlrecht gewinnen will, so ist es töricht, dies mit Straßendemonstrationen zu versuchen. Damit kann sie die bisherigen Anhänger nur verscheuchen. Viele werden sagen, wenn ich nicht einmal mehr ruhig auf der Straße gehen kann, dann will ich von der ganzen Sache nichts wissen. (Sehr richtig! links.) Im übrigen meine ich, es handelt sich hier um keine Personenfrage, sondern um den gesamten Willen des Volkes. Es gibt Verhältnisse, die mächtiger sind als die mächtigsten Personen, und ich bin überzeugt, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo auch die preußische Regierung in der Gewährung des allgemeinen Wahlrechts ihre wirksamste Waffe erblicken wird. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Erbprinz zu **Hohenlohe-Langenburg** (Rp):

Ich bin kein Partikularist; aber ein Einmischen des Reiches in die Souveränetät der Einzelstaaten ist doch nur geboten, wenn Gefahr im Verzuge ist. Das ist hier doch nicht der Fall, Preußen ist sehr wohl in der Lage, selbst für seine Verfassung zu sorgen. Aber auch ohne diesen Umstand würden die stattgehabten Straßendemonstrationen uns ein Eingehen auf die Interpellation erschweren. Diese Demonstrationen waren eine Torheit und seitens derer, die sie organisiert haben, ein Unrecht gegen die Teilnehmer. **Der Polizei sind wir für ihr besonnenes Vorgehen Dank schuldig.** (Zustimmung rechts.)

(Schluß in der 2. Beilage.)

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Reichstag.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Abg. **Kölle** (Wirtsch. Vg.):

Eine solche Interpellation wie die heutige ist geeignet, das Ansehen des Reichstages zu untergraben. (Lachen links.) Mir erschien die Interpellation geradezu als **Karnevalsscherz.** Die wirtschaftliche Vereinigung billigt die Erklärung des Reichskanzlers im vollen Umfange.

Abg. **Schrader** (frs. Vg.)

(Auf der Tribüne schwer verständlich): Die Frage der Kompetenz ist nicht so schwierig, wie sie dem Vorredner augenscheinlich erschienen ist. (Heiterkeit.) Beschlüsse fassen wir hier bei Gelegenheit einer Interpellation überhaupt nicht. Es handelt sich hier um eine überaus wichtige Angelegenheit. Die unteren Volksklassen haben politische Reife, können aber ihrer politischen Ueberzeugung in Preußen nicht Ausdruck geben, auch die Beamten in Preußen sind nicht in der Lage dazu. Durch Straßendemonstrationen freilich wird man heute nicht mehr einen Umschwung herbeiführen können; daß das heute unmöglich ist, wissen auch die sozialdemokratischen Führer. Wir wünschen, daß das preußische Wahlrecht geändert wird, **vielleicht nicht ganz im Sinne des Reichstagswahlrechts,** aber wir verlangen eine Aenderung. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. **v. Payer** (D. Vp.):

In Süddeutschland hat die **geradezu despektierliche Art, mit** der der Reichskanzler vom Reichstagswahlrecht im preußischen Landtage gesprochen hat, **lebhafte Entrüstung** hervorgerufen (Lebhafte Zustimmung links), um so mehr, als die Aeußerung, das Reichstagswahlrecht sei nicht dem Staatswohl entsprechend, **wir in Württemberg geradezu als Hohn empfinden mußten.** (Sehr richtig! links.)

Die Aeußerungen über die geheime Wahl haben wir als einen **Schlag ins Gesicht** und zugleich als eine Rückständigkeit Preußens empfunden. Geschenkt wird den Preußen ein gutes Wahlrecht nicht werden, sie werden es erringen müssen; aber die Einleitung des Wahlrechtskampfes finde ich nicht sehr glücklich. Die Demonstrationen haben, was sie auf der einen Seite genutzt, sicher auf der anderen geschadet; viele Personen sind abgeschreckt worden durch diese gewaltsamen Mittel. (Lebhafte Zustimmung bei den Freisinnigen.) Notwendig sind solche Straßendemonstrationen bei uns nicht; denn mundtot ist bei uns keine Partei, auch die sozialdemokratische nicht, wenn sie auch im preußischen Abgeordnetenhause nicht vertreten ist. Wer Straßendemonstrationen arrangiert, übernimmt eine große Verantwortlichkeit gegenüber dem ganzen Gemeinwesen. Wenn wir bei der Interpellation gefragt werden, ob wir die **Konsignierung des Militärs tadeln,** so muß ich sagen, **wir können eine solche Vorsichtsmaßregel nicht tadeln.**

Abg. **Korfanty** (Pole):

Wir mißbilligen die Erklärung des Fürsten Bülow im preußischen Abgeordnetenhause. Im Kampfe um das Reichstagswahlrecht werden wir stets an der Seite der Sozialdemokratie zu finden sein.

Abg. **Zimmermann** (Antis.):

Wir stehen auf dem Boden des Reichstagswahlrechts und bedauern das ablehnende Verhalten der preußischen Regierung, insbesondere, daß sie nicht einmal das kleine Zugeständnis der geheimen Wahl gemacht hat. Aber zu der heutigen Interpellation bemerken wir, daß der Reichstag nicht befugt ist, in die Rechte der Einzelstaaten einzugreifen. Durch turbulente Szenen auf der Straße wird die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen gefährdet. Zwischen der Sozialdemokratie und diesen Demonstranten besteht die engste Verbindung. (Der Redner spricht mit sehr erhobener Stimme. Zurufe: Lauter!) Die Sozialdemokratie hat gezeigt, daß sie der schlimmste Feind in gleicher Weise für den sozialen Fortschritt wie für die politische Freiheit ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Weterlé** (Elsäßer):

Wenn die Sozialdemokraten bei einer Interpellation über das allgemeine Wahlrecht den Reichskanzler hier sehen wollen, so sollten sie die Einführung desselben in Elsaß-Lothringen zur Sprache bringen. Für Elsaß-Lothringen ist ja der Reichstag zugleich Landtag. Uns tun Sie damit den Gefallen, daß, wenn Sie uns satt haben, für Elsaß-Lothringen ein eigener Landtag eingerichtet wird.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Abg. **Fischbeck** (frs. Vp., zur persönlichen Bemerkung) bestreitet, daß er an der Erklärung des Reichskanzlers im preußischen Abgeordnetenhause etwas Erfreuliches gefunden habe.

Abg. **Fischer** (Soz.) verweist auf den Bericht im „Tag" und der sonstigen freisinnigen Presse.

Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung Donnerstag, 1 Uhr, zu halten mit folgender Tagesordnung: Scheckgesetz, Majestätsbeleidigung, Haftung der Tierhalter, Maß- und Gewichtsordnung.

Abg. **Singer** (Soz.) zur Geschäftsordnung: Sie werden es begreiflich finden, daß, nachdem meine Partei der Gegenstand so vieler Angriffe war, wir den Wunsch haben, auf diese Angriffe noch im Rahmen dieser Debatte zu antworten. Daher bitte ich den Präsidenten, die Fortsetzung der heutigen Beratung morgen als ersten Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen. Ich hoffe um so mehr, daß er dem Vorschlage beitreten wird, als in der letzten Zeit mehrfach die Beratung über Interpellationen, die von anderen Parteien eingebracht waren, über mehr als einen Tag ausgedehnt wurden. Ich glaube nicht, daß der Präsident die Absicht hat, einen Unterschied in der Behandlung der einzelnen Parteien eintreten zu lassen.

Präsident: Ich stelle diesen Antrag zur Abstimmung.

Für den Antrag erheben sich außer den Sozialdemokraten, Zentrum und Polen nur die 6 freisinnigen Abgeordneten Neumann-Hofer, Gothein, Potthoff, Dohrn-Stettin, Manz und Wieland.

Der Antrag ist abgelehnt, es bleibt bei der vom Präsidenten vorgeschlagenen Tagesordnung.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 6¾ Uhr.

Militärische Automobilsubvention.

(Budgetkommissionssitzung vom 22. Januar.)

Die Beratung beginnt mit der nachträglich der Kommission überwiesenen Anforderung von 1 880 751 M. in Tit. 18, Kap. 39. Die Summe soll Verwendung finden zu „Beschaffungen, Anlagen und Versuchen auf verkehrstechnischem Gebiete". Es werden in diesem Jahre 1 118 751 M. mehr angefordert als bisher. Diese sehr erhebliche Mehrausgabe soll hauptsächlich die stärkere Verwendung von Kraftwagen ermöglichen. Referent und Korreferent ersuchen die Militärverwaltung um Aufklärung über ihre Absichten und Ziele. — General Sixt v. Armin teilt mit, daß 800 000 M. verwendet werden sollen zur Begleichung von **Subventionen** an **Automobilbesitzer!** Die Militärverwaltung müsse sich als Automobile besonders die Lastautomobile nutzbar machen. Einen eigenen Wagenpark möchte sie sich nicht zulegen, deshalb sei geplant, um brauchbare Automobile im Lande zu erlangen, Subventionen an Automobilbesitzer zu gewähren, wenn dieselben gewisse Verpflichtungen übernehmen. Der Versuch, auf diese Weise einen brauchbaren Wagenpark im Lande zu bekommen, soll fortgesetzt werden, die Summe von 800 000 M. würde vorerst jährlich gebraucht, vielleicht werde man sie auf eine Million erhöhen müssen! Im Ernstfalle erstrecke sich das Requisitionsrecht, dem gegenwärtig die Landwirtschaft unterliegt, ohne weiteres auf die Automobile, aber es müsse dafür gesorgt werden, daß brauchbare Fahrzeuge gebaut und gehalten würden.

Graf Oriola ist mit der Forderung einverstanden, nur wünscht er, daß die Forderung als erste Rate bezeichnet werde. Er möchte den Ersatz der Klein- und Nebenbahnen durch Automobile durchgeführt sehen und gibt zur Erwägung, die Mittel etwa aus dem Fonds für Feldeisenbahnen zu nehmen. — General v. Armin wiederholt, daß die Ausgabe sich mehrere Jahre wiederholen werde. Der Fonds für Feldeisenbahnen lasse sich nicht verwenden. — Genosse Dr. Südekum hat große **prinzipielle Bedenken** gegen die Forderung. Die Subvention der Automobile bricht vollständig mit dem Prinzip, wie es bei der Dampfersubvention gilt; dort hat man eine dauernde Gegenleistung zur Bedingung gemacht, die fehlt hier. Wenn an Stelle projektierter Kleinbahnen ein regelmäßiger Automobilverkehr treten sollte und hierzu eine Subvention gewährt werde, sei die Sache etwas anderes, aber ohne bestimmtere Grundlagen könne man dieser Forderung nicht zustimmen. Erzberger pflichtet Südekum bei; er hat weiter budgetrechtliche Bedenken, wenn die Militärverwaltung Verträge ohne Zustimmung des Reichstags eingeht. Der Kriegsminister verweist darauf, daß die Militärbehörde schon jetzt Verträge abschließt, die nicht ausdrücklich vom Reichstag genehmigt sind! Die Forderung müsse auf etwa 5—6 Jahre bewilligt werden — ein einjähriger Versuch nütze nichts. Weiter teilt der Kriegsminister mit, in welcher Höhe und unter welchen Bedingungen Subvention gezahlt werden soll. Die von Südekum vermißte Gegenleistung liege in der Erhaltung der Brauchbarkeit der Fahrzeuge.

Frhr. v. Richthofen ist ohne weiteres mit der Forderung einverstanden. Unterstaatssekretär Twele verteidigt die Forderung und rechtfertigt die Einstellung als laufende Ausgabe. Er versucht die budgetrechtlichen Bedenken zu zerstreuen.

Südekum tritt Tweles Argumentationen entgegen: Die Forderung gehöre unbedingt in die **einmaligen Ausgaben;** unter allen Umständen müsse aber die Forderung als „künftig wegfallend" bezeichnet werden. Er stellt einen entsprechenden Antrag.

Liebermann will bewilligen; der richtige Weg werde sich schon finden. Spahn ist gleichfalls für die Forderung, hat auch keine etatsrechtlichen Bedenken. Der Kriegsminister ist Spahn sehr dankbar für seine Ausführungen; auf Südekums Fragen teilt er mit, daß die Militärverwaltung sich schon mit Kommunalverbänden in Verbindung gesetzt habe; sie werde damit fortfahren und so vielleicht den Unannehmlichkeiten aus dem Wege gehen, die Südekum befürchtet habe. Den Antrag Südekum bittet er abzulehnen. — Gröber will die Forderung in die einmaligen Ausgaben genommen wissen; er stimmt Südekums Forderung bei, diese Subvention wesentlich nur Gemeinden und Gemeindeverbänden zu gewähren; in diesem Falle habe man eine ganz andere Garantie als bei Subventionierung von Privaten; deshalb möge man ganz von der Subventionierung von Privaten absehen. (Zuruf: Großindustrielle!) Gerade den Großindustriellen soll man keine Geschenke machen für Fahrzeuge, die sie in ihrem Interesse benutzen. Pachnicke hat Vertrauen zur Militärverwaltung: Der Fiskus sei häufig zu rücksichtslos bei seinen Verträgen. (Südekum ruft: Siehe Tippelskirch!) Paasche hält den von der Regierung vorgeschlagenen Weg auch als den einzig möglichen. Erzberger beantragt, im Kap. 39, Tit. 18: 800 000 M. zu streichen, und die Forderung von 800 000 M. als 1. Rate für Beihülfen zur Automobilbeschaffung in die einmaligen Ausgaben einzustellen. Schweickhardt (Dtsch. Vp.) stellt sich auf den Standpunkt Südekums; er wünscht vor der Abstimmung einen Vertragsentwurf zu sehen. Es erfolgt keine Antwort und Südekum konstatiert, daß die verlangten Unterlagen **nicht gegeben** wurden und die Budgetkommission **ins Blaue hinein** die Summen bewilligen soll!

Der Kriegsminister bittet um Vertrauen: „Wenn das Geld bewilligt ist, würden sich die Dinge schon entwickeln. In einem Jahre, vielleicht schon in zwei Monaten, könne er Auskunft geben. Es kommt hierbei zu einem ziemlich heftigen Zusammenstoß zwischen Südekum und dem Kriegsminister: Südekum verweist darauf, daß die Kommission sich jede Auskunft über diese Sache **förmlich erkämpfen** mußte! Der Kriegsminister antwortet scharf und Südekum bleibt die Antwort nicht schuldig: es sei zunächst die Hauptaufgabe der Abgeordneten, den Forderungen der Verwaltung mit Mißtrauen zu begegnen.

Die Abstimmung ergibt Ablehnung der Anträge Südekum und Erzberger. Für Südekums Antrag stimmen nur die Sozialdemokraten, für Erzbergers Antrag Zentrum und Sozialdemokraten. Der Freisinn hält trotz der Rede Schweickhardts fest zum Block. Die Forderung ist also genehmigt.

Die Beratung wendet sich nunmehr wieder den einmaligen Ausgaben zu. Zum Militär-Medizinalwesen wünscht der Referent Vermehrung der Genesungsheime. Ohne Debatte werden alle Forderungen genehmigt. In Titel 93 werden als 1. Rate eine Million für fahrbare Feldküchen bewilligt. Zum Titel 95 Remontewesen, wünscht Gersdorff die Einrichtung eines Remontemarktes in Westpreußen. Diese und eine Anzahl andere Positionen werden ohne weitere Debatte genehmigt.

Bei Titel 98, Militärerziehungs- und Bildungswesen, werden 150 000 M. für Wohnhausbauten bei der Kadettenanstalt Groß-Lichterfelde genehmigt.

Zu diesem Titel liegt folgender Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung vor:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Behörden und Organisationen sowie unter Beiziehung der Schulbehörden in den einzelnen Bundesstaaten, für freiwillige Teilnehmer aus den Mannschaften des zweiten Jahrganges im Reichsheer **Unterricht im landwirtschaftlichen und gewerblichen Fortbildungsschulwesen** einführen zu wollen.

Vogt-Hall begründet den Antrag mit dem schlechten Bildungsstand der jungen Leute, die unter der Fahne stehen. Nach dem Muster der Unteroffizierschulen könnte hier nachgeholfen werden. Als Landwirt möchte er aber besonders auch über die Fortschritte in der Landwirtschaft unterrichtet wissen; **die Soldaten würden dann sicherer wieder aufs Land zurückkehren!** Er sieht darin eine Gegenleistung für die Opfer, welche die Landwirtschaft dem Militär bringt.

Roske glaubt, daß dem Antrag nicht zugestimmt werden könne. Die Kaserne sei keine Fortbildungsschule. Die Agrarier sollen für gute Schulen auf dem Lande, insbesondere für obligatorischen Fortbildungsunterricht sorgen. Im preußischen Landtag bleibt hier noch viel zu tun. Erzberger meint, daß, wenn der Antrag Annahme fände, der Ernteurlaub verweigert werden müsse. Wiemer sieht in dem Antrag keine agrarische Tendenz, wie Roske; er glaubt nicht an die Durchführbarkeit, will sich aber, bevor sich die Militärverwaltung geäußert, nicht entscheiden.

Der Kriegsminister steht einer derartigen Art der Fortbildung nicht unsympathisch gegenüber; er hat sich mit dem Landwirtschaftsminister in Verbindung gesetzt, es schweben Unterhandlungen! Vogt-Hall ändert seinen Antrag dahin ab, daß Erwägungen über die Möglichkeit solchen Unterrichts angestellt werden sollen. Oriola ist nach dieser Abänderung dafür. Südekum ist der Meinung, daß der Antrag Vogt der Entwickelung der Fortbildungsschule auf dem Lande entgegenarbeiten werde. Schließlich wird der Antrag angenommen.

Graf Hohenau und Graf Lynar vor dem Kriegsgericht.

Berlin, den 22. Januar 1908.

Vor dem Kriegsgericht der 1. Gardedivision begann heute früh die Verhandlung gegen Generalleutnant à la suite und Generaladjutant zur Disposition Graf Wilhelm von Hohenau und gegen Major a. D. Graf Johannes Lynar. Die Verhandlung findet in dem neuen Militärgerichtsgebäude in der Lehrter Straße statt. Die sonst so stille Straße ist heute früh durch Autos, Droschken und eine große Menschenmenge, die zum Gebäude strömt, belebt. Das Gerichtsgebäude liegt ziemlich weit draußen. Der Weg führt vorbei an dem Moabiter Zuchthaus (Zellengefängnis), an einer Reihe von Kasernen und Militärdienstgebäuden, hinter denen sich weite Exerzierplätze ausdehnen. Der kleine, schmucklose Verhandlungsraum bietet nur für wenige Personen Platz. Der Zuschauerraum ist fast leer. Die Zahl der Zeugen beträgt etwa 40, jedoch kann der kleine Raum auch diese nicht ganz fassen, ein Teil der als Zeugen geladenen Soldaten nimmt daher im Zuschauerraum Platz. Den Vorsitz im Gerichtshof führt Generalleutnant von Pfuel, als Beisitzer fungiert Generalleutnant von Höpfner, Generalleutnant Kehrer und Kriegsgerichtsrat Dr. Ullmann. Die Anklage vertritt Kriegsgerichtsrat Dr. Grünwald. Zwei Offiziere wohnen im Auftrage der 1. Gardedivision als Stenographen der Verhandlung bei. Kurz vor Eröffnung der Verhandlung erscheinen die Angeklagten, zuerst Graf Lynar, der sich in Untersuchungshaft befindet und von dem Major v. Bandemer vom 1. Garde-Feldartillerieregiment zur Anklagebank geführt wird. Graf Lynar ist ein großer, breitschultriger Mann mit stark gerötetem gutmütigem Gesicht. Er trägt einen schön gepflegten Spitzbart, sein Haupthaar ist stark ergraut. Mit seinem Kneifer, dem Aktenbündel unterm Arm und im Gehrock macht er den Eindruck eines schneidigen Verteidigers. Der zweite Angeklagte, Graf Wilhelm von Hohenau, erscheint ebenfalls im schwarzen Gehrock und in Begleitung seines Verteidigers Justizrats Dr. Sello im Saal. Er verbeugt sich vor dem Gerichtshof und nimmt dann auf der Anklagebank Platz. Er ist noch ein Stück größer als sein Mitangeklagter Graf Lynar, eine große elegante Erscheinung mit scharfgeschnittenem Gesicht und einem Anflug von Schnurrbart. Der Verteidiger des Grafen Lynar ist Rechtsanwalt v. Glasenapp. Nach Eröffnung der Sitzung bemerkt der Verhandlungsführer Kriegsgerichtsrat Matschke zu den Angeklagten, er mache sie auf die Bestimmungen der Militärstrafprozeßordnung aufmerksam, wonach sie einen Richter wegen Befangenheit ablehnen können. Die Ablehnung sei jedoch nur statthaft bis zur Verlesung des Eröffnungsbeschlusses. — Die Angeklagten bemerken dazu nichts. — Es erfolgt hierauf die Vereidigung der militärischen Richter. Sodann werden die Zeugen aufgerufen. Unter den Zeugen befindet sich Maximilian Harden, der Herausgeber der „Militärpolitischen Korrespondenz", Kapitän a. D. Otto v. Lossberg, gegen den bekanntlich ein Zeugniszwangsverfahren eingeleitet ist, weil er sich geweigert hatte, in der Voruntersuchung seine Gewährsmänner anzugeben. Außerdem ist auch der aus dem ersten Moltke-Hardenprozeß bekannte Herr Bollhardt da, der merkwürdigerweise als Redakteur aus Tegel aufgerufen wird. Weitere Zeugen sind Oberst v. Richthofen und einige Offiziere. Die große Mehrzahl der Zeugen setzt sich zusammen aus Zivilpersonen: Postboten, Museumsaufsehern, Landwirten, Schutzleuten, Kohlenhändlern, Restaurateuren, Dienern, Arbeitern; ferner befinden sich unter den Zeugen mehrere Wachtmeister, ein Trompeter und einige Mannschaften. Förmlich wie ein fremdes Element nimmt sich unter dieser Zeugenschar eine Frau Erdmann aus. Maximilian Harden und zwei weitere Zeugen melden sich auf den Zeugenaufruf nicht.

Der Verhandlungsleiter Kriegsgerichtsrat Matschke verliest ein schriftlich eingegangenes Attest des Hausarztes von Maximilian Harden, Professor Eisenberg, in welchem er bescheinigt, daß Harden noch immer an den Folgen der Rippenfellaffektion leide. Er huste stark, sei durch Aufregungen geschwächt und habe das Zimmer seit Wochen nicht verlassen. Er sei unfähig zu erscheinen. — Hierauf werden die Personalien der Angeklagten verlesen. Graf Wilhelm v. Hohenau ist am 25. April 1854 geboren. 1872 trat er als Offizier beim 1. Garde-Dragonerregiment ein, wurde später Oberleutnant beim Regiment der Gardes du Corps und rückte 1892 zum Major auf. Er wurde dann 1897 Flügeladjutant des Kaisers und bald darauf Chef des Garde-Kürassierregiments. 1899 kam er zum Regiment der Gardes du Corps, im März 1900 wurde er zum Oberst ernannt. Am 22. April 1902 erhielt er die 1. Garde-Kavalleriebrigade, 1903 wurde er Generalmajor und am 27. Januar 1904 diensttuender General à la suite des Kaisers mit dem Range eines Generalleutnants. Er wurde am 2. Juni 1907 in Genehmigung seines Abschiedsgesuches unter Belassung der Pension zur Disposition gestellt. — Verhandlungsführer: Sind diese Angaben richtig, Exzellenz Generalleutnant Graf Hohenau? — Angekl. Graf Hohenau: Jawohl. — Graf Hohenau ist in erster Ehe mit Laura Freiin von Saurmar-Geltsch verheiratet gewesen. Nach dem 1884 erfolgten Tode hat er sich zum zweiten Male mit der Prinzessin von Hohenlohe-Oehringen vermählt. Er hat einen Sohn und drei Töchter. — Es folgt eine Verlesung der Personalien des zweiten Angeklagten Graf zu Lynar, der am 3. Dezember 1859 geboren ist. Er ist seit 1889 verheiratet mit Prinzessin Anna Elisabeth von Solms. Der Ehe sind zwei Söhne entsprossen. Er ist am 1. Oktober 1881 als Fahnenjunker eingetreten und hat 1907 den Abschied erhalten. Der Anklagevertreter verliest sodann den Anklagebeschluß. Graf Hohenau ist danach hinreichend verdächtig, mit einem Manne widernatürlichen Umgang gehabt zu haben. Graf Lynar, gegen den die Untersuchungshaft angeordnet ist, wird drei selbständiger Handlungen beschuldigt. Er soll im Jahre 1904 einen Untergebenen unter Mißbrauch der Dienstgewalt zu einer Forderung gezwungen haben, die in keiner Beziehung zu dienstlichen Angelegenheiten stand, nämlich ihm ein Bein zu massieren. Im Jahre 1906 soll er seinen Burschen tätlich beleidigt haben, indem er ihn zu wollüstigen Zwecken berührte, im Jahre 1907 soll er unter Anwendung seiner Dienstgewalt einen Untergebenen aufgefordert haben, seinen Vorgesetzten zu belügen. Außerdem ist am 13. Januar 1908 gegen Graf Lynar noch eine Ergänzungsklage erhoben worden. Danach soll er 1903 oder 1904 seinem Burschen gegenüber seine Dienstgewalt mißbraucht haben, indem er denselben unter verdächtigen Umständen umarmte.

Im Anschluß an die Verlesung des Anklagebeschlusses beantragte der Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Grünwald den

Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Die Begründung für den Antrag wolle er in nichtöffentlicher Sitzung geben. Der Gerichtssaal muß hierauf geräumt werden von Publikum und Presse. Nach Wiedereröffnung der Verhandlung verkündet der Verhandlungsführer Kriegsgerichtsrat Matschke: Das Gericht hat beschlossen.

die Oeffentlichkeit während der ganzen Verhandlung auszuschließen,

und zwar wegen Gefährdung militärdienstlicher Interessen und wegen Gefährdung der Sittlichkeit. Das Gericht hat beschlossen, den Wirkl. Geh. Kriegsgerichtsrat Wolff vom Kriegsministerium, den Kriegsgerichtsrat Dr. Selle und einen weiteren militärischen Vertreter zuzulassen, ebenso die beiden Stenographen.

Das weitere Publikum muß darauf den Gerichtssaal räumen. Die Verhandlungen werden drei Tage dauern. Da der Ausschluß der Oeffentlichkeit auch begründet ist mit Gefährdung militärdienstlicher Interessen, so verbietet sich nach der neueren Auslegung der Gesetzesbestimmungen jede Mitteilung aus dem Gang der Verhandlung.

Parlamentarisches.

Die Wahl als Geschäft.

Die Wahlprüfungskommission beendete gestern zunächst die Prüfung des Protestes gegen die Wahl des Nationalliberalen Dr. Arning im Wahlkreise Nienburg-Stolzenau, setzte aber den Beschluß über die Gültigkeitserklärung aus, bis die Referenten nach den bisher gefaßten Beschlüssen das rechnerische Ergebnis festgestellt haben.

Dann begann die Kommission mit der Nachprüfung der famosen Wahl im Wahlkreise Memel-Heydekrug. Die vom Reichstage in der Vorprüfung beschlossenen Erhebungen sind ausgeführt worden und unterlagen der Kommission zur Beurteilung. Auf Grund der Erhebungen und Vernehmungen steht fest, daß der gewählte Millionär Schwabach, nationalliberal, seine Wahl durch reiche „Spenden" zustande gebracht hat. „Auf Geld kommts nicht an", so sagte er nach der Angabe der vernommenen Zeugen, und er hat „armen Leuten, die ihn auf der Straße anredeten, Geld gegeben". Die Konservativen, die bisher den Kreis beherrschten, und zwar durch einen knauserigen Terrorismus, haben die Schwabachsche Geldwahl damit zu stigmatisieren gesucht, daß durch sie amerikanische Wahlunsitten eingeführt würden. Aber die bis jetzt geprüften Ergebnisse der Erhebungen bestätigen die Protestbehauptungen, daß Wahlbestechungen und Stimmenkauf vorgekommen seien, nicht. Indes, die Wahlmache des Millionärs ging soweit, den geworbenen und gutbesoldeten Wahlagitatoren eine Tantieme von zweitausend Mark versprechen zu lassen, wenn sie für ihn 2000 Stimmen bei der Hauptwahl mehr aufbrächten, als 1903 für den freisinnigen Kandidaten abgegeben worden waren; denn dann konnte Herr Schwabach sicher auf seine Stichwahl rechnen. Ganz soviel Stimmen brachten aber seine Wahlmacher nicht zusammen, darum kürzte Schwabachs Wahlmarschall, Generalsekretär Dr. Kippen, die Tantieme auf 280 M. Die Splendidität versagte also in diesem Falle trotz des Wortes: „Auf Geld kommts nicht an." —

Ferner ergaben die Erhebungen, daß der Oekonomiekommissar Schumacher in Begleitung der Moorvögte Groth und Krause Wahlagitation betrieb und daß im Vorraum seines Amtslokals ein Wahlaufruf für Schwabach auslag! Diese Art amtlicher Wahlbeeinflussung ist damit festgestellt.

Die weitere Prüfung wurde vertagt.

Einlauf.

Aus dem Reichstag:

Statistik der Reichstagswahlen von 1907.

Denkschrift über die **wissenschaftlichen und künstlerischen Unternehmungen**, die aus Titeln des Etats für das Reichsamt des Innern gefördert werden.

Berechnung der nach dem Reichshaushaltsetat für 1908 zur Deckung der Gesamtausgabe des ordentlichen Etats aufzubringenden Matrikularbeiträge.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus:

Drucksachen des Landeseisenbahnrats, enthaltend Vorlagen und Mitteilungen des Ministers der öffentlichen Arbeiten.

Soziales.

Drei Wochen Gefängnis für ein Arbeiterleben!

In den berühmten Solnhofener Lithographiesteinbrüchen wird häufig in der unverantwortlichsten Weise gegen die minimalsten Anforderungen des Arbeiterschutzes gesündigt. Die tiefen Brüche sind durch wackelige Geländer geschützt, die Laufbrücken und Aufzugvorrichtungen sind die reinen Mausefallen. In dem Steinbruch auf dem Hummelberg brach im vorigen Sommer eine solche Brücke, auf der mittels sogenannter Schnappkarren beständig Schutt und Steine befördert werden, zusammen, während sich gerade zwei Gespanne auf der Brücke befanden. Ein Arbeiter wurde getötet, einer schwer und zwei leicht verletzt. Die Brücke war erst ein Jahr alt. Schon im Frühjahr 1907 hatten die Arbeiter auf ihre gefährliche Verfassung aufmerksam gemacht, es wurde jedoch nichts unternommen, um den lebensgefährlichen Zustand zu beseitigen. Das Landgericht Eichstätt verurteilte die beteiligten sieben Steinbruchbesitzer wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung zu je drei Wochen Gefängnis.

Ein Triumph des § 253.

In der gerichtlichen Malträtierung der Arbeiterbewegung durch Auslegung des **Erpressungsparagraphen** hat jetzt auch die Strafkammer zu **Hannover** sich betätigt. Sie verurteilte zwei Steinsetzer wegen versuchter „Erpressung" zugunsten ihrer Verbandskasse zu **14 Tagen Gefängnis**. Der Fall lag so: Die beiden hatten einen Kollegen namens **Mahn**, der 1904 wegen Nichtzahlung seiner Beiträge aus dem Steinsetzerverband ausgeschlossen werden mußte, wiederholt versucht zu bewegen, wieder dem Verbande beizutreten. M. sollte ein „Neugeld" von 8 M. zahlen und dafür gleich seine alten Rechte wieder erlangen. Dabei war der Ausdruck gefallen, wenn er, Mahn, der Organisation nicht wieder beitrete, so könne es kommen, daß im Frühjahr niemand mehr mit ihm arbeiten wolle. Dadurch war nach Ansicht des Gerichts der Tatbestand der **versuchten Erpressung** „begründet". Das Eintrittsgeld, das sonst nur 55 Pf. betrage, sei auf 8 M. festgesetzt, weil es **dem Verbande nicht gleichgültig sei, ob er 8 M. oder 55 Pf. erhalte!** Die Angeklagten hätten, ohne ein Recht zu haben, von M. den Wiedereintritt in den Verband zu fordern, diesen Zweck durch Drohung erreichen wollen.

Wir haben die Erpressungsjudikatur gegen die Gewerkschaften immer für eine phantastische Ausgeburt klassenstaatlicher Rechtsprechung erachtet. Das Phantastische oder richtiger das sozial Unverständige dieser Art Judikatur liegt in der Unterstellung, als stände die **Gewerkschaft**, deren alleiniger Zweck die organisierte Interessenvertretung der Arbeiter einer Berufsklasse ist, dem beitragleistenden Mitgliede als „ein **Dritter**" im Sinne des § 253 gegenüber, dem es auf die **Beiträge** an sich, als persönlichem Vermögensvorteil, ankomme . . . Solche Einfälle sind natürlich im Ernste nicht diskutierbar und nur traurig bezeichnend für das tiefe Unverständnis des Staatsjuristen in allen sozialen Dingen. Wenn es aber überhaupt einen Arbeiter gibt, der mit seinem Gewerkschaftsbeitrag keinem anderen als nur sich selber einen „Vermögensvorteil" verschafft, so war es der Steinsetzer mit dem von ihm verlangten Eintrittsgeld von 8 M. Denn mit der Zahlung dieses Beitrages, der nur einen Teil der rückständigen Beiträge bildet, erwarb M. materielle Vorteile, die den Wert von 8 M. weit übersteigen. Während er bei Zahlung des gewöhnlichen Eintrittsgeldes von 55 Pf. eben als neues Mitglied gegolten hätte, also vor Ablauf einer jahrelangen Karenzzeit keine Unterstützungsansprüche hätte stellen können, trat er mit dem „Neugeld" von 8 M. sogleich wieder in den Vollbesitz seiner alten Rechte. Ein Beweis, daß die Organisation, weit entfernt, einen „widerrechtlichen Vermögensvorteil" für sich zu suchen — um eine solche Annahme einmal als möglich zu unterstellen —, tatsächlich nur ihrem ehemaligen Mitgliede den Wiedereintritt erleichtern wollte. Weil die Hannoversche Strafkammer von den fleischgewordenen sozialen Vorurteilen und Abneigungen der besitzenden Klasse verhindert wird, diese so einfachen Dinge so aufzufassen, wie sie tatsächlich liegen, werden zwei brave und ehrliche Arbeiter ins Gefängnis zu Erpressern und Einbrechern geworfen; wenn das Reichsgericht dieses ungeheuerliche Urteil der gelehrten Richter billigen sollte.

Aus Industrie und Handel.

Die Spekulation in Baumwolle.

Im Vorjahre haben die europäischen Baumwollinteressenten den — ersten ernsteren — Versuch gemacht, die Mängel in der Rohstoffversorgung zu bekämpfen. Selbstverständlich nicht aus dem Bedürfnisse zärtlicher Fürsorge für die Textilsklaven, sondern weil infolge der unerhörten und unausgesetzten Preisschwankungen sowie infolge der oft künstlichen Materialzurückhaltung der Profit der Unternehmer sehr stark beeinträchtigt wird. Man wollte sich an Ort und Stelle überzeugen, wie die Dinge auf den amerikanischen Baumwollplätzen liegen und eine bessere Verbindung zwischen den Farmern, Händlern und Verbrauchern herzustellen suchen. Der Gedanke war gut, denn die europäische Baumwollindustrie hängt zum weitaus größten Teil von den amerikanischen Märkten ab, und das Verhältnis zwischen Produzenten, Händlern und Verarbeitern war längst einer Regelung bedürftig. Dazu kam es nun nicht, weil die amerikanischen Farmer und Händler kein Interesse daran haben, ihren europäischen Abnehmern die Tributpflicht zu erleichtern — konnten doch diese nicht einmal hinsichtlich der Saatauswahl, der Packung und Entfernung zuverlässige Verbesserungen erzielen; aber es scheint, daß sich die europäischen Fabrikanten trotz des Widerstandes der Amerikaner zur Selbsthülfe aufraffen wollen. Was auf den vorjährigen Kongressen in Wien und Atlanta nicht gelang, wird vielleicht auf dem diesjährigen, für den 1. Juni nach Paris einberufenen Kongresse gelingen. Der Ausschuß des internationalen Kongresses, welcher am 6. Januar 1908 in Manchester tagte, beschloß eine Resolution, worin dem Vorschlage der österreichischen Interessenten, von Europa aus zu leitende Baumwollplantagen in den Vereinigten Staaten anzukaufen, zugestimmt wird. Die europäischen Industriellen erblicken darin das wirksamste Mittel, um die in der Baumwollversorgung eingerissenen Zustände zu bessern und die als zweckmäßig erkannten Reformen zu verwirklichen. Ob die europäischen Spinner und Fabrikanten die Sache mit jener Zähigkeit verfolgen werden, die notwendig ist, um die geriebenen Yankees zu Konzessionen zu veranlassen, ist allerdings noch sehr fraglich.

Die Arbeiterschaft der Textilindustrie kann nur wünschen, daß die Bestrebungen der Industriellen auf dem Gebiete der Baumwollversorgung von Erfolg begleitet sein mögen. Wenn diese ihre Energie, die sie sonst an den Arbeitern auszutoben pflegen, gegen die Verteurer der Baumwolle spielen lassen werden, dann ist ein Erfolg nicht zweifelhaft. Sie werden sich freilich dann abgewöhnen müssen, den Arbeitern bei jeder Lohnforderung die teuren Rohstoffpreise entgegenzuhalten.

Für die laufende Kampagne wird es übrigens der Industrie nicht an dem nötigen Quantum Rohstoff fehlen können. Zwar haben nach der Verlautbarung des Washingtoner Zensusbureaus bis 31. Dezember vorigen Jahres erst 9 955 000 Ballen Baumwolle die Entkernungsanstalten passiert, somit um 16 Proz. weniger als im Jahre 1906. Aber die amerikanischen Spinner haben auch infolge der durch die Krise eingetretenen Betriebseinschränkungen keinen so starken Bedarf wie in den Vorjahren.

Rentabilität im Großgewerbe.

Die Großindustrie hat für das Jahr 1907 eine noch höhere Vergütung des Anlagekapitals erzielt als im Jahre 1906. Wenigstens ergibt sich das auf Grund der schon vorliegenden Abschlüsse und Dividendenschätzungen, die sich zusammen auf ein Aktienkapital in Höhe von 2,93 Milliarden Mark beziehen. Im Vorjahre verfügten die nämlichen Aktiengesellschaften über ein nominelles Kapital von 2,85 Milliarden Mark und verteilten eine Dividendensumme von 302,27 Millionen Mark, was einer Verzinsung von 10,58 Proz. entsprach. Im Jahre 1907 sollen auf das etwas höhere Kapital 320,05 bis 325,24 Millionen Mark Dividende verteilt werden; das macht auf je 100 Mark 10,91—11,09 Prozent.

Seit 1895 ist kein Jahr zu verzeichnen, das auf das Nominalkapital berechnet eine so hohe Durchschnittsdividende ergeben hätte, wie das letzte Jahr. Selbst das Jahr 1900 dürfte hinter 1907 zurückbleiben. Seit 1895 stellte sich die Dividendenziffer wie folgt:

	Berücksichtigtes Gesamtkapital	Berechnete Dividendensumme in Millionen Mark	Dividendenziffer in Prozent
1895 . . .	1 576,02	115,57	7,34
1896 . . .	1 695,19	152,47	8,89
1897 . . .	1 766,72	164,68	9,32
1898 . . .	1 748,34	171,80	9,82
1899 . . .	2 649,14	263,55	9,94
1900 . . .	2 513,31	275,53	10,96
1901 . . .	2 374,22	189,47	7,98
1902 . . .	2 433,88	161,57	6,64
1903 . . .	2 511,72	180,88	7,20
1904 . . .	2 509,18	216,15	8,61
1905 . . .	2 689,28	255,85	9,51
1906 . . .	2 855,53	302,27	10,58
1907 . . .	2 932,18	320,05—325,24	10,91—11,09

Die chemische Industrie hat im Jahre 1906 auf ein Nominalkapital von 177,12 Millionen Mark eine Dividende von 30,85 Millionen Mark verteilt, 1907 auf ein Kapital von 181,12 Mill. eine solche von 31,15—31,42 Millionen Mark. 1906 brachten also 100 M. 17,42, 1907: 17,20—17,35 M. Verzinsung. Nächst der chemischen Industrie rentierten sich die Porzellan-, Glas- und Steingutfabriken am besten. Auf ein Kapital von 36,95 Millionen Mark entfallen für 1907 5,48—5,75 Millionen Mark Dividende oder 14,82—15,56 Proz., während es im Vorjahre 15,19 Proz. waren. An dritter Stelle folgen die Bergwerks- und Hüttenwerke. Das hier berücksichtigte Aktienkapital beläuft sich für 1907 auf 1,09 Milliarden Mark. Auf dieses ist eine Dividendensumme von 129,18—131,76 Millionen Mark angesagt, was einer Verzinsung von 11,83—12,06 Proz. entspricht. 1906 wurden auf ein Aktienkapital von 1,06 Milliarden Mark 122,38 Millionen Mark oder 11,57 Proz. verteilt. Auch die Zement-Ziegelfabriken und Kalkbrennereien schließen gut ab, obwohl die Bautätigkeit im Jahre 1907 viel zu wünschen übrig ließ. Bei einem Kapital von 100,15 Millionen Mark sollen 11,64—12,08 Millionen Mark Dividende = 11,62—12,01 Proz. verteilt werden, während es im Vorjahre auf 96,90 Millionen Mark 11,88 Proz. Rente gab. Die Metallindustrie zeigt gegen das Vorjahr eine Abschwächung. Auf ein Kapital von 170,92 Millionen Mark werden 19,16—19,49 Millionen Mark als Dividende ausgeschüttet, was einer Verzinsung von 11,20—11,40 Proz. entspricht. 1906 stellte sich die Dividende bei den nämlichen Gesellschaften auf 11,53 Proz. Mit 11,11—11,28 Proz. Dividende für das Jahr 1907 schließen weiterhin die Papier- und Gummifabriken ab. Ueber 10 Proz. Dividende brachten schließlich noch die Eisenbahnbedarfs- und Maschinenbaugesellschaften. Während auf sieben Gewerbegruppen eine höhere Dividende als 10 Proz. entfällt, verteilen sechs unter 10 Proz. Beinahe 10 Proz. hat diesmal das Textilgewerbe erreicht, das 1906 erst auf 8,33 Proz. angelangt war. Für die Elektrizitäts- und Gasgesellschaften, die auf 644,48 Millionen Mark 60,90—61,14 Millionen Dividende angesagt haben, stellt sich die Verzinsung somit auf 9,45—9,49. Im Vorjahre hatte die Dividende 8,42 Proz. betragen. Im Brauereigewerbe haben Gesellschaften mit 163,95 Millionen Mark Kapital eine Dividende von 15,52 Mill. Mark oder 9,47 Proz. erzielt, während im Jahre 1906 die nämlichen Gesellschaften 9,91 Proz. gebracht hatten. Etwas geringer ist die Dividende in der Zuckerindustrie. Auf 34,08 Millionen Mark kommen 2,80—2,95 Millionen Mark Dividende zur Ausschüttung, was eine Verzinsung von 8,49—8,65 Proz. ergibt. Im vorigen Jahre betrug die Dividende nur 7,14 Proz. Trotz der hohen Getreidepreise scheint sich die Geschäftslage der großen Mühlen gebessert zu haben. Denn für sie verzeichnen wir eine Dividende von 6,21—6,42 Proz. gegen 3,48 im Vorjahre. Die Bau- und Terraingesellschaften schütten auf ein Kapital von 102,66 Millionen Mark 3,26—3,35 Millionen Dividende oder 3,15—3,23 Proz. aus gegen 4,58 Proz. im Vorjahre.

Aus der Frauenbewegung.

Die Wahlrechtsfrage und die Frauen.

Die Koppenstraße zeigte am Dienstagabend wiederum das nun ja nicht mehr ungewohnte Bild einer polizeilichen Belagerung. Dichte Schutzmannsketten sperrten den Zugang am Grünen Weg wie an der Frankfurter Straße, sobald Freyers Festsäle, wo die

Genossin Zetkin über die Wahlrechtsfrage und die Frauen

sprechen sollte, voll von Frauen und Männern waren. Hunderte von bewaffneten, uniformierten und nichtuniformierten Hütern der Ordnung und des Klassenwahl-Unrechts waren aufgeboten, um den preußischen Klassenstaat und seine stärkste Stütze, das Dreiklassenwahlrecht, vor Schaden zu bewahren. Die gewaltigen Kriegsrüstungen der Polizei konnten natürlich nur dazu dienen, die Wirkung der Versammlung zu erhöhen und auch den Außenstehenden einen Begriff von der immer mehr anschwellenden Macht der Wahlrechtsbewegung zu geben.

Die Rede der Genossin Zetkin, über die wir noch berichten werden, war ein zündender Aufruf zum Kampf gegen die Dreiklassenschmach des preußischen Wahlrechts und für das allgemeine gleiche Wahlrecht auch der Frauen ohne Unterschied. Scharf und schneidend wandte sich die Rednerin gegen die unzuverlässigen und falschen Wahlrechtsfreunde im Bürgertume, sowie gegen alle Leisetreterei im Wahlrechtskampf, die von jenen Leuten und auch von anderer Seite dem Proletariat empfohlen wird. Treffend setzte sie auseinander, daß und warum sich die bürgerlichen Frauen nicht für ein wirklich allgemeines und gleiches Frauenwahlrecht begeistern können. Sie sind natürlich für ein Wahlrecht, das zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft dienen kann. Darum möchten sie ein Damen-Wahlrecht. Das wäre aber nicht etwa ein Schritt auf dem Wege zum allgemeinen Wahlrecht, sondern vielmehr ein Hindernis. Nach einer gründlichen Kritik all der falschen und lauen Wahlrechtsfreundschaften kam die Rednerin zu dem Schluß, daß das Proletariat im Wahlrechtskampf, der ein Klassenkampf ist, sich auf nichts als seine eigene Kraft verlassen kann und diesen Kampf mit allen zweckmäßigen Mitteln führen muß. Durch lebhafte Zustimmung gaben die Anwesenden zu erkennen, daß sie mit dieser Auffassung vollständig einverstanden sind. Und als die Rednerin in diesem Zusammenhang den Massenstreik erwähnte, als sie ausführte, daß jeder mit seiner ganzen Person eintreten müsse und dabei auch das Wort gelte: „Das Leben ist der Güter höchstes nicht", da brauste allgemeiner Beifall durch den Saal. Sorgen wir dafür, daß der große Moment auch ein großes Geschlecht findet, das imstande ist zu brechen, was sich nicht biegen will. Sei in der Macht, und du wohnst im Recht! Mit diesen Worten schloß der Vortrag unter brausendem Beifall.

Die Versammlung nahm dann einstimmig diese Resolution an:

„Die in Freyers Festsälen am 21. Januar versammelten Frauen und Männer erklären:

Das Fortbestehen der preußischen Dreiklassenschmach in einer Zeit, wo auch in dem letzten Hort des Absolutismus, in Rußland, das Volk in einem langen heroischen Kampfe seine Ketten bricht, ist ein Schlag ins Gesicht den millionenköpfigen proletarischen Massen Deutschlands. Die schmachvolle Wahlentrechtung des arbeitenden Volkes ist in Wahrheit der Ausdruck nicht nur der junkerlichen Reaktion, sondern auch nicht minder der nackten Klassenherrschaft der Bourgeoisie, die ihre schoflen Geldsackinteressen durch den Schutzwall des politischen Wahlmonopols vor dem drohenden Ansturm der Ausgebeuteten retten und verewigen will.

Angesichts der Blockpolitik, durch die sich der bürgerliche Liberalismus zum Werkzeug der Reaktion prostituiert hat, verdienen seine kläglichen Scheingefechte gegen das Dreiklassenwahlrecht nur Hohngelächter der proletarischen Massen. Die männliche und weibliche klassenbewußte Arbeiterschaft Preußens ist sich deshalb vollkommen klar, daß sie nur durch eine selbständige proletarische Massenaktion sowohl gegen das Junkertum und den preußischen Halbabsolutismus wie gegen die verrottete scheinliberale Bourgeoisie das preußische Wahlunrecht wie alle anderen Formen der Klassenherrschaft niederzwingen kann.

Das Proletariat Preußens fühlt sich in diesem Kampfe aufs engste verbunden mit dem heldenhaften Proletariat Rußlands, dessen weltgeschichtliche Tat — der Beginn der Revolution in Petersburg am 22. Januar — sich gerade jetzt zum dritten Male jährt."

Zum Schluß warnte die Vorsitzende die Versammelten vor etwaigen Provokationen und vor unlauteren Elementen, die sich vielleicht hier und da versteckt hielten. Beim Verlassen des Saales sah man die uniformierte und nichtuniformierte Polizei in verstärkten Massen. Arbeit gab es jedoch nicht für sie, abgesehen davon, daß sie sich veranlaßt fühlte, hier und da zum Weitergehen aufzufordern.

Die englische Liga der Arbeiterinnen hat auf ihrer dritten Jahreskonferenz in Hull erklärt, daß die konservative sowohl als auch die liberale Partei das Vertrauen der Arbeiterinnen vollständig verloren hätten. Viele Rednerinnen traten energisch für die Sozialdemokratie ein. Die Arbeiterpartei sandte einen Vertreter zu der Konferenz, der die Versicherung gab, daß die Partei für gleiche Rechte der Frauen mit den Männern eintrete.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, [illegible] Fahrstuhl [illegible] wochentäglich von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

H. W. 70. Der Bußtag ist von Kirche und Staat auf verschiedene Tage festgelegt. In Preußen, wo er in verschiedenen Provinzen auf verschiedene Tage fiel, ist er durch das Gesetz vom 12. März 1898 auf den Mittwoch vor dem letzten Trinitatis-Sonntag verlegt. — **H. K. 10.** 1. und 2. Nein. — **K. H. Z.** Leider nein. — **A. Breslau. 99.** Der Vater haftet nicht. — **M. K. Fr. 2.** Uns nicht bekannt. — **Augsburger Straße 59, 60.** 1. Ihre Schwester kann wegen der Gründe, die sich in den letzten sechs Monaten vor Aufstellung der Ehescheidungsklage ereignet haben, die Ehescheidung mit Erfolg insbesondere wegen Ehebruchs betreiben. 2. Etwa 100 M. Ihre Schwester sollte sich das Armenrecht bewilligen lassen. 3. Zunächst muß Ihre Schwester beim Amtsgericht Sühnetermin nachsuchen. Dann reicht sie das Gesuch um Bewilligung des Armenrechts ein.

W. A. 75. Schöneberg, Hauptstraße 84. — **W. 11.** Die Schankkonzession kann versagt werden, wenn gegen den Nachsuchenden Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß er das Gewerbe zur Förderung der Völlerei, des verbotenen Spiels, der Hehlerei und der Unsittlichkeit brauchen werde. Eine solche Tatsache kann in einer Bestrafung liegen. — **F. G. 41.** Es ist eine weit verbreitete, aber durchaus

trige Annahme, daß ein Vertrag einseitig innerhalb 24 Stunden aufgehoben werden könne. Ein zweiseitiger Vertrag, auch ein Mietsvertrag kann nur mit Zustimmung beider Teile oder wegen Vorliegens bestimmter Gründe aufgehoben werden. — **H. L. 40.** Ja. — **B. J. 100.** Versuchen Sie es mit dem Verein der Wohlfahrtspflege Unter den Linden 16, Hof III. — **A. J. 41.** 1. Die Entlassung ist zulässig. 2. Die auswärts wohnenden Heimarbeiterinnen gehören nach der herrschenden Ansicht nicht zur Berliner Kasse. — **Lina 1000.** Setzen Sie sich mit einer Speditionsfirma in Verbindung. — **G. 72.** 1. Ja, aber auf Antrag an die Armendirektion würde wohl die Schwester einen Teil ersetzt erhalten. 2. Die Armendirektion hat ein Recht auf das Ganze, weil auch die Verpflegung im Krankenhause als Armenunterstützung gilt. — **W. Sch. Gomarchstraße 7.** 1. und 2. Nein. — **G. 100. Rummelsburg.** Eine Anfechtung hätte keine Aussicht auf Erfolg. — **1002.** Es ist möglich, daß die Staatsanwaltschaft gegen beide das Verfahren eröffnet. In Ihrer Ehescheidungsklage erscheint es ratsam, Berufung einzulegen. — **E. L. 112.** Den Staatsangehörigkeitsausweis müssen Sie dem Polizeipräsidium mit dem Antrag überreichen, nunmehr Ihrem Antrag auf Aufnahme in den preußischen Staatsverband stattzugeben. — **Wettende Schleifer 98.** Aus der Fähigkeit, elektrische Einwirkungen auszuhalten, ist ein allgemeiner Rückschluß auf die Stärke der Nerven nicht möglich. — **Betrogener Erbe 300.** 1. Die Beerdigungskosten sind von den Erben gemeinsam zu tragen. 2. Nein. 3. und 4. Kommt keine Einigung in Güte zustande, so können Sie gerichtliche Teilung erwirken. 5. 1 Monat. — **A. F. 7.** 1. Leider ja, falls der Schaden durch Ihre Schuld entstanden ist. 2. Eine bestimmte Anzahl Ausgehzeiten sieht das Gesetz nicht vor. — **A. S. 61.** Grundsätzlich lehnen wir ab, bestimmte Geschäfte zu empfehlen. Wir stellen Ihnen anheim, ein Inserat aufzugeben. — **O. H. W. 50.** Leider steht Ihrer Schwägerin ein Recht auf Invalidenrente nicht zu. — **R. P. 26.** Nach dem Gesetz ist der Sohn nur soweit zur Unterstützung seiner hilfsbedürftigen Eltern verpflichtet, als er hierzu ohne Beeinträchtigung seines eigenen standesgemäßen Unterhalts in der Lage ist. — **Z. 100.** Ein Recht, einen Bericht zu verbieten, steht der Betreffenden nicht zu. Wenn sie aber am Tage der Gerichtsverhandlung die Zeitungen um Nichtnennung ihres Namens ersucht, so wird, falls nicht besondere Umstände entgegenstehen, dem Gesuch sicher stattgegeben. — **H. K. 77.** 1. Ein Armenrecht gibt es für solche Fälle nicht. Werden die Kosten nicht bezahlt, so verfällt leider das Patent. 2. Wenn der Inhalt der Police nicht entgegensteht, ja. Sie können jedenfalls durch Vereinbarung mit der Versicherungsgesellschaft erwirken, daß die Versicherungssumme an Sie gezahlt wird. — **A. B. 23.** Sie können die Umschreibung auf Ihre Tochter mit Zustimmung der Lebensversicherungsgesellschaft vornehmen. — **M. W. 1908.** Jetzt können Sie dem Kinde keinen Vornamen mehr geben. Sie hätten bei der Geburtsanmeldung mehrere Vornamen geben können. — **K. G. 76.** 1. und 2. Nein. — **D. I.** Die Aufbewahrung und Verzinsung des Geldes ist auf der Sparkasse am sichersten. — **P. D. 333.** Solche Leichenwagen können angefertigt und verwendet werden. — **Margarete F. 17.** 1. Sie haben Anspruch auf das Monatsgehalt, abzüglich der Krankengeldkosten. 2. Ihre Kündigungsfrist beträgt, da nichts anderes vereinbart ist, vierzehn Tage. — **M. H. 841. Rein.** — **C. K. 21.** Falls in Ihrem Mietsvertrag die Haftung des Vermieters für den Fall eines Brandunglücks ausgeschlossen sein sollte, können Sie leider nichts erreichen, sonst können Sie auf Schadensersatz klagen. Von der Miete den Schaden abzuziehen, ist nur dann ratsam, wenn die Aufrechnung gegen die Miete nicht (wie in den meisten Verträgen hier üblich) ausdrücklich ausgeschlossen ist. — **A. E. 37.** Nach der herrschenden Rechtsprechung ja. — **F. M. 55.** Soweit ersichtlich, ist der Anspruch aus den beiden ersten Karten verjährt. Betragen die später geklebten Marken 200, einschließlich der Krankenzeit, so steht Ihnen eine Invalidenrente für vorübergehende Erwerbsunfähigkeit nach Ablauf der 26. Woche zu. — **J. B. 66.** Sie dürfen das einbehaltene Bett nicht verkaufen. Sie können nur Ihre Forderung durch Klage geltend machen und dann Pfändung in die einbehaltenen Sachen vornehmen.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Beelitz, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freiexemplaren sofort ihre Adresse einsenden, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 23. Januar.

Anfang 7½ Uhr.
Königl. Opernhaus. Samson und Dalila.
Königl. Schauspielhaus. Die Rabensteinerin.
Deutsches. Die Räuber.
Kammerspiele. Hochzeit. (Anfang 8 Uhr.)
Lessing. Kaiser Karls Geisel.

Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Judith.
Lustspielhaus. Panne.
Lortzing. Das Glöckchen des Eremiten.
Berliner. Blaubart.
Neues. Baccarat.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Kollege Crampton.
Schiller Charlottenburg. Philister. Die Lore.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Madame Sans Gêne.
Westen. Ein Walzertraum.
Theater an der Spree. Hokuspokus.
Komische Oper. Tiefland.
Kleines. Mandragola.
Zentral. Frau Warrens Gewerbe.
Residenz. Bibi.
Luisen. Wallensteins Tod.
Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.
Thalia. Immer oben auf.
Bernhard Rose. Die arme Mieze.
Bürgerl. Schauspielhaus. Zwischen zwei Herzen.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Hymack. La belle Alexia. Gentes.
Folies Caprice. Mal was andres. Dunkle Punkte. Eine anständige Frau.
Gebr. Herrnfeld. Papa und Genossen.
Kasino. Die Freuden der Häuslichkeit.
Wintergarten. Robert Steidl. Spezialitäten.
Parodie. Nachtasyl. Tannhäuser. Monna Vanna.
Passage. Rudolf Mälzer. Spezialitäten.
Borussia-Variété. Ackerstr. 6/7. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Carl-Haverland-Theater. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Theater 8 Uhr: Kairo und die Pyramiden. Hörsaal 8 Uhr: Professor Rathgen: Kalium und seine wichtigsten Verbindungen.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.
Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters.
Abends 8 Uhr:
Blaubart

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Baccarat.
Hierauf:
Maud Allan: Vision der Salome.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Mandragola.
Freitag: Der Unsichere.
Sonnabend: Mandragola.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Marie Magdalene. Abends: Mandragola.

Theater des Westens.
8 Uhr: **Ein Walzertraum.**
Operette von Oskar Straus.
Sonntag nachm. 3½ Uhr halbe Preise: **Die lustige Witwe.**

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Madame Sans Gêne.
Anfang 8 Uhr.
Freitag, Sonnabend: König Heinrich.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtasyl.
Abends 8 Uhr: Madame Sans Gêne.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Panne.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Kairo und die Pyramiden.
Hörsaal 8 Uhr:
Prof. Rathgen: Kalium und seine wichtigsten Verbindungen.

Lortzing-Oper.
Belle-Alliance-Straße 7/8.
Abends 8 Uhr:
Das Glöckchen des Eremiten.
Freitag abend 7½ Uhr: Die Zauberflöte.
Sonnabend 8 Uhr: Das Glöckchen des Eremiten.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr zum 2. Male:
„Bibi."
Schwank in 3 Akten von de Gorsse und de Marsan.
Deutsch von R. Schönau.
Direktion: Richard Alexander.
Sonntag, den 26. Januar, nachm. 3 Uhr: **Haben Sie nichts zu verzollen?**

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.
Freitag: Erziehung zur Ehe.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Max und Moritz. Abends: Zirkusleute.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Wallensteins Tod. Abends: Des Mädchens Lebenswege.
Montag: Ein gastliches Haus. Hierauf: Er muß taub sein.

Theater an der Spree
Köpenickerstr. 68, dicht am Bahnhof Jannowitzbrücke
Täglich 8 Uhr:
„Hokuspokus"
Neueste Berliner Gesangsposse.
(Ausverkauft bis Sonnabend incl.)

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurterstr. 132.
Die arme Mieze
von R. Matull.
Anfang 8 Uhr. — Wochentagspreise.
Freitag: Der Hüttenbesitzer.

Metropol-Theater
Anfang präzise 8 Uhr.
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
G. Thielscher, F. Massary, B. Darmand, Bender, Giampietro, Josephi etc.
Rauchen gestattet.
Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

Apollo Theater
Abends 8 Uhr:
La belle Alexia, die Königin des Tanzes.
Walzerwahn von Mary u. Alfred Marquard.
Siegwart Gentes in seiner Opernprobe.
Hymack, der Mann mit den Handschuhen.
Die 3 goldenen Jungfrauen.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47—49.
Donnerstag, den 23. Januar 1908:
Der Fechter v. Ravenna.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Halm.
Nach der Vorstellung:
Großer Ball.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

WINTER GARTEN
Neues Programm.
Ruth Vincent
Gesangskünstlerin.
Kaufmann-Truppe
reizende Radfahrkünstlerinnen.
Rochez Affen
Der Affe als Kapellmeister.
Robert Steidl
der beliebte Humorist, und viele andere erstklassige Spezialitäten.

Gebr. Herrnfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Abends 8 Uhr:
Papa
und
Genossen.
Sonntag nachmittags 3 Uhr bei halben Preisen:
Endlich allein!
und
Der Fall Blumentopf

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20. Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr:
Das große Programm.
Die erste Sensation im neuen Jahr:
Der Kraftjongleur Acosta.
14 elektrische Sterne musikalisch Ausstattungsball.
Mestrum, Komiker.
Prolongiert! Prolongiert!
12 Akrobaten Lorch 12.
46 Variétékünstler.
Tunnel: Bockbierfest. Regimentskapelle, Tiroler Schrammeln.
Theaterbesuchern freier Eintritt.

Buggenhagen
Moritzplatz im Theatersaal täglich:
Albert Böhme
und das
großartige Januar-Programm.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Im unteren Konzertsaal täglich die allerersten Militär-Kapellen: Becker, Przybarski, Görisch, Neumann, Offenerg, Lüttich.

Borussia Variété-Theater und Festsäle
Inh.: J. Leschkowski.
Ackerstraße 6–7.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Auftret. v. 15 Künstler-Spezialit.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant:
Bockbierfest mit groß. Militär-Konzert.

Inventur-Ausverkauf
Ausergewöhnlich billige und gute Einkaufsgelegenheit
— Besonders billig —
950 Liftboy- u. Paletot-Kostüme
aus prima Tuch in neuen Farben 20, 30, 40, 50 M. früher 50—120 M.
aus besten englisch. Stoffen 10, 15, 20, 30 M. früher 25-90 M.
Auch für starke Damen reichhaltige Auswahl.
Garnierte französ. Kleider. Trauerkleider
Ball- und Gesellschafts-Kleider
in hübschen kleidsamen Fassons von 12 M. an.
2000 Kostümröcke

Seide u. Sammet	prima Satintuch	feinstes Tuch	englische Stoffe
13⁵⁰, 18, 25, 36	8⁹⁰, 12, 20, 30	18, 24, 30, 40	3, 5, 10, 15
früher 25—60 Mark	früher 15—55 Mark	früher 27—75 Mark	früher 8—25 Mark

Letzte Neuheit! Faltenröcke mit eingewebten Bordüren.
Ball- u. Theaterblusen in Tüll, Spachtel, Seide u. Wolle v. 5.50 an
Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.
12 Schaufenster. 2 Häuser vom Dönhoffplatz.

Bekanntmachung.

Der nach langwierigen Verhandlungen mit den zuständigen Behörden festgesetzte neue Tarif für die Teilstrecken der Pferdeomnibusse, zu dessen vorläufiger Annahme wir uns trotz schwerer Bedenken auf dringendes Anraten des Herrn königlichen Polizeipräsidenten entschließen mußten, hat große Unzufriedenheit im Publikum hervorgerufen. Die Klagen richten sich gegen die komplizierten Einrichtungen bei Ausgabe der Fahrscheine, gegen die Aenderung der Teilstrecken sowie dagegen, daß für die letzteren Einzelfahrscheine nicht mehr ausgegeben werden. Diese Klagen, die zu nicht geringem Teil als berechtigt anerkennen müssen, sind nicht nur durch die Presse und in mündlichen und schriftlichen Aeußerungen, sondern auch durch einen empfindlichen Rückgang des Verkehrs zu unserer Kenntnis gebracht worden. Wir haben uns daher der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß trotz des erst kurzen Bestehens des neuen Tarifes schleunigst Aenderung geschaffen werden muß. Eine anderweite Festsetzung des Tarifes, zu welcher die Behörden wohl die Hand bieten dürften, würde zu lange auf sich warten lassen. Wir haben uns daher im allseitigen Interesse für verpflichtet gehalten, soweit es in unserer Macht steht, ohne Verzug selbst eine Revision des Tarifes vorzunehmen.

Den Wünschen unserer Fahrgäste nachgehend, sollen schon zum 1. Februar versuchsweise folgende Aenderungen in Kraft treten:

1. Der für fünf Fahrten geltende Fahrschein wird unter Fortfall des (vornehmlich statistischen Zwecken dienenden) Kontrollscheines durch ein Heft mit fünf austrennbaren Fahrscheinen ersetzt, die nur einmal zu lochen sind.

2. Die Teilstrecken werden zum Teil so wieder hergestellt, wie sie vor dem 1. Januar 1908 waren, oder doch günstiger als jetzt für das Publikum reguliert. Beispielsweise werden folgende Teilstrecken festgesetzt werden:

Linie 1 „Kottbuser Brücke — Spittelmarkt",
„ 3 „Marheinekeplatz — Jerusalemer Straße (Ecke Kochstr.)",
„ 9 „Potsdamer Ringbahnhof — Werderscher Markt",
„ 9 „Mohrenstraße (Ecke Kanonierstr.) bis zur Börse",
„ 15 „Warschauer Straße — Holzmarktstraße (Ecke Laugestr.)",
„ 18 „Kreuzberg — Friedrichstraße (Ecke Kochstraße)",
„ 19 „Wilsnacker Straße (Ecke Turmstr.) — Brandenburger Tor",
„ 23 „Brunnenstraße (Ecke Voltastr.) — Hackescher Markt",
„ 32 „Andreasstraße (Ecke Breslauerstr.) — Reichenberger Straße (Ecke Grünauer Straße)",
„ 45 Chausseestraße (Ecke Invalidenstr.) — Müllerstraße (Ecke Gerichtstraße)".

Außerdem sind auf einzelnen Linien auch Verlängerungen von Teilstrecken vorgenommen, die über den Zustand vor dem 1. Januar 1908 hinausgehen.

3. An Stelle des Doppelfahrscheines zu 15 Pf. wird ein Einzelfahrschein zu 7 Pf. eingeführt. Die damit verknüpfte Verwendung von Kupfergeld halten wir zwar nach wie vor — insbesondere aus betrieblichen Gründen — für einen Mißstand, müssen aber nach der uns kundgewordenen Stimmung des Publikums annehmen, daß derselbe lieber in den Kauf genommen wird, als der Mangel eines Einzelfahrscheins.

Durch diese Maßnahmen zeigen wir, wie sehr wir bestrebt sind, den Wünschen unserer Fahrgäste soweit als irgend möglich — sogar unter Verzicht auf Einrichtungen, welche in unserem Interesse zweckmäßig erscheinen — Rechnung zu tragen. Wir hoffen, daß das Publikum dies anerkennen und sich uns in dem früheren Maße wieder zuwenden wird.

Berlin, den 22. Januar 1908.

17142 **Allgemeine Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft.**

Zirkus Schumann
Heute Donnerstag, den 23. Januar, abends 7½ Uhr:
Vorzügliches Programm u. a.: 3 Elrados hervorragende Leistung.
Klein Family mit dem urkomischen Neger.
Um 9½ Uhr zum 32. Male, Ende 11 Uhr:
Das Tagesgespräch von Berlin:
Amerika
z. Z. der Sklaverei u. Trachten von 1861—1863.
Richter Lynch:
Das Fleddern eines Hammeldiebes.
Das Bad
der widerspenstigen Neger.
Rauh-Reiter
Mandver auf import. Maulteren.

XIII. Saison.
Zirkus Busch
Donnerstag, den 23. Januar 1908, abends 7½ Uhr präzise:
Gala-Vorstellung. Auftr. des Herrn Kommissionsrat Gustav Stensbeck, Direktor des Berliner Totterfalls als Gast. The Kromo Family, 10 Personen. Miß Ella, Tanzseilkünstlerin. Bros. Clarkonianka aus Amerika! Das Phänomenalste auf d. Gebiete der Luftgymnastik! Ferner: Herr Ernst Schumann, Reuderesuren. Frl. Estelle Préval, Schulreiterin.
Um ca. 10 Uhr: Auf der Hallig! Gr. Ausst.-Pant. d. Zirkus Busch in 4 Bildern. Vorher: Gala-Progr.

Kasino-Theater.
Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Hanni weint — Hanni lacht
Operette in 1 Akt v. Jacques Offenbach.
Hierauf das neue bunte Programm.
Die Freuden d. Häuslichkeit.
Lustspiel in 3 Akten v. M. Hennequin.
Sonntag 4 Uhr: Biederleute.

Parodie-Theater.
Dresdenerstr. 97. Anfang 8 Uhr.
Zum 5. Male:
Nachtasyl.
Zum 82. Mal:
Tannhäuser. Monna Vanna.

F. Happoldt's Neuer Konzertsaal.
Donnerstag:
Operetten-Abend
Leitung: Graf.

Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer Straßburgerstr. 1.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Kollege Crampton.
Komödie in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Hexenkessel.
Hierauf: **Jungfer Immergrün**
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Hexenkessel.
Hierauf: **Jungfer Immergrün**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Philister.
Lustspiel in 3 Aufz. v. Joh. Wiegand.
Hierauf: **Die Lore.**
Komödie in 1 Akt v. O. E. Hartleben
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Gebildete Menschen.

Schiller-Saal (Schiller-Theater Charlottenburg)
Freitag 9 Uhr: Vortrag von Dr. James Simon: **Gustav Mahler.**
Erläutert durch Instrumentalmusik.

Biogr.-Theater „Westend" Charlottenburg, Potsdamerstr. 11.
Neu! Elegant! Interessant!
Täglich Vorstellung von 5—11 Uhr.
Sonntags von 3—11 Uhr.
Steiger Eingang von Neuhelten.

Deutsche Konzerthallen,

An der Spandauer Brücke 3.

Täglich

Deutsch-Amerikanischer Urbock-Trubel.

Freie Volksbühne

Freitag, den 24. Januar, 8½ Uhr:

24. (IV.) Abend-Abteilung: **Luisen-Theater:** **Erziehung zur Ehe.**

Neue Mitglieder werden in allen Zahlstellen aufgenommen.

Gastkarten a 1 Mark
in allen Zahlstellen und im Theater bei dem Obmann.

Sonntag, den 26. Januar, nachm. 3 Uhr:

Berliner Theater 1./2. Abteilung: **Ledige Leute.**

Neues Schauspielhaus 6./7. Abteilung: **Iphigenie auf Tauris.**

Mittwoch, den 29. Januar 1908, abends 8½ Uhr:

Generalversammlung

im **Gewerkschaftshause.**

Zutritt haben nur Mitglieder gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Tagesordnung: **Vortrag** Herr Dr. David über: **Das moderne Schul- und Bildungsideal.**
Geschäfts- und Kassenbericht, Bericht der Revisoren, Diskussion und Verschiedenes.

☞ **Zahlstelle 13** befindet sich jetzt im Zigarrengeschäft von **Lohaus,** Thaerstraße 63, Ecke Frankfurter Allee.

210/4 **Der Vorstand.** In Vertr.: G. Winkler.

Allen Freunden, Bekannten und Genossen hiermit die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Großmutter

Pauline Langfeldt
geb. **Schlegel**

nach langen schweren Leiden sanft entschlafen ist.

Um stilles Beileid bittet
Wilhelm Langfeldt nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. d. M., nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. 26715

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichlichen Kranzspenden bei dem Hinscheiden meiner lieben unvergeßlichen Frau

Anna Zimmermann
geb. Jahns

sage ich allen Verwandten, Bekannten, Kollegen und Kolleginnen der Norddeutschen Gummiwerke und der Firma **Ernst Jacob** sowie dem Lotterieklub „Niete" meinen innigsten Dank.

26726 **Paul Zimmermann.**

Danksagung.

Hiermit sage ich allen Freunden und Bekannten für die herzliche Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes, des Gastwirts

Hermann Sommer

meinen innigsten Dank. 17122

Frau Sommer.

Für die innige Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, besonders meinen Kollegen, dem Arbeiterpersonal der Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. in Pankow, sage ich hiermit im Namen der Hinterbliebenen herzlichen Dank.

Pankow, den 23. Januar 1908.

Karl Kocioleck.

Trianon-Theater. Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette — meine Frau.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Cyprienne.**

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am 18. d. M. verstarb unser Mitglied, der Arbeiter

Helmut Block

Stargarderstr. 18.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 2½ Uhr, von der Halle des Gethsemane-Kirchhofes in Nordend aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

224/10 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter

Helmut Block

am 18. Januar 1908 gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute nachmittag 2½ Uhr von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen-Nordend aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

111/1 **Die Ortsverwaltung.**

Berliner Radfahr- Arbeiter-Verein.
Mitgl. des Arb.-Radfahrerbundes „Solidarität".

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse

Helmut Block

(6. Abt.) verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute nachmittag 2½ Uhr von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Nordend aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand**

Verband der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands
Zahlstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Am Montag, den 20. d. Mts., verstarb unser Mitglied

Friedrich Fischer

Thaerstr. 21.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.

63/1 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

Joseph Sadecki

am 20. Januar verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Pius-Kirchhofes in Hohen-Schönhausen aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

78/6 **Die Ortsverwaltung.**

Den Genossen, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser guter Vater, Großvater und Schwiegervater, der frühere Schlosser 17132

Theodor Schneider

Schöneberg, Hohenstaufenstr. 8 am 21. Januar im 81. Lebensjahre sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet Freitag, den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Matthias-Kirchhofes, Marienderf aus statt.

Familie Georg Schneider
Berlin, Treskowstraße 60.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschl.
Verwaltungsstelle Berlin u. Umgeg.

Todes-Anzeige.

Am 20. Januar verstarb das Mitglied

Louis Vogel.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. d. M., nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Zions-Kirchhofes, Nieder-Schönhausen-Nordend, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

145/4 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Theater.
Gastspiel des Hebbel-Theaters.
Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in 4 Akten von Bernh. Shaw.

Wir empfehlen unseren Lesern folgende

Neuerscheinungen:

Alkoholfrage und Sozialdemokratie
von Emanuel Wurm.
Preis 30 Pf.

Vereinsrecht und Polizei.
Eine Denkschrift gegen die Verpreußung und Verschleppung des deutschen Vereins- u. Versammlungsrechts.
Preis 2 M.

Sozialdemokratische Flugschriften.
IV.
Die Sozialdemokratie und die technischen Angestellten in Industrie und Gewerbe, Bergbau, Schiffahrt u. Landwirtschaft. Preis 10 Pf.

Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften
von **Adolf Braun.**
Broschiert 75 Pf., geb. 1 M.

Geschichte des Sozialismus in Frankreich
von **Paul Louis.**
Preis brosch. 2,50 M., geb. 3 M.
245/4*

Die Philosophie Spinozas
von J. Stern.
Dritte, stark verbesserte Auflage.
Preis brosch. 1,50 M., geb. 2 M.

Expedition des „Vorwärts"
Berlin SW. 68
Lindenstr. 69. Laden.

Neue Freie Volksbühne

Sonntag, den 26. Januar cr., abends 8 Uhr, in der Königlichen Hochschule für Musik, Hardenbergstraße, auf vielseitigen Wunsch:

Wiederholung der beim Winterfest so beifällig aufgenommenen

Singspiele und lebenden Lieder

unter Mitwirkung der Damen **Olga Orsella** (Figaro-Theater); **Vera Rembrandt** (Figaro-Theater; **Darja Mißezko** (Lortzing-Oper); **Elise Fröhlich,** Konzertsängerin; **Viola Palma,** Opernsängerin; **Gertrud Mangelsdorff, Valentine Marion, Lissie Marholm, Gisela Dibbern, Marie Kaiser** und der Herren **Alfred Goltz** (Stadttheater in Leipzig); **M. Halporn,** Opernsänger; **Rudolf Lange,** Tenor-Buffo.

Künstlerische Leitung: Fräulein **Hedwig Rossin-Rosenfeld.**

Billetts für Mitglieder a 60 Pf., für Gäste 80 Pf. sind an allen Zahlstellen sowie an der Geschäftsstelle, Bremer Straße 54/55, zu haben.

150/2 **Der Vorstand, J. A.: H. Nekt.**

Achtung!!!
☞ **Vorstenland** ☜
zweite Länge Vollblatt, per Pfd. 1,40 M.
St. Felix Brasil,
hochfeine Qualität, gestreckte Blätter, reines Umblatt, per Pfd. 1,30 M. 296/16*
Hamburger Rohtabak-Haus
Filiale: Berlin N., Brunnenstr. 190.

1707L*

Nur einmal jährlich!

Zum Inventur-Räumungspreis!

Eine Partie **imit. Smyrna Teppiche**

ein farbenprächtiges Gewebe in echt orientalischen Mustern

90×165 cm	M. 4,85	(Wert	6,50)
130×195	„ „ 8,25	„	11,50)
160×230	„ „ 12,75	„	17,50)
200×300	„ „ 18,00	„	24,00)
250×350	„ „ 28,75	„	36,00)
300×400	„ „ 39,00	„	48,00)

Pass. Bett- und Pult-Teppiche Stück 1,75, 2,25 u. 3,00 Mark.

Nach auswärts per Nachnahme.

Teppich-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882:
nur **Oranienstr. 158.**
Habe nirgends Filialen!
Inventur-Extraliste
billiger Sonderangebote
☞ **gratis u. franko.**

Zentralverband der Maurer Deutschlands
Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.

Achtung! **Putzer!** Achtung!

Sonnabend, den 25. Januar 1908,
in Freyers Festsälen, Koppen-Straße 29:

Winter-Vergnügen (Stralauer Fischzug).

Billetts a **50 Pf. inkl. Tanz** sind zu haben im Bureau, Sophienstr. 6, sowie bei den Obleuten und in den Bezirkslokalen. 133/3

Anfang 8 Uhr. **Ende???**

Hierzu ladet alle Kollegen freundlichst ein **Der Vorstand.**

1000 wertvolle Geschenke!

für die Leser d. „Vorwärts".

Jeder, der bei uns einen 10 Pfund Emaille-Eimer **Pflaumenmus franko** für Mk. 2.65 oder einen 10 Pfund-Emaille-Eimer künstlich. **Honig franko** für Mk. 3.25 oder 8 Pfd. feinste — **Delikateß-Margarine** — in 1 Pfd.-Stücken **franko** für Mk. 5.— bestellt, **erhält ein wertvolles Geschenk.**

Keine Nebenkosten.

Schreiben Sie sofort, da nur 1000 Geschenke für die Leser des „Vorwärts" ausgesetzt sind. 292/12

Versand-Gesellschaft Magdeburg 90, Postfach 171.

Palast-Theater
Burgstraße 24.
☞ **Heute 8 Uhr** ☜
☞ **Entree 20 Pf.** ☜
Gastspiel von
Baronesse Andrikonoff
mit ihrer Hundemeute.
Serenissima im Variété
verfaßt von
Dr. Fritz Friedmann.
Dazu der
Januar-Riesenspielplan.

Theater Folies Caprice
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Berlins Tagesgespräch!
Mal was Anderes.
Revue in 3 Bildern.
Dunkle Punkte.
Eine anständige Frau.
Anfang 8 Uhr.

Gustav Behrens-Theater.
Berlin W., Goltzstr. 9.
Das glänz. Januar-Programm.
Die berühmte Jahnke-Kompagnie,
Zahnathleten ohne Konkurrenz.
☞ **Vater und Sohn.** ☜
Volksstück mit Gesang.
Außerdem: **16 Spezialitäten.**
Jeden Abend: Duskes Kinematograph.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5½ Uhr.
Jeden Sonnabend nachmittag 3½ Uhr:
Große Kinder-Vorstellung.
10, 20 und 30 Pf.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Gill. Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung!
Othello, der Mohr von Venedig.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Freitag: **In der Irre.**
Sonnabend: **Geschlossen.**

Sanssouci Kottbuser Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Heute sowie jed. Sonntag und Montag:
Hoffmanns Nordd. Sänger
u. **Tanzkränzchen.**
Hochinteressantes Progr.
Aktuelle Schlager!
Beg. Sonnt. 5, Wochent. 8 U.

Passage-Theater.
Abends 8—11 Uhr:
Rudolf Mälzer
15 erstklassige Nummern 15.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Schlacht am Schiffbauerdamm

wird von einem Teil der bürgerlichen Presse selbstverständlich wieder in einer Weise dargestellt, die sichtlich darauf berechnet ist, sich der Polizei gefällig zu erweisen. So ziemlich obenan steht diesmal die brave „Morgenpost“, die in edler „Parteilosigkeit“ den Hergang fast so schildert, wie wenn eigentlich nur Uniformierte ernstlich verletzt wären und das Zivilistenpack vergleichsweise glimpflich davongekommen sei.

Ueber die Polizeiattacke auf den Theaterneubau sagt die „Morgenpost“: „Von dem Theaterneubau am Schiffbauerdamm wurden Ziegel gegen die Schutzleute geschleudert, die nun blank zogen.“ Und weiter unten erzählt sie treuherzig: „Einige Schutzleute hatten sich, als vom Bau des Operettentheaters Ziegelsteine heruntergeworfen wurden, rasch auf den Bau begeben, um die Täter festzunehmen. Es wurde angeordnet, daß die Arbeit sofort eingestellt werden solle und alle Arbeiter den Bau verlassen sollten.“ Fehlt nur noch der Zusatz, die auf dem Bau beschäftigten Arbeiter seien von den Schutzleuten in bekannter Höflichkeit freundlichst gebeten worden, diesmal früher als sonst Feierabend zu machen.

In Wirklichkeit hatten die Polizeimannschaften längst blank gezogen und hieben schon erbarmungslos auf die Menge ein, ehe sie noch ihr Augenmerk auf den Theaterneubau richteten. Dieser interessierte sie erst, als Fliehende sich in ihn hineinretteten. Mit geschwungenen Säbeln stürzten sie hinterher. Die Behauptung, daß von hier aus mit Steinen geworfen worden sei, ist für die bürgerliche Presse ein erwünschter Grund, das Eindringen der Polizei in dieses Grundstück zu motivieren. Da drinnen wurde natürlich nicht lange gefackelt. „Ihr Hunde habt uns mit Steinen geschmissen!“ schrie einer der säbelschwingenden Ordnungshüter — und hageldicht fielen die Hiebe auf die Arbeiter nieder. Widerstand wurde von den Arbeitern nicht geleistet; nur ihrer Besonnenheit ist es zu danken, daß es hier nicht zu einer regelrechten Schlacht kam. Schließlich gebot ein Polizeioffizier Feierabend — nicht für die Schutzleute, sondern für die Arbeiter. Er befahl dem Polier, zu pfeifen und in 10 Minuten mußte der Bau geräumt sein.

Schwerer ist es von den Vorgängen auf der Straße ein zutreffendes Bild zu machen. Sicherlich wäre es überhaupt zu gar keinem Zusammenstoß gekommen, wenn nicht die Polizei von beiden Seiten zugleich gegen die Menge vorgerückt wäre. War das Absicht — oder erklärt es sich nur aus einer Unfähigkeit der hier kommandierenden Polizeioffiziere, die zweckmäßigen Anordnungen zu treffen? Warum wurde der Zug überhaupt erst in den Engpaß des Schiffbauerdamms zwischen Marschallbrücke und Kronprinzenbrücke hineingelassen, wenn man ihm den Durchmarsch nicht gestatten wollte? Ausgerechnet in dieser Uferstraße, die überraschend an die Friedrichsgracht erinnert, begann die Schlacht — ausgerechnet hier, wo für eine etwaige Flucht in die angrenzenden Häuser nur die eine Straßenseite in Betracht kam.

Ueber die Wut, mit der auf der Straße die Schutzleute um sich hieben, werden Einzelheiten gemeldet, die geradezu entsetzenerregend sind. Seit wann hat die Polizei das Recht des Waffengebrauchs gegen Personen, die vor ihr fliehen? Sogar Leute, denen man ohne weiteres ansehen mußte, daß sie völlig unbeteiligt waren, sollen ebenso mit dem Säbel bearbeitet worden sein wie die fliehenden Teilnehmer des Zuges.

Der Schuß, der am Schiffbauerdamm gefallen sein soll, wird natürlich wieder den „Demonstranten“ aufs Konto gesetzt. Selbst von offiziöser Seite war zunächst gemeldet worden, es sei nur ein Feuerwerkskörper losgeknallt. Erst hinterher ist ein Schuß daraus geworden, und auch die Kugel ist diesmal gleich gefunden worden — im Mantelkragen eines Berittenen. Wann wird man melden, daß alle Pistolen der Polizeimannschaften „untersucht und in Ordnung befunden“ worden seien? Nach der Schlacht an der Friedrichsgracht wurde das sofort hinausposaunt, diesmal aber läßt man uns länger darauf warten. Dem „Berliner Tageblatt“ hat ein Augenzeuge mitgeteilt, während der Attacke sei „der Revolver eines der berittenen Schutzleute explodiert.“ Der „Lokalanzeiger“ weiß es natürlich besser. Er berichtet, einer der verwegensten Burschen habe den traurigen Mut besessen, einen Achtmillimeter-Revolver abzufeuern. Also wirklich ein Schuß — und wieder mal eins, der „sehr gelegen“ krachte.

* * * *

Inzwischen hat sich zu der Kugel auch schon der Revolver gefunden. Eine Korrespondenz, die den „Demonstrationszug“ als Ausfluß einer nicht zustande gekommenen Anarchistenversammlung hinstellt und die Teilnehmer als „lichtscheues Gesindel“ bezeichnen zu dürfen glaubt, meldet folgendes:

„Der Revolver, mit welchem auf die Schutzmannschaft geschossen wurde, ist gestern, Mittwoch, mittags gegen 2 Uhr, hinter einem Bauzaun des Neubaues Schiffbauerdamm 25 von einem Arbeiter gefunden und der Polizei übergeben worden. Es ist eine Waffe neuerer Konstruktion, zu welcher die Kugel, die in dem Mantelkragen des getroffenen Schutzmannes aufgefunden wurde, genau paßt.“

Na, endlich!

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 26. d. Mts., abends 6 Uhr, in der Lebensquelle, Kommandantenstr. 20: Versammlung mit Frauen. Nachher: Geselliges Beisammensein und Tanz. Eintritt mit Garderobe und Tanz 20 Pf.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Zeuthen. Die Parteigenossen werden dringend ersucht, einer wichtigen Angelegenheit wegen heute, Donnerstag abend 8 Uhr, im Bezirkslokale zu erscheinen. Der Bezirksführer.

Neuenhagen, Bruchmühle, Eggersdorf, Petershagen und Fredersdorf. Am Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 4 Uhr, bei A. Wünsche, Neuenhagen, Bahnhofstraße: Generalversammlung des Wahlvereins mit folgender Tagesordnung: Bericht der Funktionäre, Diskussion, Neuwahl und Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Bezirk Waidmannslust. Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 4 Uhr findet in Waidmannslust im „Schweizerhäuschen“ die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, Neuwahl desselben, Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung, Stellungnahme zur Bezirkseinteilung, Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Arbeitsloseninterpellation im Rathause.

Von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion ist folgender dringliche Antrag an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet worden:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: den Magistrat aufzufordern, schleunigst Maßnahmen zu ergreifen, um die zurzeit in Berlin herrschende Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu lindern.

Am Dienstag in der Koppenstraße.

Wenn in diesen Tagen ein Bewohner des Mars auf den Gedanken käme, dem Nachbarplaneten einen Besuch abzustatten und sich einmal die deutsche Reichshauptstadt anzusehen, dem würden vor Staunen die Augen übergehen. Durch die Straßen Berlins galoppieren berittene Schutzleute mit heruntergelassenem Sturmband, in der Faust die gezückte Klinge. Desgleichen Scharen von Polizeimännern zu Fuß, mit feuerspeienden Blicken und zornentstellten, grimmigen Gesichtern, nur den Kommandoruf abwartend, um sich auf die friedlich dahinziehenden Passanten zu stürzen. Hätte zum Beispiel der Marsbewohner am Dienstagabend gegen 6 Uhr seine Schritte nach der Koppenstraße hin gelenkt, so wären ihm die waffenstrotzenden Ordnungsmänner aufgefallen, die in ungezählter Menge überall verteilt harrten und mit unheilwitternden Mienen die Fußgänger fixierten. Und wäre es dem Fremdling von unserer Nachbarwelt gar eingefallen, eine Sekunde stehen zu bleiben, vielleicht auch noch zu fragen, was dieser tragisch-komische Aufzug zu bedeuten habe, so hätte er jedenfalls sofort ein Dutzend kräftiger Polizeifäuste im Genick gefühlt, die ihn unter „sanftem“ Druck weiterbefördert hätten. Und hätte der gute Mann obendrein nicht den traditionellen Gehorsam eines in der preußischen Zucht gedrillten Rekruten gezeigt, so wäre ihm Gelegenheit geboten worden, eingehende Lokalstudien am Alexanderplatz vorzunehmen. Und warum dies alles? Weil in „Kellers Festsälen“ in der Koppenstraße eine Frau einen Vortrag über das preußische Wahlrecht hielt. Das wirkte erschütternd auf die Grundfesten des Junkerstaates. Als die Versammlung zu Ende war, nahm die Nervosität der bedauernswerten Beamten geradezu unheimliche Formen an. Dabei gingen die Teilnehmer still und gemessen nach Hause, nur ein Paar halbwüchsige Burschen, die auch täglich die Wache begleiten, pfiffen einige Male; eine Gewohnheit, die nun einmal durch die patriotischen Veranstaltungen, an denen sie mit unfehlbarer Sicherheit teilnehmen, und wobei sie das „jubelnde, enthusiastische“ Stammpublikum bilden, von dem die Hurrablätter dem Lande draußen begeistert berichten.

Als unsere Genossin mit einigen Bekannten auf die Straße trat und den gewaltigen Polizeiapparat erblickte, den sie unschuldigerweise in Bewegung gesetzt hatte, huschte ein halb humorvolles, halb mitleidiges Lächeln über ihr Antlitz. Diese Frau, mit den herzlichen, gewinnenden Umgangsformen, kommt aus dem gemütlichen Stuttgart, aus der schwäbischen Residenz, die, obgleich unsere Genossin Zetkin schon lange genug daselbst wohnt, heute noch ungefährdet besteht. Nicht einmal der rote internationale Kongreß konnte das schöne Schwabenländchen ins Wanken bringen, aber Berlin wackelt schon bei einem Vortrag übers Wahlrecht.

Uebrigens herrscht in den Reihen der Schutzmannschaft eine grimmige Erbitterung über den fast ununterbrochenen Dienst, da ihre übliche Ruhezeit schon seit Wochen aufs äußerste eingeschränkt ist. Das kann gut werden, wenn das so fort geht, und ein Ende ist nicht abzusehen; der Kampf wird zäh und unerschrocken weiter geführt werden. Steter Tropfen höhlt den Stein und einmal müssen alle Ketten brechen!

Ueber die Wirkung der Untergrundbahnen auf die Kanalisationsanlagen hielt der Stadtbaurat Krause in der letzten Sitzung der Kanaldeputation einen recht instruktiven Vortrag. Enorme Schwierigkeiten ergäben sich für die Verwaltung und außerordentlich hohe Kosten. Er erwähnte, daß die Hoch- und Untergrundbahn mit dem Plan umgehe, das seinerzeit als ein Meisterwerk der Ingenieurkunst bezeichnete Gleisdreieck wieder zu beseitigen. Dasselbe habe sich als ein Hindernis für den Schnellverkehr herausgestellt. An Stelle des Gleisdreiecks soll ein Bahnhof mit zwei Etagen erbaut werden, in welchen die Fahrgäste nach den verschiedenen Richtungen umsteigen können. Eine direkte Verbindung vom Osten nach dem Potsdamer Platz z. B. würde dann nicht mehr möglich sein. Um eine direkte Verbindung von West nach Ost, oder umgekehrt, sowie eine solche von West nach dem Potsdamer Platz zu ermöglichen, soll am Nollendorfplatz eine Linie nach der Motzstraße abgezweigt werden, die dann von dort mitten durch einen Häuserblock bis zur Potsdamer Bahn geht, dieselbe als Hochbahn überschreitet und Anschluß an die alte Linie nach Osten gewinnt. Auf diese Weise soll es möglich werden, einen Zweiminutenverkehr glatt durchzuführen.

Unendliche Schwierigkeiten findet die Nord-Südlinie der Stadt, nicht zum wenigsten beim Militärfiskus; vor allen Dingen durch die langsame Beantwortung aller Eingaben.

In dieser Beziehung leistet die Bureaukratie geradezu hervorragendes.

Das Projekt, die Wannseebahn mit der Stettiner Bahn zu verbinden, schwebt auch noch; dasselbe hat sich der Eisenbahnminister vorbehalten, dürfte aber, falls die Tunnelprojekte der Großen Berliner ausgeführt werden, gar nicht realisierbar sein. Die Weiterführung der Untergrundbahn vom Spittelmarkt nach dem Alexanderplatz ist vorläufig nicht möglich, da erst der Widerspruch der „Großen“ beseitigt werden muß, die gegen alle Hoch- und Untergrundbahn-Projekte Widerspruch erhebt, da ihr angeblich dadurch Konkurrenz gemacht würde.

Das neue städtische Projekt Moabit—Rixdorf, dürften die wenigsten Hindernisse finden, da nur Straßenland in Frage kommt, auch keine erheblichen Kanalumbauten erforderlich sind, obwohl dieselbe durchaus als Untergrundbahn gebaut werden soll.

Ganz andere Schwierigkeiten dürfte das Projekt der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Gesundbrunnen—Rixdorf, finden. Dasselbe ist als Konkurrenzprojekt gegen die Schwebebahn aufgestellt, geht als Hochbahn vom Gesundbrunnen bis zur Veteranenstraße, durchbricht genau in der Ecke das Grundstück des Warenhauses Greifenhagen und senkt sich dann zur Untergrundbahn. Die Kosten dieses Projektes betragen wegen der großen Schwierigkeiten nahezu hundert Millionen Mark.

Also Projekte überall, nur fahren kann man nicht; die heutigen Berliner müssen sehr alt werden, wenn sie die Durchführung erleben wollen.

Interessant ist auch die Mitteilung, daß die sogenannte offene Baugrube, wie in der Mohrenstraße, teurer ist, als die abgedeckte, wie in der Wallstraße.

Der neue Omnibustarif.

Seit dem 1. Januar ist der neue Tarif in Geltung, er hat schon zu vielen Unzuträglichkeiten geführt, so daß die Gesellschaft sich veranlaßt gesehen hat, schon wieder eine Aenderung eintreten zu lassen. Anstatt aber einfach zu dem früheren 5 Pfennigtarif zurückzukehren, soll vom 1. Februar an Stelle des jetzigen 30 Pfennigscheins ein Heft mit 5 heraustrennbaren Scheinen, die nur einmal gelocht zu werden brauchen, ausgegeben werden. Dann sollen aber auch für eine Teilstrecke wieder einzelne Fahrscheine ausgegeben werden. Der Preis ist auf 7 Pf. festgesetzt. Die Gesellschaft glaubt mit dieser „Reform“ den Wünschen des Publikums und der Angestellten Rechnung getragen zu haben, weil auch ein großer Teil der vorgenommenen Verkürzungen der Teilstrecken zurückgenommen oder gemildert werde. Wir können in dieser sogenannten Reform kein Entgegenkommen an das fahrende Publikum erblicken; auch die Angestellten sind hiervon nicht erbaut.

Soweit die Angestellten in Frage kommen, so erwarten diese von der Wiedereinführung des 5 Pfennigtarifs eine Verbesserung ihrer Lage. Es wird nämlich geklagt, daß seit Einführung des neuen Tarifs die Trinkgelder so gut wie fortgefallen sind; in Zuschriften an uns ist dies lebhaft zum Ausdruck gekommen. So sehr wir nun wünschen, daß die Angestellten ein anständiges Einkommen haben, wovon sie existieren können, so wenig würde uns dieser Grund veranlassen, der Wiedereinführung des 5 Pfennigtarifs das Wort zu reden; wir tun dies im Interesse des fahrenden Publikums. Wir halten es für unwürdig, die Angestellten auf Trinkgelder anzuweisen. Zu dieser Trinkgelderfrage wird uns vom Transportarbeiterverband folgendes geschrieben:

„Abgesehen davon, daß Trinkgelder demoralisierend wirken sowohl auf den Geber wie den Empfänger, kommen noch andere der Berücksichtigung werte Momente in Betracht.

Der Gesellschaft ist es möglich unter versteckten Hinweis auf die zu erwartenden Trinkgelder, Leute mit einem unter den heutigen Verhältnissen lächerlich gering erscheinenden Gehalt als Schaffner in Dienst zu stellen. Unter den Schaffnern selbst entwickeln sich infolge der Jagd nach den auf dem zuständigen Depot befindlichen „besten“ Linien wahre Konkurrenzkämpfe, und Denunziationen sowie Bestechungen sind Tür und Tor geöffnet. Fast jeder sucht sich so viel als möglich bei den maßgebenden Persönlichkeiten und zwar unter Zuhülfenahme von klingenden Münzen in Gunst zu setzen, um nur ja auf guten Linien fahren zu können. Leider wird nun dieses Verfahren von der Direktion nicht unterdrückt, wie ja auch die Verfügung beweist.

Werden von seiten der Organisation Versuche gemacht, die Angestellten zu organisieren, so sind die Schaffner nicht dafür zu haben mit dem Hinweis auf die guten Trinkgelder, dabei stets betonend, daß eine Organisation für sie keinen Zweck habe. Um nun aber auch die Kutscher usw. von der Organisation fernzuhalten, geben sich eine nicht geringe Anzahl der Schaffner als Spitzel her, auch in der Erwartung, daß der Herr Inspektor sie auf der „guten“ Linie läßt resp. versetzt. Die Denunziationen haben einen derartigen Umfang angenommen, wie sie nur noch im Betriebe der Großen Berliner Straßenbahn zu finden sind.“

Würden keine Trinkgelder gegeben, so heißt es weiter in der Zuschrift, würde die Organisationsarbeit unter dieser Arbeiterkategorie wesentlich erleichtert werden.

Doch das nur nebenbei. Solange die Gesellschaft auf ihrem jetzigen Standpunkt beharrt, wird sie weder beim Publikum noch bei den Angestellten Verständnis finden, noch wird sie sich selbst nützen.

Walderholungsstätten für Kinder

zu schaffen hat nun doch der Stadtverordnetenausschuß beschlossen, dem zur nochmaligen Beratung die im Plenum der Versammlung angefeindete Magistratsvorlage überwiesen worden war. Es gelang das aber nur auf Grund eines Vermittelungsvorschlages unserer Genossen, der dahin ging: „Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Magistratsvorlage mit der Maßgabe zu, daß in die Anstalt auch schwächliche und kränkliche Kinder Aufnahme finden, die auf Anordnung eines Arztes vom Unterricht befreit sind und daß die Anstalt mindestens 39 Wochen — dreiviertel Jahr — benutzt wird.“ Der Magistrat hatte mit Rücksicht auf die leichte Bauart einen Betrieb von 6 Monaten vorgeschlagen, während der 200 Knaben und 200 Mädchen Aufnahme finden sollten.

Ueber die Frage der Speisung hungernder Schulkinder

hat der Berliner „Verein für Schulgesundheitspflege“ in zwei Sitzungen verhandelt. Vor mehreren Wochen hatte dort der Berliner Schularzt Dr. Bernhard das Ergebnis einer Umfrage vorgetragen, die er unter Kindern seines Schularztbezirkes veranstaltet hatte. Und in einer zweiten Sitzung, die am Dienstag dieser Woche stattfand, wurde jener Vortrag ergänzt durch eine Diskussion, in der vor allem Herr Abraham, der Gründer und Leiter der Kindervollsküchen, über seine Erfahrungen berichtete.

Weder der Vortrag noch die Diskussion war für den Verein Anlaß genug, klar und unumwunden Stellung zu nehmen zu dieser für die Gesundheitspflege wie für das Schulwesen gleich wichtigen Frage. Die Herren und Damen, die da über die hungernden Schulkinder hin und herredeten, hätten der Sache mehr genützt, wenn sie durch eine offizielle Kundgebung des Vereins rückhaltlos sich dahin ausgesprochen hätten, daß die Stadtgemeinde nicht länger sich der Pflicht entziehen darf, auf die der letzthin im Rathause erörterte Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion sie hinweist. Durch eine entschiedene Stellungnahme in diesem Sinne hätte der Verein, dessen Mitglieder zumeist den Aerzte- und Lehrerkreisen angehören, vielleicht einen fördernden Einfluß auf die Entschließungen der Gemeindebehörden ausüben können. Er hat es aber vorgezogen, sich an einer bloßen Besprechung genügen zu lassen und nun abzuwarten, was der Magistrat für gut befinden wird.

Freilich war wohl das Material, das diesem „Verein für Schulgesundheitspflege“ vorgelegt wurde, von vornherein nicht sehr geeignet, für die Forderung eines schleunigen und nachdrücklichen Eingreifens der Gemeinde hier viele Freunde zu erwerben. Dr. Bernhard hat eine beträchtliche Zahl von Fällen festgestellt, in denen die Kinder mit nüchternem Magen zur Schule gekommen waren oder kein Schulfrühstück mitgebracht hatten, eine erhebliche Zahl auch solcher Fälle, in denen den Kindern um die Mittagszeit kein warmes Mittagessen gegeben wurde. Er ist aber der Meinung, daß mindestens der Mangel an Frühstück in der Mehrzahl der Fälle auf Nachlässigkeit entweder der Eltern oder der Kinder selber zurückzuführen sei. Wie er das festgestellt hat, daß tatsächlich Nachlässigkeit vorlag, das ist uns unklar geblieben. In seinem Vortrag hat er sich nicht darüber geäußert, ob er in die Wohnungen der betreffenden Kinder hineingegangen ist und persönlich sich über die häuslichen Verhältnisse der Familien informiert hat. Wenn z. B. eine Mutter, die durch Heimarbeit die Familie ernährt, bis nachts um 2 oder 3 Uhr arbeiten muß und dann am frühen Morgen sich nicht rasch genug aufraffen kann, um die zur Schule gehenden Kinder zu besorgen, dann läßt der Herr Schularzt sich von den betreffenden Kindern erzählen, Mutter sei nicht aufgestanden — und wieder wird eine Mutter unter die „nachlässigen“ eingereiht.

Herrn Dr. Bernhards Material hat übrigens noch einen anderen Mangel. Der Schularztbezirk, in dem er seit Jahren tätig ist und seine Umfrage veranstaltet hat, ist der Bezirk I. Dieser Bezirk liegt im Innern der Stadt; zu ihm gehören z. B. die Schulen in der Auguststraße, am Koppenplatz, in der Gipsstraße, Hinter der Garnisonkirche. Wir wissen, daß auch hier keine Kinder von Kommerzienräten und anderen bevorzugten Mitbürgern in den Gemeindeschulen sitzen. Aber zu den ausgesprochenen Arbeitervierteln gehört dieser Stadtteil doch nicht. Wenn mal in einem der Arbeiterviertel, wie wir sie in den Außenbezirken des Nordens oder des Ostens der Stadt haben, ein Schularzt ähnliche Erhebungen anstellen wollte, dann würde das Ergebnis wahrscheinlich noch viel schlimmer ausfallen. Aber es ist wohl möglich,

daß selbst das dem „Verein für Schulgesundheitspflege" noch kein Anlaß wäre, den Gemeindebehörden offen herauszusagen, was ihre Pflicht ist.

Neu geplant ist eine Zweiglinie der Hochbahn Alexanderplatz—Frankfurter Allee (Ringbahn), die eine Betriebslänge von nahezu fünf Kilometern haben wird; als Untergrundbahn soll sie bis zur Kreuzung der Großen Frankfurter Straße mit der Koppenstraße geführt werden und hier in einer Rampe auf der Mittelpromenade emporsteigen, sodaß sie hinter der Fruchtstraße in den Hochbahnhof „Memeler Straße" einmündet. Die Untergrundbahnstrecke würde danach etwa 2⅓ Kilometer lang sein und ebenso lang die Hochbahnstrecke bis zur Endstation. Die Bahn erfaßt wichtige Verkehrspunkte, so vor allem den Verkehr vom Landsberger Tor, vom Strausberger Platz und Frankfurter Tor; der Endpunkt im Osten gestattet einen bequemen Uebergang auf die Ringbahn. Es ist dies aber nur eine Teilstrecke einer der zum Gesamtnetz der Hochbahn gehörigen Linien; denn diese Zweigbahn soll später vom Alexanderplatz nach dem Norden der Stadt (Stettiner Bahnhof usw.) verlängert werden. Daher ist der viergleisige Bahnhof Alexanderplatz so angeordnet, daß die Frankfurter Gleise durch die Münzstraße (neben den Schönhauser Gleisen) fortgeführt werden können; beide würden sich an der Kaiser-Wilhelm-Straße unterkreuzen. Der Betrieb ist so gedacht, daß die von der Stammbahn im Westen kommenden Passagiere am Alexanderplatz umsteigen und auf die Ost- (später auch auf die zweite Nord-) Linie übergehen können.

„Die Arbeiter, das Mistzeugs!", so hatte der Journalist Döring, der dem Pastorenblättchen „Reich" dient, am Tage nach den Wahlrechtsdemonstrationen vom 12. Januar in öffentlichem Lokal sich geäußert. Im „Vorwärts" wurde das festgenagelt, aber vergeblich haben wir bisher im „Reich" nach einer Antwort gesucht, die etwa unsere Mitteilungen zu bestreiten wagte. Auch in Form einer „Berichtigung" hat dieser „Reich"-Döring sich bisher nicht geäußert. Dafür meldet sich aber jetzt der andere Döring, der Agitator des deutsch-nationalen Handlungsgehülfen-Verbandes, den wir als einen Bruder des erstgenannten Döring bezeichnet hatten. Herr Döring von den Deutsch-Nationalen schreibt uns: „Ich erkläre Ihnen hiermit, daß ich überhaupt keinen Bruder mehr habe, und daß ich in keinerlei verwandtschaftlichem Verhältnis mit dem von Ihnen gekennzeichneten Döring stehe." Fühlt der Deutsch-Nationale sich dadurch beleidigt, daß wir ihn irrtümlich für einen Bruder des „Reich"-Journalisten gehalten haben?

Ueber die Benutzung von Bahnhofsdroschken macht der Polizeipräsident folgendes bekannt: Nachdem ich auf den hiesigen Bahnhöfen besondere Standplätze für Kraftdroschken habe einrichten lassen, bringe ich zur öffentlichen Kenntnis, daß in Gemäßheit des § 78 Absatz 2 der Droschkenordnung vom 16. Februar 1905 die zum Gebrauch auf den Bahnhöfen bestimmten Marken der Kraftdroschken zwar die jetzt allgemein für Fahrpreisanzeigerdroschken vorgeschriebene Form behalten, daß ihre Farbe aber weiß (Weißmetall, vernickeltes Metall und dergleichen) sein soll. Die Marken der Kraftdroschken mit elektrischem Antriebe haben neben der Droschkennummer noch den Buchstaben E zu führen.

Die Marken müssen den bei meinem Verkehrskommissariat ausliegenden Mustern genau entsprechen. Die Bahnhofswachen haben Anweisung erhalten, Kraftdroschken, deren Marken diesen Mustern nicht entsprechen, von den Bahnhofsstandplätzen fortzuweisen.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Die Jahres-Generalversammlung fand am 19. Januar 1908 in den „Musiker-Festsälen", Kaiser-Wilhelm-Straße, statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der im Laufe des Jahres verstorbenen Sangesbrüder durch Erheben von den Plätzen ehrend gedacht. — Der Vorsitzende erläuterte sodann den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht. Hiernach betrug die Anzahl der Vereine 210 (gegen 201 in 1906), die Anzahl der Mitglieder 5638 (1906: 5177). Die Uebungsstunden waren im Durchschnitt besucht von 919 Sängern (1906: 786). In Berlin sind dem Bunde 109 Vereine angeschlossen, welche im Durchschnitt 27 Mitglieder aufweisen (1906: 126 Vereine = 24 Mitglieder). Anschließend hieran berichtete der Vorsitzende über die Tätigkeit des Vorstandes und erinnerte besonders an die mühevolle Arbeit, welche erwächst aus dem seinerzeit vom Ausschuß angenommenen Antrag, „die Vereinigung kleiner Vereine zu größeren Chören herbeizuführen". Er bedauerte das Bestehen so vieler kleiner Vereine besonders in den Arbeitervierteln, und sind es auch meistens diese, welche der Vereinigung, oft aus den nichtigsten Gründen, die größten Schwierigkeiten entgegenbrächten. Ein entschiedenes Vorgehen des Bundes sei in dieser Frage geboten, schon aus dem Grunde, um einer größeren Leistungsfähigkeit desselben, infolge der erhöhten Anforderungen an den Bund, die Wege zu ebnen, wozu aber in erster Linie die größeren Chöre berufen seien.

Es wurde den Vereinen empfohlen, sobald ihre Mitwirkung bei anderen Körperschaften gewünscht wird, bei Aufstellung der Programme darauf zu achten, daß der Gesang auch die ihm zukommende Stelle findet, um wirkungsvoll zu Gehör gebracht werden zu können. — Der erste Kassierer erläuterte hierauf den ebenfalls gedruckt vorliegenden Kassenbericht. Dieser schließt ab in Einnahme mit 7890,07 M. (1906: 6477,18 M.), in Ausgabe mit 5515,37 M. (1906: 5409,60 M.), so daß ein Bestand verbleibt von 2365,20 M. (1906: 1067,40 M.). Die Vorstandswahlen ergaben: 1. Vorsitzender: Jul. Meyer (Kreuzberger Harmonie); 2. Vorsitzender: Herm. Bartel (Männerchor 1905); 1. Kassierer: Aug. Seifrit (Kreuzberger Harmonie); 2. Kassierer: Emil Karg (Union); 1. Schriftführer: Max Siggelkow (Typographia); 2. Schriftführer: Otto Müller (Morgengrauen). — Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahm die Beratung des Statutenentwurfes des „Deutschen Arbeiter-Sängerbundes" ein. Der Entwurf hatte in seinem § 10 für jeden Sänger einen jährlichen Beitrag von 40 Pf. festgesetzt, welches einer Erhöhung des Berliner Bundesbeitrages von 100 Proz. gleichkam. Hiergegen insbesondere hatte sich der Ausschuß im Interesse der einzelnen Vereine gewandt und zwecks anderweiter Vorschläge eine siebengliedrige Kommission mit der Durchberatung des Statuts, unter Berücksichtigung der Verhältnisse des „Berliner Arbeiter-Sängerbundes", beauftragt. Diese Kommission erstattete Bericht und gelangten die von derselben beantragten Aenderungen des Statutenentwurfes durchgehends zur Annahme. Danach soll nunmehr auf der Pfingsten 1908 in Köln stattfindenden Generalversammlung des „Deutschen Arbeiter-Sängerbundes" seitens der Berliner Delegierten dahin gestrebt werden, daß die bestehende lose Zentralisation, wie sie die bereits bestehende „Liedergemeinschaft der Arbeiter-Sängerbünde Deutschlands" aufweist, beibehalten wird; von einer monatlich erscheinenden Sängerzeitung soll in Anbetracht des Kostenpunktes abgesehen werden; die Anstellung eines besoldeten Sekretärs wird befürwortet; die Errichtung eines Liederverlages wird gutgeheißen; der pro Jahr und Sänger zu leistende Beitrag wird auf 5 Pf. festgesetzt. — Ein Antrag, eine Urabstimmung darüber herbeizuführen, „ob die Vereine resp. Mitglieder gewillt sind, für eine Zentralisation der Arbeiter-Sängerbünde einzutreten", wird abgelehnt. — Die Abstimmung über das Statut in der von der Berliner siebengliedrigen Kommission beantragten Fassung ergab die Annahme desselben. — Eine Beschwerde des Vereins „Freiheit" (Brandenburg a. H.) wegen nicht erfolgter Aufnahme wurde auf Vorschlag des Vorstandes dem Ausschuß zur Erledigung überwiesen; ebenso ein Antrag, „das Provinzial-Sängerfest in Luckenwalde abzuhalten".

Zeugengesuch. Personen, welche gesehen, wie am Freitag, den 17. Januar, ein durch die Oppelner bezw. Falckensteinstraße kommender Mann von einem Hunde attackiert wurde, diesen schlug und deshalb mit dem Besitzer des Hundes zusammengeriet und schließlich von einem Schutzmann sistiert wurde, werden um Abgabe ihrer Adresse gebeten an H. Klaecke, Falckensteinstr. 37.

Feuerwehrbericht. Gestern nachmittag wurde ein Knabe erwischt, der mutwilligerweise die Wehr alarmierte. Der Junge hatte den Feuermelder gezogen und war dann davongelaufen. Automobildroschken brannten in der letzten Nacht in der Rigaer Straße vor dem Hause Nr. 15 und in der Holzmarktstraße vor dem Hause Nr. 16. In beiden Fällen mußte die Feuerwehr kräftig Wasser geben, um die Flammen, die die Automobile einhüllten, zu löschen. In der Wusterhausener Straße 17 hatte der 5. Zug längere Zeit mit der Löschung eines Kellerbrandes zu tun. Der 3. Zug wurde nach der Oderberger Straße 37 gerufen, wo sich eine Frau Schrecker erhängt hatte. Wiederbelebungsversuche mit Sauerstoff waren erfolglos. Ferner hatte die Feuerwehr noch Brände in der Elbholzstr. 18 und anderen Stellen zu löschen.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Wo sind die Schutzleute? So manche Straße ist gegenwärtig vollständig verwaist, von Schutzleuten nämlich. Wer jedoch in der letzten Zeit beobachtet hat, wie an gewissen Stellen die Polizei zusammengezogen ist, der wundert sich nicht darüber, daß in den entlegenen Stadtteilen Spitzbuben und fragwürdige Elemente ihre Tätigkeit ungehindert entfalten können. Ein Abonnent unseres Blattes berichtet uns z. B., daß, als er in der Montagnacht um 12¾ Uhr von der Hermannstraße kommend in die Karlsgartenstraße einbog, plötzlich an der Ecke Wissmannstraße ein Schuß fiel. Im Anschluß hieran knüpft er die Bemerkung, daß in diesem ganzen Viertel nachts nie ein Schutzmannsposten zu sehen sei. Vor einem Jahre als in der Wissmannstraße ein Passant ohne jede Veranlassung aus dem Hinterhalt erschossen wurde, sei einige Zeit ein Doppelposten zu sehen gewesen. Derselbe wurde jedoch bald wieder eingezogen. Damals, so bemerkt unser Leser, war er der Auffassung, daß das Einziehen des Postens auf einen Mangel an Beamten zurückzuführen war, seit dem 12. Januar habe er indes diese Auffassung nicht mehr. Wir haben von jeher die Ansicht vertreten, daß anstatt ein Mangel, eher ein Ueberfluß an Polizeibeamten vorhanden ist. In dieser Auffassung sind wir durch die Vorgänge in den letzten vierzehn Tagen nur bestärkt worden. Was indes zu monieren wäre, ist, daß die Polizei eine vollständig verkehrte Auffassung über die Art ihrer Aufgaben hat. Anstatt daß sie sich zur Pflicht machte, jedem friedlich dahinziehenden Bürger an gewissen Stellen auf den Fersen zu sitzen und ganze Gegenden für den Verkehr zu sperren, sollte sie dafür sorgen, daß das Wohl und Wehe der Steuerzahler gewahrt wird. Der sein Recht heischende Staatsbürger erscheint der herrschenden Klasse und der Polizei eben weit gefährlicher als der lichtscheue Dieb und Verbrecher.

Das hiesige Gewerkschaftskartell hielt am Sonntag bei Hoppe eine Delegiertenversammlung ab. Genosse Schultz, der den Tätigkeitsbericht gab, berichtete auch über den Verlauf der Verhandlungen über den Anschluß des Kartells an die Berliner Gewerkschaftskommission, die mit Ausschußmitgliedern beider Korporationen stattgefunden haben. Er wies darauf hin, daß die Frage der Verschmelzung schon des öfteren in den Sitzungen des Kartells erörtert worden ist, man habe sich aber bisher nicht entschließen können, die Selbständigkeit aufzugeben. Die Vertreter des Ausschusses haben dessenungeachtet bei den Versammlungen sich für die Verschmelzung erklärt und sich verpflichtet, ihrer Erklärung gemäß zu wirken. Redner empfahl dann namens des Ausschusses den Anschluß an die Berliner Gewerkschaftskommission. Nachdem einige Redner für die Verschmelzung bezw. Anschluß eingetreten waren, wurde der Vorschlag des Ausschusses einstimmig angenommen. — Des weiteren beschäftigte sich die Sitzung mit den Vorarbeiten zu den Gewerbe- sowie Kaufmannsgerichtswahlen, ebenso nahm man Stellung zu den Protestversammlungen gegen den Reichsvereinsgesetzentwurf. — Die Wahlen zum Kaufmannsgericht finden dem Vernehmen nach am 28. Februar statt, die Gewerbegerichtswahlen am 8. März. Der Obmann des Kartells, Heinrich Schultz, wohnt jetzt Innstr. 9 I.

Charlottenburg.

Von einem Zuhälter niedergeschlagen wurde der Kutscher Kretschmann aus der Erasmusstraße. K. hatte gegen 10 Uhr abends seine Dienststelle verlassen und passierte, auf dem Wege nach seiner Wohnung begriffen, die Dovebrücke, als er dort von einem Mädchen angesprochen wurde. Der Kutscher gab eine ablehnende Antwort und ging ruhig seines Weges weiter. In demselben Augenblick sprang ein junger Mensch auf den nichts Ahnenden und versetzte ihm mit einem Schlagring mehrere so wuchtige Schläge auf den Kopf, daß der Ueberfallene zusammenbrach. Dann ergriff der Täter die Flucht und entkam. Passanten, die den K. bewußtlos auf der Brücke liegend fanden, brachten ihn nach der Unfallstation in der Berliner Straße 48a, wo dem Verletzten, der mehrere klaffende Kopfwunden erlitten hatte, ein Notverband angelegt wurde.

Eine Protestversammlung der Gastwirtsvereine Charlottenburgs nahm am Dienstag im Kaiser-Friedrich-Zelt, Berliner Straße, Stellung gegen die vom Magistrat geplante Einführung einer Schankerlaubnissteuer in Charlottenburg. Die Referenten Rau und Dr. Schoeps führten aus, der schon jetzt mit Steuern schwer belastete Gastwirtestand würde durch die neue Steuer dem Ruin entgegengeführt werden; außerdem sei eine Schankkonzessionssteuer ungesetzlich, weil sie der Gewerbeordnung widerspreche. Die Stadtverordneten Dr. Zander und Gebert erklärten sich entschieden gegen die Steuer. Einstimmig gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die Versammelten die von der Stadt Charlottenburg geplante Einführung einer Schankerlaubnissteuer entschieden verurteilen.

Die Zahlstelle Charlottenburg des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes wählte in der gut besuchten Generalversammlung die gesamten bisherigen Mitglieder der Ortsverwaltung wieder. In die Werkstatt-Kontrollkommission wurden die Kollegen Paul Müller, Tews, Körner, Fürschke, Liebig, Weinberg, Langisch, Storch und Eckmann gewählt. Nach längerer Diskussion über den bevorstehenden Gautag wurden die Kollegen Thunack und Storch als Delegierte zum Gautag ernannt.

Wilmersdorf.

In der gutbesuchten Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Kieser den Jahresbericht des Vorstandes. Laut diesem fanden statt 9 öffentliche und 9 Mitgliederversammlungen, 4 Landagitationstouren sowie 11 engere und 21 erweiterte Vorstandssitzungen. Bei den stattgefundenen 10 Flugblatt- und 7 Handzettelverbreitungen ist die Beteiligung der Genossen oft eine ungenügende gewesen. Die Bibliothek konnte im abgelaufenen Jahre wesentlich erweitert werden, es ist somit den Mitgliedern eine regere Benutzung derselben dringend zu empfehlen.

Der Kassenbericht vom vierten Quartal, den Genosse Goddäus gab, weist eine Gesamteinnahme von 636,27 M. und eine Ausgabe von 659,30 M. auf. An die Zentralkasse wurden 424,18 M. abgeführt. Der Speditionsbericht, der die Zeit vom 1. November 1906 bis 31. Dezember 1907 umfaßt, schließt mit einer Gesamteinnahme von 15 716,58 M., einer Ausgabe von 15 664,48 M. ab. „Vorwärts"abonnenten sind zur Zeit 914. Der Mitgliederbestand am 31. Dezember 1907 ist 442. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Erster Vorsitzender Jonny Hinrichsen; zweiter R. Krüger; Kassierer R. Goddäus; Schriftführer Karl Hilbig; Beisitzer H. Nickler; Revisoren G. Greß, Hermann Behrend, S. Exner und Bosselt; Bibliothekare Simoleit und Frank; Lokalkommission Flor, Schäfer und Wichert; Abteilungsführer Henning, Beyer, Kühn und Millert; Bezirksführer Kieser, Horst, Jäckel, Krüger, Stolzenburg, Lüders, Knoll, Tuckermann, Budschat, Antonius, v. Hagen, Birnstängel, Renner, Hesgal, Tempelhagen und Michaelis.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Mittwoch in der Berliner Straße. Dort versuchte gegen ½9 Uhr morgens ein Fräulein Minna Kraft, Uhlandstraße 94 wohnhaft, unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie B der Westlichen Berliner Vorortsbahn das Gleis zu überschreiten. Die Dame wurde umgestoßen und fiel so unglücklich, daß sie unter den Vorderperron vor den Schutzrahmen zu liegen kam. Die K. erlitt eine Wirbelsäulenquetschung und mußte nach dem Lichterfelder Krankenhause übergeführt werden.

Lichtenberg.

In der Generalversammlung widmete der Vorsitzende dem Genossen Treue, einer der ersten Gemeindevertreter am Orte, einen warmen Nachruf und wurde das Andenken an den Verstorbenen in üblicher Weise geehrt.

Genosse Brühl gab den Vorstandsbericht. Die Zahl der Wahlvereinsmitglieder betrug am Schlusse des Jahres 1880. Dabei ist zu bemerken, daß mit dem 1. Januar 1908 der Bezirk Wilhelmsberg-Hohenschönhausen einen selbständigen Bezirkswahlverein bildet. Der Mitgliederbestand dieses Bezirks beträgt 135. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Genosse Brühl, 2. Genosse Spickermann, 1. Kassierer Genosse Linke, 2. Genosse K. Schulz, 1. Schriftführer Genosse W. Schulz, 2. Genosse Gromandecki. — Ein Antrag auf Erweiterung des Vorstandes um zwei Genossen fand einstimmige Annahme; gewählt wurden nach lebhafter Diskussion die Genossen Dümell und Mirus. Als Revisoren wurden die Genossen Graf, Lewyn und Liebermann gewählt. — In die Zeitungskommission sind die Genossen W. Schulz, Heboldt und Jaffke wiedergewählt. — Einstimmig wurden auch die Genossen der Lokalkommission, Elias, Hennig und W. Schimpke wiedergewählt. Zum Bildungsausschuß wurden die Genossen Großmann, Matias, Ewers, Zimmermann, Eisler, Riehur, Schwabisch, Löblein, Flade, Koppenhagen und Eisenstädt gewählt. — Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung und Verbandsgeneralversammlung „Groß-Berlin" fungieren die Genossen Linke, Elias, Grauer, Heine, Gliese, W. Schulz, Becker, Brühl, Jaffke, Kliem, Baumgarten, Liebermann und Hörnicke. — In „Verschiedenem" besprach der Genosse Dümell die heutige politische Lage und die Stellung des Proletariats zur Erreichung des gleichen, allgemeinen Wahlrechts zum Landtag in Preußen.

Friedrichsfelde.

1500 M. geschenkt hat die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung dem Hausbesitzer Lindner, der ein Grundstück in der Schloßstraße vis-à-vis dem Schloßpark-Eingang besitzt. Das alte Haus sollte abgerissen und ein Neubau aufgeführt werden, wozu die Zeichnung schon angefertigt ist. Bei einer Rückfrage auf dem Bauamt war übersehen worden, daß die Schloßstraße sowie auch die Treskowallee bedeutend zu verbreitern beabsichtigt ist. Herr Lindner besteht nun auf seinen Schein, die alte Baufluchtlinie einzuhalten und nicht um 5 Meter zurück zu rücken. Verhandlungen des Gemeindevorstandes mit dem Eigentümer, für die zurückgetretenen 5 Meter im Hof 8 Meter Bebauungsfläche mehr zu gewähren, blieben erfolglos. Der Herr verlangte in seiner Bescheidenheit noch 1500 M. Barentschädigung; außerdem bleiben die zurückgetretenen 5 Meter sein Eigentum.

Eine besonders lange Debatte rief die Beschlußfassung über ein Ortsstatut zur Anstellung eines besoldeten Schöffen hervor. Die Amtszeit des langjährigen Schöffen Ulrich ist zu Ende. Eine Wiederwahl stieß auf heftigen Widerstand. Die Neuwahl wurde im Dezember vorigen Jahres ausgeschrieben. Die Vertreter aus dem Ortsteil Friedrichsfelde wollten einen Mann mit „steifem" Rückgrat als unbesoldeten Schöffen in den Gemeindevorstand wählen. Vom Ortsteil Karlshorst wurde gewünscht, einen besoldeten Schöffen anzustellen. Der Gemeindevorsteher nahm diesen Plan freudig auf, trotzdem er 6 Monate vorher erklärt hatte, er denke auf längere Zeit nicht an einen besoldeten Schöffen. Als auf diesen Widerspruch hingewiesen wurde, erklärte er, nicht zurückweisen zu können, was ihm auf dem Präsentierteller entgegengebracht würde. Bei der Beratung im Plenum betonte der Gemeindevorsteher, daß, falls Ablehnung erfolge, die Gemeindevertretung die Schuld trage, wenn die Gemeindeverwaltung ins Stocken geriete. Es fanden sich hierauf auch 13 Stimmen inklusive den Gemeindevorsteher, die die Gemeindeverwaltung vor einem Stillstand retteten und die Anstellung beschlossen. Das Gehalt wurde auf 4500 M. steigend bis 5700 M. festgesetzt. — Zur diesjährigen Gemeindevertreterwahl sind Neueinteilungen der Wahlbezirke erfolgt. Der Kreisausschuß hat auf Anrufen des Gemeindevorstandes beschlossen, die 18 Gemeindevertretermandate dergestalt zu verteilen, daß auf Friedrichsfelde 8 Vertreter und auf Karlshorst 10 Vertreter entfallen. Hierbei zeigte sich die Juristerei, indem die Verantwortung dieses Beschlusses dem Kreisausschuß aufgeladen wurde, trotzdem nach der Landgemeindeordnung dem Gemeindevorstand die betreffende Verteilung zusteht.

Köpenick.

In der ersten Stadtverordnetensitzung in diesem Jahre fand zunächst die Einführung der wiedergewählten Stadträte Jenne und Willnow statt. Es folgte dann die Konstituierung der Versammlung; zum Vorsteher wurde Dr. Herrmann, als dessen Stellvertreter Betke und zum Schriftführer Gimmborn gewählt. Unsere Genossen sind in folgenden Kommissionen vertreten: Baukommission: Lier und Israel, Straßenbahnkommission: Stippekohl und Nieke, Straßenbaukommission: Nieke und Gabriel, Kassenkuratorium: Tauchert und Kiehl, Armenkommission: Zeidler, Kiehl und Hein, Forstkommission: Tauchert, Zeidler und Nieke, Wasser-, Elektrizitäts- und Kanalisationskommission: Nieke und Tauchert, Gesundheitskommission: Woick und Herbst, Gaswerkekommission: Hein und Gabriel, Etatsausschuß: Herbst und Lier, Krankenhaus-Baukommission: Woick, Lier und Herbst, Kuratorium der Fortbildungsschule: Woick, Sparkasse: Woick, Ausschuß für Beamtenansprüche: Herbst und Israel und Steuerausschuß: Hein. Außerdem wurde in die zum 1. April neuzubildende Schulkommission, in welcher unsere Genossen bisher nicht vertreten waren, der Genosse Woick gewählt. Dem Etat des Gaswerks, welcher in Einnahme und Ausgabe auf 372 581,08 M. und dem Etat der Straßenbahn, welcher in Einnahme und Ausgabe auf 316 200 M. festgesetzt ist, wurde die Zustimmung erteilt. Eine Ueberschreitung der Ausgaben von 1 113 294,94 M., welche sich beim Bau und der Einrichtung der Kanalisation, des Wasserwerks, der Regenentwässerung und des Elektrizitätswerks ergab, wurde, nachdem die Kommission schriftlich die Notwendigkeit der Ueberschreitung begründet und im einzelnen nachgewiesen hatte, ohne Debatte die Genehmigung erteilt.

Grünau.

Die Gemeindewählerlisten liegen, nachdem unsere Genossen den Gemeindevorsteher mehrmals schriftlich ersucht haben, nun auch am Sonntag, 26. Januar, nachmittags von 9—10 Uhr im Gemeindebureau zur Einsichtnahme aus.

Reinickendorf.

In der bekannten Totschlagsaffäre ist zu berichten, daß vorgestern die Obduktion der Leiche des erschlagenen Eishändlers R. Köppen aus der Amendestraße im Beisein einer Gerichtskommission durch die Medizinalräte Dr. Pfleger und Dr. Marx stattfand. Als Todesursache wurde Gehirnverblutung festgestellt, die infolge der erhaltenen Schläge und Verwundungen eingetreten ist. — In Reinickendorf und im Norden Berlins haben in diesen Tagen umfangreiche Recherchen und Vernehmungen über die an der verhängnisvollen Skatpartie, bei der R. die tödlichen Schläge erhielt, beteiligten Personen stattgefunden.

In der Generalversammlung des Wahlvereins gedachte Genosse Ohl vor Eintritt in die Tagesordnung in beredten Worten des so plötzlich verstorbenen Genossen Schilling. Er hob die Verdienste Schillings nicht nur unter dem Sozialistengesetz sondern auch in seiner 16jährigen Tätigkeit als Gemeindevertreter hervor. Die Versammelten ehrten das Andenken des Verstorbenen in üblicher Weise. Hierauf erstattete Genosse Potarzite den Bericht des Vorstandes. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 368. Der Kassenbericht weist

eine Einnahme von 780,60 M. und eine Ausgabe von 657,45 M. auf. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wahl folgender Genossen: Potarzike, 1., Bahr, 2. Vorsitzender; Fischer, Kassierer; Bruns, Schriftführer; R. Schmidt, Beisitzer. Zu Bezirksführern wurden gewählt für den 1. Bezirk Klingberg, 2. W. Grothe, 3. Röder, 4. Glamann, 5. Schülf und 6. Gerschwitz. Als Revisoren wurden Theil, Demelt und Hund, in die Lokalkommission Demelt und Henschel, in die Zeitungskommission Hammer und Schneider gewählt. Als Delegierte für die Generalversammlung des Kreises und Groß-Berlin wurden Fellwok und Monkowsky gewählt. Hierauf wurde erwähnt, daß einige Lehrer an Schulkinder Fragen stellen, ob der Vater Sozialdemokrat oder Abonnent des „Vorwärts" sei. Mit Recht wurde betont, daß solche Fragen zu stellen nicht zu den Aufgaben eines Lehrers gehören. Der Vorsitzende forderte die Genossen noch auf, recht rege Einsicht in die Wählerliste zu nehmen, da Reinickendorf-West drei Gemeindevertreter in der dritten Klasse zu wählen habe.

Französisch-Buchholz.

Ueber die Aufgaben der Gemeinde referierte am Sonntag, den 19. Januar, Genosse Karl Leid-Berlin in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung im Lokal von Kähne. In eingehender Weise legte der Redner die Notwendigkeit der Beteiligung an der Gemeindewahl sowie die Aufgaben dar, die einem Arbeitervertreter im Gemeindeparlament erwachsen. Die erwerbstätige Bevölkerung hat wichtige Interessen auch auf dem Gebiete der Gemeindepolitik und kann die Vertretung dieser proletarischen Interessen nicht den bürgerlichen Vertretern überlassen, sie muß diese Vertretung selbst ausüben. Um aber Erfolg zu erzielen bei den im März stattfindenden Gemeindewahlen, ist eine gute Vorbereitung dieser Wahlen notwendig. Und dazu gehört die Einsichtnahme in die Wählerliste, die bis zum 30. Januar ausliegt. — In der Diskussion sprachen einige Genossen im Sinne des Referenten, Gegner meldeten sich nicht zum Wort, obwohl solche anwesend waren und früher stets das Wort nahmen. Einer Anregung des Referenten folgend, beschloß die Versammlung, beim Gemeindevorstand zu beantragen, die im März stattfindende Wahl auf einen Sonntag festzusetzen, eventuell die Wahlzeit bis abends 9 Uhr auszudehnen, damit es den Gemeindewählern möglich ist, ihr Wahlrecht auszuüben ohne Verlust an Zeit und Geld. Zum Schluß forderte der Vorsitzende noch zum Anschluß an die politische Organisation und zum Lesen der Arbeiterpresse, des „Vorwärts", auf.

Gerichts-Zeitung.

Versuchter Totschlag.

Gegen den 27jährigen Arbeiter Otto Kunze verhandelte gestern das Schwurgericht des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsrats Hellwig wegen versuchten Totschlags, begangen an der Prostituierten Falkenhain. — Im Sommer v. J. lernte der Angeklagte, dem von allen Seiten ein gutes Zeugnis ausgestellt wird, die unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehende Witwe Falkenhain kennen. Der junge Mann, der bisher sehr zurückgezogen gelebt hatte, wollte die F. heiraten und versuchte es auf alle mögliche Weise, sie von ihrem Lebenswandel abzubringen. Die Falkenhain ging scheinbar auch darauf ein, trieb sich aber ohne Wissen des Angeklagten trotzdem nachts auf der Straße umher. Zugleich aber nutzte sie auch den „verliebten Narren", wie sie den Angeklagten nannte, nach Möglichkeit aus. Kunze bezahlte mehrere Monate die Wohnung der F., sorgte für deren ganzen Lebensunterhalt und gab schließlich auch seinen einzigen guten Anzug her, als sich die F. in Geldverlegenheit befand. Als der Angeklagte eines Tages erfuhr, daß seine Bemühungen und seine Opfer ganz umsonst waren, packte ihn die Verzweiflung. Er kaufte sich einen Revolver und lauerte der F. in der Nacht zum 5. November v. J. in der Dennewitzstraße auf, um erst sie und dann sich selbst zu töten. Aus einem Hausflur heraus gab K. einen Revolverschuß auf die Undankbare ab, der sie in den Rücken traf und die Lunge durchbohrte. Seine Absicht, sich selbst zu töten mißlang, da der Revolver versagte. Vor Gericht war der Angeklagte, der nach dem Gutachten des Medizinalrats Dr. Hoffmann ein nervöser und geistig minderwertiger Mensch ist, in vollem Umfange geständig. Das Gericht erkannte dem auf versuchten Totschlag unter Zubilligung mildernder Umstände lautenden Wahrspruch der Geschworenen gemäß auf 8 Monate Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.

Gegen Polen.

Das Wattenscheider Schöffengericht hatte die Polen Franz und Stanislaus Zmysloni von der Anklage der Beleidigung der Wattenscheider Polizeiverwaltung unter Zubilligung des Schutzes des § 193 St.-G.-B. freigesprochen, dagegen den Polen Reja zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. — Die Angeklagten hatten in einer Versammlung des St. Josephs-Polenvereins zu Wattenscheid, welche der Polizeisergeant Banasch beaufsichtigte, die Stellung der Polen im Westen zu der Polizei besprochen. Es wurde ausgeführt, die Unterdrückung der Polen geschehe durch die Schikanen der Polizei. Diese wolle mit allen Mitteln den Polen die Religion rauben und sie schließlich zu Sozialdemokraten machen. Der Beamte habe kein Recht zur Ueberwachung der Versammlung. Er schwärze die Polen an. Ein Redner schlug vor, den Beamten zu entfernen. — Die Polizeiverwaltung stellte Strafantrag wegen Beleidigung. Nach den Aussagen der Angeklagten übe die Polizei scharfe Aufsicht über den Polenverein. Sie soll das Tragen von Vereinsmützen verboten und den Vereinsschrank untersucht haben. Der Verteidiger bezweifelte in der Berufungsverhandlung vor der Strafkammer in Bochum, daß der Verein ein politischer sei. Die Strafkammer zählte ihn aber zu den politischen Vereinen und verurteilte Franz und Stanislaus Zmysloni wegen öffentlicher Beleidigung zu 10 und 30 M., Reja zu 60 M. In der Urteilsbegründung warf der Vorsitzende den Polen Fanatismus, unerhörte Urteilslosigkeit und Verblendung vor. Ihr Vergehen richte sich gegen den preußischen Staat, welcher sie aus halbasiatischen Menschen emporgehoben habe. Statt diesem Staate dankbar zu sein, würden die Polenmassen verführt, sich gegen die preußische Verwaltung aufzulehnen.

Wann werden die armen Polen zu der Erkenntnis kommen, daß nur die Sozialdemokratie die Interessen aller Arbeiter, auch der polnischen, wahrnimmt.

73 Teilnehmer eines Leichenzuges verurteilt.

In Pareh unweit Magdeburg wurde am 8. November 1906 der Schiffer Paul Rothe beerdigt unter Teilnahme einer Anzahl Vereine, die ihre Fahnen im Zuge mitführten. Die Spitze des Zuges bildete ein Musikkorps. Den Sarg schmückte ein Kranz mit einer weißen und einer roten Schleife. Diese letztere stach der Polizei so ins Auge, daß sie sie auf dem Wege zum Friedhofe entfernte. Aber damit war die Sache noch nicht erledigt. Gegen die Teilnehmer an dem Leichenbegängnis wurde Anklage wegen Beteiligung an einem nicht genehmigten öffentlichen Aufzuge erhoben und das Schöffengericht in Genthin verurteilte im Mai v. J. nicht weniger wie 73 Teilnehmer wegen dieser Straftat zu je drei Mark Geldstrafe! Die 73 Aufzügler legten Berufung ein. Diese wurde am Montag vom Landgericht Magdeburg verworfen. Das Gericht nahm als erwiesen an, daß ein öffentlicher Aufzug stattgefunden habe. Wenn es die Aufgabe der Gerichte sein soll, die Widersinnigkeit alter Vereinsrechtsbestimmungen zu demonstrieren, so erfüllen sie ihre Aufgabe trefflich.

Vermischtes.

Arbeiterrisiko. Wie uns aus Essen a. d. R. gemeldet wird, wurden auf der Zeche „Prinz Regent" bei Weitmar zwei Steiger durch Grubengase betäubt. Der Steiger Tümmel starb an den Folgen der Vergiftung, der andere Steiger konnte am Leben erhalten werden. — Auf der Zeche „Rheinpreußen" brach das Schwungrad einer elektrischen Kraftmaschine. Durch ein Stück des Rades wurde der Arbeiter Hochwahr getötet.

Der ungetreue Kassenbote. Der Kassenbote Staudenmeier, der der Straßburger Steuerbehörde im September vorigen Jahres 60 000 M. unterschlagen hatte und in der Schweiz festgenommen worden war, wurde, wie aus Straßburg berichtet wird, von der dortigen Strafkammer zu vier Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust bei Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft verurteilt. Seine Begleiterin, eine mehrfach bestrafte Person, erhielt zwei Jahre Gefängnis. Eine Frau aus Mannheim, die einen Teil des gestohlenen Geldes verborgen hatte, erhielt wegen Begünstigung vier Monate Gefängnis. Das Geld war bis auf 1000 M. beigebracht worden.

Mitten aus dem Leben gerissen. In Straßburg i. Els. sind, einer dortigen Meldung zufolge, vorgestern nachmittag beim Schlittschuhlaufen auf einem Kanal der Leutnant Straub vom 19. Pionier-Bataillon und Fräulein Hille, die Tochter eines dortigen Arztes, eingebrochen und ertrunken.

Eine menschliche Hyäne. Einer Meldung aus Kronstadt zufolge wurde in Reen der Totengräber verhaftet, weil er seit langen Jahren nachts die Gräber geöffnet und den Leichen Kleider und Schmuckgegenstände raubte.

Schiffszusammenstoß.

Der Dampfer „Amsterdam" der Linie Harwich stieß, wie eine Meldung aus Amsterdam besagt, gestern vormittag bei Nieuwe Waterweg mit einem unbekannten Dampfer zusammen und erhielt am Vorderdeck ein Leck. Die Passagiere wurden von einem Dampfer des Rotterdamschen Lloyd gelandet.

Nach einer Meldung aus Hoek van Holland erfolgte der Zusammenstoß bei dichtem Nebel mit dem englischen Dampfer „Axminster", der nach New York bestimmt war und gleichfalls Beschädigungen erlitt.

Dem Amsterdamer „Handelsblad" zufolge gingen der Rettungsdampfer und der Dampfer „Wodan" in See, um 2 Schaluppen der „Amsterdam" zu suchen, die noch nicht geborgen sind. Sie waren abgetrieben worden, nachdem sie Passagiere des leck gewordenen Schiffes auf einen anderen Dampfer gebracht hatten.

Hoek van Holland, 22. Januar. Die von dem Rettungsdampfer und dem Dampfer „Wodan" gesuchten Schaluppen des Dampfers „Amsterdam", die außer einem Teil der Mannschaft ungefähr zwanzig Reisende beherbergen sollen, sind bisher nicht aufgefunden worden. Vor der Mündung des Nieuwe Waterweg ankert eine ganze Flotte von Fahrzeugen, die wegen des dichten Nebels nicht auszulaufen wagen. Es ist möglich, daß die Insassen der Schaluppen von einem dieser Schiffe aufgenommen worden sind. Um Gewißheit zu erlangen, ist ein Schleppdampfer in See gegangen.

Heftige Waldbrände sind, wie aus einer Meldung aus Melbourne hervorgeht, in verschiedenen Teilen von Viktoria ausgebrochen. Eine Menge von Pflanzerwohnungen sind niedergebrannt. Der Schaden ist bedeutend. Ein gleichfalls aus Melbourne lautendes Telegramm berichtet, daß infolge Hitzschlages dort über hundert Personen gestorben sind.

Ein wellenförmiges Erdbeben wurde nach einer Meldung aus Siena gestern vormittag 10 Uhr 3 Min. in der dortigen Gegend verspürt.

Eingegangene Druckschriften.

Fachblatt für Holzarbeiter. Heft 1 des dritten Jahrgangs, Januar 1908. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband, Stuttgart.

L'Action Syndicaliste von Viktor Griffuelhes. 68 Seiten. Erschienen als Band 2, 3 und 4 der „Bibliothèque du Mouvement Socialisto" im Verlag von Marcel Rivière, Paris, 30 Rue Jacob. Preis pro Bändchen 60 Cts.

„Die neue Generation" Nr. 1. Herausgeberin Dr. phil. Helene Stöcker. Monatlich 1 Heft. Einzelnummer 50 Pf., jährlich 5 M. Verlag Oesterheld u. Co., Berlin W. 15.

Die Herzkrankheiten. Ursachen, Entstehen, Erkennen, Formen, Behandlung. Von Dr. med. Walser. Preis 1,50 M. Verlag Edmund Demme, Leipzig.

Aus Natur und Geisteswelt. Bd. 191. **Technische Hochschulen in Nordamerika.** Von Professor Siegmund Müller. Band 185. **Shakespeare und seine Zeit.** Von Professor Dr. Ernst Sieper. Bd. 168. **Grundlagen der Elektrotechnik.** Von Dr. Rudolf Blochmann. — Jeder einzelne Band geh. 1 M., geb. 1,25 M. Verlag: B. G. Teubner in Leipzig.

Der Freiheitskampf an der Marburger Universität. Von Siegfr. Nestriepke. 24 Seiten. Bavaria-Verlag in München.

Verband der Friseurgehülfen Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vororte. Heute abend 9½ Uhr Rosenthaler Straße 57.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft etwas lebhafter, Preise behauptet. Geflügel: Zufuhr knapp, in russischen Gänsen genügend, Geschäft ruhig, Preise hoch. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Zufuhr in Butter nicht genügend, Geschäft ruhig, Preise für Butter anziehend. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise teilweise verändert.

Witterungsübersicht vom 22. Januar 1908.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	769	WNW	5	bedeckt	4	Haparanda	756	N	2	wolkenl	−5
Hamburg	775	W	4	bedeckt	0	Petersburg	743	WNW	2	Schnee	0
Berlin	773	NW	3	bedeckt	−1	Scilly	769	SSO	1	bedeckt	6
Frankf. a. M.	778	NO	2	wolkenl	−6	Aberdeen	769	WNW	1	heiter	−3
München	778	SW	2	Nebel	−3	Paris	771	OSO	2	wolkenl	−3
Wien	775	W	1	wolkig	0						

Wetterprognose für Donnerstag, den 23. Januar 1908.

Ein wenig wärmer, ziemlich trübe und nebelig bei mäßigen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 21. 1. cm	seit 20. 1. cm[1])	Wasserstand	am 21. 1. cm	seit 20. 1. cm[1])
Memel, Tilsit	350[2])	+16	Saale, Grochlitz	164	+8
Pregel, Insterburg	204[3])	+1	Havel, Spandau[5])	110	+5
Weichsel, Thorn	224[3])	+2	„ Rathenow[2])	172	−1
Oder, Raudor	148[3])	−6	Spree, Spremberg[2])	122	−4
„ Krossen	148	−2	„ Beeskow	153	−1
„ Frankfurt	278[3])	0	Weser, Münden	−27	−7
Warthe, Schrimm	189	+7	„ Minden	52	+7
„ Landsberg	90[4])	+6	Rhein, Maximiliansau	—	—
Netze, Nordenburg	67[4])	−3	„ Kaub	92	+2
Elbe, Leitmeritz	2	+22	„ Köln	109[5])	+1
„ Dresden	−138	+12	Neckar, Heilbronn	30	−2
„ Barby	138	+20	Main, Wertheim	—	—
„ Magdeburg	116	+17	Mosel, Trier	65	0

[1]) + bedeutet Wasserstandszunahme, — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) Eisstand. — [4]) Eisfrei. — [5]) Fast eisfrei.

Stiller's großer Inventur-Verkauf

Nach beendeter Inventur stellt die Firma Stiller grössere Posten modernster Damen-, Herren- und Kinder-Stiefel in tadelloser Ausführung und Qualität zu aussergewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf.

SERIE I
Damen- und Herren-Stiefel in verschiedenen Oberledersorten und modernsten Fassons
Wert bis 12.50 .. jetzt durchweg **8.90** M.

SERIE II
Damen- und Herren-Stiefel in verschiedenen Oberledersorten und modernsten Fassons
Wert bis 15.50 .. jetzt durchweg **10.25** M.

SERIE III
Damen- u. Herren-Stiefel in verschiedenen Oberledersorten und modernsten Fassons
Wert bis 18.00 .. jetzt durchweg **13.25** M.

Grosse Posten
Kinderstiefel bestes Kalbleder z. Schnür. od. Knöpf. in breiten Formen

Grösse	25/27	28/30	31/35	36/38
	4.80	5.80	6.80	8.50

Ein grosser Posten
Kinder-Stiefel
in den Grös. 17-22, schwarz u. farbig, zum Schnüren od. Knöpfen, auch warm gefüttert
Wert bis 4.50 jetzt **1.80**

Restbestände
von eleganten
Damen-Tanz-Schuhen
sowie grosse Posten
Damen- und Herren-Hausschuhe
zu enorm billigen Preisen.

Stiller

Jerusalemer Str. 38-39 | Friedrich-Strasse 75
Potsdamer Strasse 2 | Tauenzienstrasse 19a.

Sonnabend Schluß des Inventur-Verkaufs

Genossinnen! Genossen!

Freitag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, bei **Ballschmieder, Badstraße Nr. 16;**

Volksversammlung.

Tages-Ordnung:

Der Kampf ums freie Wahlrecht in Preußen.

Referentin: Genossin **Klara Zetkin**-Stuttgart.

Wir ersuchen die Parteigenossen, ihre Frauen auf die Wichtigkeit der Versammlung für das weibliche Proletariat aufmerksam zu machen. Die Einberuferin. 1/6*

Fliesenleger u. Hülfsarbeiter Berlins.

Freitag, den 24. Januar 1908, abends 8 Uhr, im „Neuen Klubhause", Kommandantenstraße 72:

Oeffentl. Versammlung

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zu der angedrohten Lohnreduzierung seitens der Fliesengeschäfte.

Unbedingtes Erscheinen sämtlicher Fliesenleger und Hülfsarbeiter Berlins erwartet

282/3 **Die Tarifkommission.**

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Filiale Groß-Berlin.

Mittwoch, den 29. Januar 1908, pünktlich 8½ Uhr, im „Königstadt-Kasino", Holzmarktstr. 72:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Verwaltungs- und Kassenbericht für 1907. Referenten: Kollegen **Wusky** und **Hoffmann**.
2. Neuwahlen: a) der Ortsverwaltung, b) der Revisoren, c) der Delegierten zur Gewerkschaftskommission.
3. Einrichtung eines Gaues Groß-Berlin.
4. Anstellung eines Beamten.
5. Antrag auf Ausschluß von Mitgliedern aus der Sektion J. C. G. A.
6. Ergänzungswahlen zur Agitationskommission.

Nur das Mitgliedsbuch legitimiert zum Eintritt!

282/* **Die Ortsverwaltung.**

Fabrikräume

180 □m, Reinickendorfer Str. 105, im ganzen oder geteilt, auch für Lagerzwecke, ferner Lagerkeller per 1. April 1908 oder früher **mit Kraftanschluß billig** zu vermieten. Verwalter **Sandmann,** Gartenstraße 85. 16992*

Achtung! Töpfer.

Bezirk Köpenick, Friedrichshagen, Adlershof und Glienicke.

Sonntag, den 26. Januar, vorm. 9 Uhr, in **Köpenick,** Restaurant Zippau („Weißer Schwan"), Müggelheimer Straße 52:

Besprechung sehr wichtiger Angelegenheiten.

Erscheinen aller notwendig. 232/1

---

4 neue Säle

zu Versammlungen und Festlichkeiten. **Armin-Hallen** Kommandantenstr. 58/59. Fernsprecher Amt IV, 10155.

(bis 1000 Personen fassend).

Singer Nähmaschinen.

Einfache Handhabung! Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung! 15922*

Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** Weltausstellung St. Louis 1904.

Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Kunststickerei.

Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen

Ausnahmepreise für Januar

Essenträger, gefüllt mit Melangemarmelade **90 Pf.** so lange der Vorrat reicht.

Zu haben in allen Geschäften Berlins und Vororten, welche unsere Waren führen.

Hermann Meyer & Co., Akt.-Ges.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10–2, 5–7. Sonntags 10–12, 2–4.

Bei **Husten, Heiserkeit** wirken Reichels **Hustentropfen** überraschend schnell und sicher. Nur echt, wenn mit Marke „Medico" verschlossen. Flasche 50 Pf.

In allen Drogerien, und bei **Otto Reichel,** Berlin 40, Eisenbahnstr. 4.

Überraschende Neuheit

garantiert unschädlich — kein Chlor — kein reiben

Persil

vollständig ungefährlich — kein Waschbrett — kein bürsten

Modernes Waschmittel für jede Waschmethode passend

Henkel & Co. Düsseldorf.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Mauerhoff. †1

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Mauerhoff. †1

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre †1

Nähmaschinen. Vergüte bis 20,00 wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte genügt. Brauser, Frankfurter Allee 101, Laden. 2970R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Hygienische Bedarfsartikel, billigste Bezugsquelle. Drogerie Weinbergsweg 1. 35R*

Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Pfänderverkauf! Herrenanzüge, Winterpaletots jetzt extrabillig! Bettenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Teppichverkauf, Gardinenverkauf. †58*

Nähmaschinen kaufen Sie immer 20 Mark billiger, Woche 1 Mark, im großen Nähmaschinen-Verkaufsgeschäft E. Kuntze, Mechaniker, Langestraße 95. 2634b*

Monatsanzüge und Winterpaletots sowie Joppen von 5,00, Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Naß, Mulackstraße 14. 2659b*

Metallbetten, Kinderbettstelle, Kinderwagen, gebrauchte, zurückgesetzte. Schneider Kurfürstenstraße 172 (Dennewitzstraße) 63R*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00. Holz, Blumenstraße 36b. †45

Herrenfahrrad Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 94R*

Ueberzählige Herrenanzüge, Herrenpaletots, nur hochfeinste Ausführung, ausverkauft Engrosfabrik einzeln zu Engrospreisen. Enorme Geldersparnis. 2–4 geschlossen. Sonntagsverkauf 12–2. Neue Friedrichstraße 37, III. 292/14*

Möbeltischlerei liefert gediegen. Wohnungseinrichtungen äußerst billig. Bunte Küchen. Auch Ratenzahlung. Kein Laden. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, nahe Kottbuser Tor. Genossen erhalten 3 Prozent. *

Kinderbettstelle, Kinderwagen, Sportwagen, zurückgesetzte, gebrauchte spottbillig Andreasstraße 53. 91R*

Möbelspeicher Brunnenstraße 182 Gelegenheitskäufe ganzer Wohnungseinrichtungen wie einzelner Stücke, Säulentrumeau, Taschensofas, Muschelbetten, Englischbetten, Muschelvertiko, Teppiche, Muschelschrank 28,—, Spiegel, Spiegelspinden, Kommoden, moderne Küchen, Marmortoiletten, Ausziehtische, Sofatische usw., alles spottbillig. 99R*

Tüllbettdecken, volle Bettgröße, Erbstüll, reichgestickt 6,25, Englisch Tüll 2,35, Tüllbettdrückwände 5,85, Inventur-Ausnahmepreise. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158.

Gestickte Frießfenstermäntel 2,15, Wert 4,00. Inventur-Extrapreis. Teppichhaus Lefèvre, Oranienstr. 158.

Steppdecken spottbillig. Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2993R*

Hygienische Bedarfsartikel billigste Bezugsquelle. Versand nach außerhalb. Frau Wichert, Berlin 18, Grünerweg 34. 102/7*

Tiroler Maskenanzug verkauft Backermann, Wilhelmshavenerstr. 39.

Seifertroller, Weibchen, moderne Einsatzbauer aufgabehalber billig. Schleusener, Köpenickerstraße 56. †95

Gasbronzekronen!!! Zuglampen! 9,00. Salongaskronen! 15,00. Gaslyren! 1½. Zweilochgaskocher! 3,00. Gasbügelapparat! Schneidereisen! Bablauer, Wallnertheaterstraße 32. 152R*

Krautstraße 50. Möbel, Spiegel, Polsterwaren spottbillig. Möbelspeicher Sansfeld. 2065b*

Nähmaschinen. Zahle hohe Vergütung. Hauptlager aller Fritter-Rotzmann-Systeme. Hruba, Rosenthalerstraße 19. 2066b*

Geschäftsverkäufe.

Vollrath Co., Elsasserstraße 21, verkauft Konditoreigeschäft Oberschöneweide, fünf Jahre bestehend, für jeden Preis. 153R

Vollrath Co., Elsasserstraße 21, verkauft Restaurant Schulzendorferstraße, Miete 2750, 38 Halbe Bier, Preis 5500,— mit Klavier. 154R

Vollrath Co., Elsasserstraße 21, verkauft Zigarrengeschäft Gleimstraße, Miete 804,—, Monatseinnahme 500,—, Preis 1200,—. 155R

Vollrath Co., Elsasserstraße 21, verkauft Bierverlag, verbunden mit Wein und Spirituosen, Osten, altes Geschäft, wegen Krankheit, Preis 1600,—. 156R

Vollrath Co., Elsasserstraße 21, verkauft Vorkostgeschäft, verbunden mit Holz und Kohlen, Norden, Miete 480,—, Tageskasse 25,—, Preis 1000,—, mit Rolle. 157R

Restaurant, größeres, Zentrum, Parteilokal, viele Vereine, Gewerkschaften, wegen Verzug nach außerhalb billig zu verkaufen. Brauerei gibt 2500 Mark. Näheres Viktoria-Brauerei, Lützowstraße 112 2667b

Restaurant billig verkäuflich, erforderlich 2800,—, gegenüber Hochbahnhof. Näheres Skalitzerstraße 103.

Parteilokal, großes Vereinszimmer, verkäuflich Näheres Wengels, Rüdersdorferstraße 3. †45

Plätterei zu verkaufen Manteuffelstraße 58. †95

Kolonialwaren-Geschäft mit Teichkeicher Luftdruckrolle (Klappkurbel krankheitshalber spottbillig zu verkaufen Naunynstraße 12. †74

Restauration, 10 Jahre letzter Hand, Billardzimmer, Vereinszimmer, Wohnung, Miete 1400, Zahlstellen, Vereine, Ausschank ⁸⁰/₁, mit Pianino 1800 (Brauereihülfe). Erfragen Lehnerstraße 3, Lokal. 102/17

Verschiedenes.

Eishols, Komiker, frei. Gropiusstraße 6. 2574b*

Patentanwalt Weitel Gitschinerstraße 94. 2558*

Lerne die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Wer ein Geschäft kaufen oder verkaufen will, wende sich an Vollrath u. Co., Elsasserstraße 21, Amt 3a, 4375. 145R*

Kunststopferei von Frau Kolosky Charlottenburg Goethestraße 84, I. *

Platina, Gold, Silber, Gebisse, Aebrgold, sowie sämtliche gold-silberhaltigen Abfälle kauft Edelmetallschmelze Köpenickerstraße 29. Telephon IV, 6958. 102/14*

Besohlanstalt, Annenstraße 29, empfehle den Genossen. Johann Proksza. 2656b*

Wäsche wird sauber gewaschen, Herren getrocknet. Laken, Leibwäsche 0,10. Abholung Sonnabends. Frau Bankrath, Köpenick, Müggelheimerstraße 40. 242/2

Gesellschafts-Anzüge verleiht billigst Kaufhaus für Monatsgarderobe, Große Frankfurterstr. 93.

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9. *

Vermietungen.

Wohnungen.

Prächtige Zweizimmer-Balkonwohnungen billigst Soldinerstraße 32.

Zweizimmerige Vorderwohnung, einzimmerige Hinterwohnung, Küchen, Klosetts, kleine Wohnung für 17,00 sofort Pappel-Allee 76. †74*

Zimmer.

Flurzimmer, möbliert, 20 Mark; zweifenstriges Zimmer 30 Mark vermietet Schultze, Gitschinerstraße 78, vorn II. 2635b*

Möbliertes Zimmer, 1-2 Herren, herrliche Aussicht, Baumschulenweg, Trojanstraße 6 II, Bahnhof. 1894I

Möbliertes Zimmer für 1—2 Herren zu vermieten Roßstraße 52, IV links. 2313b

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle vermietet Frau Jacoby, Wiesenstraße 10, III.*

Saubere Schlafstelle für zwei Herren zu vermieten Boxhagen, Weserstraße 26, II bei Winkelmann.

Schlafstelle für Herrn, Karlsgartenstraße 19, vorn III, Eichert.

Saubere Schlafstelle für Herrn. Klinger, Sanderstraße 14, Nähe Hobrechtbrücke.

Schlafstelle Wallstraße 35, vorn III.

Mietsgesuche.

Freundliche kleine möblierte Schlafstelle oder Zimmer (allein) sucht junger Mann Nähe Lindenstraße. Offerten unter P. 5 Expedition „Vorwärts", Lindenstraße.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Klavierspieler Mariannenplatz 13.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Korbmacher auf Peddigestell und auf gewürfelte Reisekörbe (d. Zoll 18 Pf.) bei dauernde Arbeit (Reisevergütung). **R. Wengler,** Korsgade 16, Kopenhagen. *

Lagerhalterstelle besetzt. Den Bewerbern besten Dank. 103/7 **Konsum-Verein für Tegel u. Umgeg.**

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.